Hamburger Wahl: KPD und Grün-Alternative Liste. S. 9

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 14. Mai 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Gegen den faschistischen Terror **in der Türkei, der immer neue Blutopfer fordert und gegen die Unterstützung des Militärregimes durch Bonn demonstrierten am vergangenen Wochenende in Duisburg und Köln insgesamt etwa 20000 Menschen, davon rund 15000 in Duisburg. Auch die ausländerfeindliche Politik der Bundesrepublik wurde angeprangert. Die KPD unterstützte die Aktion, wie dieses Foto aus Köln zeigt.**

Krieg um die Falkland-Inseln

Neue Bombenangriffe der britischen Marine

Ungeachtet der Tatsache, daß sich die UNO in den Falkland-Konflikt eingeschaltet hat, um eine Verhandlungslösung zu erreichen, läßt die Thatcher-Regierung im Kriegsgebiet um die Inseln weiter bomben. Zu Beginn der Woche wurden Angriffe auf die Insel-Städte Port Stanley und Port Darwin geflogen.

Nicht nur argentinische Militärflugzeuge wurden erneut angegriffen; ein britischer Jagdbomber versenkte erstmals auch ein ziviles Schiff, den argentinischen Fischkutter Narwal. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß London nach wie vor gewillt ist, seine kolonialistischen Ansprüche auf die Malwineninseln mit brutaler militärischer Gewalt durchzusetzen.

Dieser Krieg, der nun schon Hunderte von Todesopfern gekostet hat, wird von keiner der beiden Seiten für eine gerechte Sache geführt. Die Invasion der Inseln durch Truppen der Galtieri-Junta lag nicht im Interesse des argentinischen Volkes. Sie diente der schwer angeschlagenen Junta vielmehr dazu, den sie bedrohenden Massenkampf des Volkes in eine Unterstützung dieses militärischen Abenteuers abzulenken und so eine scheinbare „patriotische Allianz" zwischen der proimperialistischen Militärdiktatur und dem Volk herzustellen.

Genauso wenig hat der Aufmarsch der britischen Kriegsflotte etwas zu tun mit der Verteidigung internationaler Rechtsprinzipien, mit der Befreiung der Insel-Bewohner vom Joch einer faschistischen Diktatur — oder was sonst noch an Rechtfertigungen von der Thatcher-Regierung vorgebracht wird. Gebombt und geschossen wird ausschließlich für die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft über die Inseln, für die Wahrung der Interessen des britischen Imperialismus im Südatlantik.

Um so notwendiger ist es, daß jegliche Unterstützung der Bundesregierung für die britischen Kriegstreiber entschieden bekämpft wird. Mit den im Rahmen der NATO und auch im Rahmen der EG gefaßten Beschlüssen, die unter anderem einen Boykott argentinischer Waren vorsehen, hat sich die Bonner Regierung eindeutig auf die Seite der britischen Imperialisten geschlagen. Während beispielsweise die irische Regierung schon in der vergangenen Woche ihre diplomatische Unterstützung für London aufgekündigt und die Thatcher-Regierung als „Aggressor" verurteilt hat, befürwortete Bonn bei der EG-Tagung am Wochenende eine Verlängerung der Boykottmaßnahmen gegen Argentinien.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Haltung den britischen Aggressoren den Rücken stärkt, daß sie die Thatcher-Regierung in dem Bestreben ermutigt, eine „militärische Lösung" des Konflikts zu suchen und somit dazu beiträgt, den Krieg im Südatlantik weiter zu verlängern. Das darf nicht hingenommen werden. Gerade die westdeutsche Friedensbewegung muß sich energisch dafür einsetzen, daß den britischen Kriegstreibern jede Unterstützung durch Bonn entzogen wird.

Bundeswehr zu Rückzieher gezwungen

Kein Truppengelöbnis bei Romika

MAINZ. — Am 13. Mai wollte die Bundeswehr die Reihe ihrer provokativen Vereidigungsfeiern in Industriebetrieben fortsetzen. Die vierte Veranstaltung dieser Art in der Bundesrepublik sollte bei Romika in Gusterath stattfinden. Der massive Protest, der vor allem aus den Reihen der Gewerkschaften dagegen erhoben wurde, zwang die Militaristen jetzt zum Rückzug: Die Vereidigung wurde hinter Kasernenmauern verlegt.

Geschäftsführung und skandalöserweise auch der Betriebsrat des 3000 Beschäftigte zählenden Betriebes (davon nur zwölf gewerkschaftlich in der IG Leder organisiert) hatten dem Ansinnen der Bundeswehr freudig zugestimmt. Betriebsratsvorsitzender Karl Jakobs, der gleichzeitig im DGB-Kreisvorstand und für die CDU im Kreistag sitzt, fand die bezeichneden Worte: „Wenn die Wehrmacht(!) darum bittet — warum sollte ich Bedenken haben?"

Von einer derartig offen militaristischen Haltung distanzierte sich allerdings auch der DGB-Bezirksvorstand. Zahlreiche Gewerkschafter und verschiedene Aktionsgruppen aus Trier erhoben ihren entschiedenen Protest, der die Bundeswehr zum Rückzug zwang. Zähneknirschend. Daß weitere Vorstöße dieser Art folgen sollen, kündigte ein Sprecher der Bonner Haardthöhe an: Gelöbnisse in Betrieben würden inzwischen als „Normalität der Truppe" angesehen. Es gilt also wachsam zu sein und auch die folgenden Provokationen zurückzuweisen. Dabei sind die Gewerkschaften in besonderem Maße gefordert.

Solche Elemente wie Jakobs allerdings müssen eigentlich umgehend ausgeschlossen werden, ihr Verhalten ist unvereinbar mit den Grundsätzen der Gewerkschaft.

Verlogenes Friedensangebot

Reagans neue Tricks

WASHINGTON. — Der propagandistische Wettstreit zwischen den Zentralen der beiden größten imperialistischen Militärblöcke der Welt, wer denn nun die „friedlichsten" Absichten habe, geht weiter. Einen neuen Beitrag leistete US-Präsident Reagan mit seinem Vorschlag, in Verhandlungen einzutreten, die die Reduzierung des vorhandenen Potentials an Atomsprengköpfen auf beiden Seiten zunächst um ein Drittel, dann um die Hälfte zum Inhalt haben sollen.

Dabei wiederholte Reagan, Schuld an der Gefahr eines Atomkrieges habe nur die Sowjetunion mit ihrem angeblichen Rüstungsvorsprung, der die gegenwärtige „Instabilität" hervorgerufen habe. Mit verschiedenen Tricks will er auch über sein neues Angebot eine Überlegenheit der USA sichern. An einen Produktionsstopp für Atomwaffen denkt er nicht.

Breschnew wird sich zu überlegen haben, wie er dies ablehnt und mit welchem „Gegenangebot" er antwortet. Denn die ganze Serie von gegenseitigen Angeboten, die es bisher gegeben hat, war noch nie darauf berechnet, den Frieden sicherer zu machen. Sie war und ist ein Manöver zur Irreführung der friedliebenden Menschen, soll ihre Hoffnung auf die Kriegstreiber ihrer jeweiligen Zone richten, die als imperialistische Konkurrenten ganz unabhängig von der zahlenmäßigen Quantität ihres „Overkill"-Potentials einen Waffengang um die Weltvorherrschaft vorbereiten.

Nichts zu erhoffen hat die Friedensbewegung auch von den jetzigen Kritikern Reagans in den USA vom Schlage eines Edward Kennedy, der nur einen anderen Teil des aggressiven US-Finanzkapitals vertritt und mehr auf eine Intensivierung der konventionellen Rüstung setzt als auf eine weitere Ausweitung des riesenhaften atomaren Vernichtungspotentials. Nur wenn sich die Friedensbewegung von allen Illusionen in die Verhandlungsrunden der Supermächte freimacht, wird sie erfolgreich sein können!

Jaruzelski verschärft Terror gegen Arbeiter

Massenverhaftungen in Polen

WARSCHAU. — Auf die machtvollen Aktionen der polnischen Werktätigen am 1. und 2. Mai hat das Militärregime mit einer Welle von Massenverhaftungen reagiert. Bis zum Wochenende waren bereits etwa 1500 Personen verhaftet worden, denen eine Teilnahme an den Demonstrationen vorgeworfen wird.

600 Demonstranten sind bereits von Schnellgerichten abgeurteilt worden — die Prozesse gegen sogenannte Rädelsführer stehen allerdings noch aus, hier muß mit langen Haftstrafen gerechnet werden. Gleichzeitig mit diesen neuen Unterdrückungsmaßnahmen hat das Regime in nahezu allen großen Städten des Landes die Bestimmungen des Kriegsrechts wieder verschärft; es wurden beispielsweise nächtliche Ausgangssperren oder Verbote jeglicher Veranstaltungen verhängt.

Bezeichnend für die ungebrochene Kraft der polnischen Arbeiterbewegung ist die Tatsache, daß der illegale Sender der Gewerkschaft Solidarność trotz der neuen Terrorkampagne des Regimes für diese Woche zu weiteren Protestaktionen gegen die Militärdiktatur aufgerufen hat. Dagegen hat sich die katholische Kirche deutlicher als je zuvor gegen die Arbeiterbewegung gestellt. Erzbischof Glemp verurteilte letzte Woche nicht nur die militanten Demonstrationen der ersten Mai-Tage; er fiel auch in die Hetze der Regimes ein, als er behauptete, jugendliche Demonstranten seien manipuliert worden.



Demonstrationen am 2. Mai in Warschau.

Kommentar der Woche

In der letzten Woche eröffneten die Kriegsminister der NATO in Brüssel eine Serie von Konferenzen, die ihren Höhepunkt im Gipfeltreffen der Regierungschefs des westlichen Militärpakts am 10. Juni in Bonn finden wird. Den Auftakt der Brüsseler Tagung bildeten — wie gewohnt — die „strategischen Analysen", mit denen alljährlich die Experten des Blocks die hoffnungslose Unterlegenheit der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt „beweisen".

Auf der Tagesordnung stand dabei diesmal die konventionelle Rüstung, wo die NATO-Strategen eine alarmierende „Verschiebung im Kräfteverhältnis" zugunsten des sowjetischen Blocks feststellten. Das war zu erwarten gewesen. Nachdem im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen bislang alles nach amerikanischem Wunsch gelaufen ist, soll jetzt schon einmal Stimmung für die „Nach"rüstung bei den konventionellen Waffen gemacht werden.

Die weltweiten Interessen der NATO

Der Aggressionskrieg der britischen Marine im Südatlantik kam da gerade recht — er wird den Strategen sicher auch in Zukunft noch hinreichende Gelegenheit bieten, die Propagandatrommel für eine angeblich notwendige drastische Aufstockung der konventionellen Rüstung zu rühren. Aber noch aus einem anderen Grund paßte dieser Krieg genau ins Konzept der NATO-Planer. Es war denn auch der britische Kriegsminister Nott, der zu Beginn der Konferenz — mit Blick auf die Falklands — sagte: „Die westlichen Interessen sind nicht auf das Vertragsgebiet begrenzt."

Caspar Weinberger, der Mann aus Washington, nahm diesen Ball dankbar auf. Seit langem schon drängen die amerikanischen Imperialisten ja darauf, die NATO auch auf mögliche Einsätze außerhalb dieses „Vertragsgebiets" (damit sind die Territorien der Mitgliedsländer, das Mittelmeer, die Nordsee und der Nordatlantik gemeint) festzulegen. Und zum ersten Mal in der Geschichte der NATO wurde denn auch im Brüsseler Kommuniqué festgehalten, daß Bündnispartner Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes „unterstützen können, die den lebenswichtigen Interessen aller dienen."

Diese Erklärung ist exakt auf die Bedürfnisse der amerikanischen Supermacht zugeschnitten. Denn sie ist es ja in allererster Linie, die ständig außerhalb des NATO-Gebiets militärisch aktiv ist — von Mittelamerika bis zum Nahen Osten, von Südostasien bis nach Afrika. Und künftig sollen also die Aggressionskriege des US-Imperialismus von allen NATO-Ländern unterstützt werden. Und daß die amerikanischen Ledernacken immer für die „lebenswichtigen Interessen aller" in den Krieg ziehen werden, ist ja jetzt schon ausgemachte Sache. Man denke nur daran, wie hierzulande schon seit Jahren ein Krieg um die Erdölfelder des Persischen Golfs psychologisch vorbereitet wird.

Der jetzt in Brüssel in aller Offenheit verkündete Kurs einer weltweit operierenden NATO sollte gerade in der westdeutschen Friedensbewegung Anlaß zu einem gründlichen Überdenken der bisherigen Positionen sein. Zeigt sich doch hier in einer Deutlichkeit, die nicht wegdiskutiert werden kann, daß die NATO weder ein Verteidigungspakt noch auch nur ein Garant zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen „Kräftegleichgewichts" ist. Die in dem Brüsseler Kommuniqué angesprochenen „Interessen aller" sind die imperialistischen Raubinteressen der amerikanischen Supermacht und in geringerem Maße auch die ihrer europäischen Verbündeten.

Und die NATO wird nun in einem stärkeren Maße als je zuvor zum Instrument der militärischen Absicherung dieser weltweiten Interessen gemacht. Sie wäre künftig an jedem schmutzigen Krieg der Wall Street und des Pentagon unmittelbar beteiligt, ein integraler Bestandteil der amerikanischen Aggressionen gegen die Völker der Welt. Das aber würde für uns auch bedeuten, daß die Bundesrepublik direkt in jede Auseinandersetzung hineingezogen würde, die sich aus dem Aufeinanderstoßen der Interessen beider Supermächte irgendwo auf der Welt ergeben könnte.

Und daß der Weg vom Interessenkonflikt zum offen ausgetragenen Krieg unter imperialistischen Bedingungen nur sehr kurz ist, hat ja gerade jetzt selbst ein eher unwichtiger Gegenstand wie die Malvinen gezeigt. Für die Friedensbewegung gilt also, daß es immer dringlicher wird, eine vollständige Abkoppelung unseres Landes von den amerikanischen Kriegsinteressen, den Austritt aus der NATO, zum Kampfziel zu machen. Der 10. Juni in Bonn wäre ein guter Anlaß dafür: Dort soll nämlich die im Brüsseler Kommuniqué festgehaltene weltweite Rolle der NATO zur offiziellen politischen Linie gemacht werden.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Neue Richtlinien für Waffenexport

„Ein Sieg der Rüstungslobby"

BONN. — Als ein Festhalten an ihrer „bewährten restriktiven Rüstungsexportpolitik" will die Bundesregierung die am 28. April beschlossenen neuen Richtlinien für den Waffenexport verkaufen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gansel sprach dagegen nach Bekanntwerden der Richtlinien von einem „Sieg der Rüstungslobby".

Die Bonner Praktiken bei der Genehmigung von Waffenexporten waren im vergangenen Jahr massiv kritisiert worden, als die Tatsache an die Öffentlichkeit drang, daß die Bundesregierung ohne Information des Bundestages grünes Licht für die Lieferung von U-Booten nach Chile gegeben hatte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Saudi-Arabien in großen Stil westdeutsche Kriegswaffen — vor allem Panzer des Typs Leopard 2 — einkaufen wollte.

An ein Einbeziehen der „Volksvertreter im Bonner Parlament in die Genehmigungsverfahren für den Waffenexport denkt die Bundesregierung auch weiterhin nicht. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgelegten Richtlinien sind im Bundessicherheitsrat, einem geheimen Kabinettsausschuß, ausgekungelt worden. Dabei wurden Forderungen übergangen, die immerhin beide Fraktionen der Koalitionsparteien aufgestellt hatten, und die darauf abzielten, die Ausfuhr von Kriegswaffen in Länder unter einer faschistischen Diktatur zumindest zu erschweren. Daß sich Schmidt und seine SPD-Minister auch über die jüngsten Beschlüsse des Münchner Parteitags (Verringerung der Waffenexporte) vollständig hinwegsetzten, muß kaum noch erwähnt werden.

Tatsächlich werden durch die neuen Richtlinien früher bestehende Beschränkungen bei der Rüstungsausfuhr weitgehend abgebaut. Sie betreffen vor allem die Lieferung von Kriegsgerät in Länder, die nicht zur NATO gehören oder (wie etwa Australien) den NATO-Ländern gleichgestellt sind. Zwar heißt es in Richtlinien — auf den ersten Blick eindeutig — der Export von Kriegswaffen in Nicht-NATO-Länder „wird nicht genehmigt". Dann folgt aber zugleich eine Ausnahmebestimmung: „... es sei denn, daß auf Grund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen."


Exportschlager „Leopard 2"

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Generalklausel künftig einen problemlosen Waffenexport in sogenannte Spannungsgebiete ermöglichen wird. Denn gerade jetzt, wo die NATO öffentlich die ganze Welt zu ihrem Interessengebiet erklärt hat (siehe Kommentar auf dieser Seite), läßt sich ja die Aufrüstung prowestlicher Regimes in allen Kontinenten ohne Mühe mit den „vitalen Interessen" der BRD begründen.

Darüber hinaus wird in den neuen Richtlinien auch ausdrücklich die schon jetzt betriebene Kooperation mit NATO-Partnern bei der Waffenproduktion bestätigt. Die sieht so aus, daß etwa Flick seine Kampfpanzer mit einigen Teilen aus italienischer Rüstungsproduktion anreichern läßt, daß Italien dann beim Verkauf dieser Panzer als Exportland auftritt und die Ausfuhr dieser in Wahrheit ja hauptsächlichen westdeutschen Kriegswaffen dann in Bonn nicht mehr genehmigungspflichtig ist. Solche Löcher aller Forderungen, beim Rüstungsexport zu stoppen und auch den im Rahmen dieser Kooperation betriebenen Waffenhandel genehmigungspflichtig zu machen, hat sich die Bundesregierung hinweggesetzt.

So sind die neuen Richtlinien tatsächlich ein Sieg der Rüstungsindustrie, die nun ungehemmter als je zuvor die Märkte in aller Welt mit ihren Waffen versorgen kann. Und Kunden gibt es ja wahrhaftig genug — beispielsweise Argentinien, das jetzt schon mit westdeutschen U-Booten kämpft und sicher bald sein Arsenal aus den Beständen der westdeutschen Waffenschmieden auffüllen muß.

Bundestagskommission „Jugendprotest" legt Bericht vor

Kaum konkrete Antworten auf die Protestbewegung

BONN. — Einen 52seitigen Zwischenbericht legte die vom Bundestag gebildete Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat" letzte Woche vor. Die Kommission — ihr gehören drei Abgeordnete der SPD zwei der CDU und je ein Abgeordneter der CSU und FDP an — war vor etwa einem Jahr unter dem Eindruck der Welle des Jugendprotestes eingesetzt worden.

Vor allem bei der SPD herrschte nach Veröffentlichung des Berichts eitel Freude vor. Die Unionsmitglieder der Kommission, so hieß es, hätten „manche Kröte geschluckt"; und der Ex-Juso-Chef Schröder, Mitglied der Kommission, fand es „erstaunlich, was die Konservativen hier mitgemacht haben."

Sieht man sich all die geschluckten Kröten einmal an, so ergibt sich eigentlich nur, daß die Unionsabgeordneten in der Kommission darauf verzichtet haben, protestierende Jugendliche in bewährter Strauß-Manier als Krawallmacher, Chaoten und ähnliches zu diffamieren. Sie haben vielmehr gemeinsam mit ihren Kollegen aus den Koalitionsparteien solche schönen Allgemeinplätze unterschrieben, wie die, daß der Jugendprotest kein „klassischer Generationskonflikt" ist, daß die Mehrheit der Jugendlichen „nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken will", daß Jugendprotest auf „ungelöste gesellschaftliche Probleme" reagiert usw.

Wenn so etwas von Schröder und seinen Freunden heute schon als Sieg über die CDU gefeiert wird, dann zeigt das nur, wie niedrig sie mittlerweile ihre Ansprüche ansetzen. Daß die Unionsabgeordneten und vor allem Matthias Wissmann, Boß der Jungen Union und Vorsitzender der Kommission „Jugendprotest", keine allgemeine Hetze gegen die Jugendbewegung betreiben würde, war ja eh klar. Denn das wesentliche Ziel, das mit der Einrichtung der Kommission verfolgt wurde, bestand darin, den protestierenden Jugendlichen den Schein zu vermitteln, daß ihre Probleme im Bundestag ernst genommen würden. Und gerade Wissmann und seine Leute haben ja einen erheblichen Nachholbedarf, wenn es darum geht, Verständnis für die Jugend zu mimen.

Die entscheidende Frage aber ist, zu welchen Ergebnissen die Kommission in ihrem Bericht denn gekommen ist. Beispielsweise in bezug auf die „ungelösten gesellschaftlichen Probleme". Da hat man es sich wahrhaftig sehr einfach gemacht. Eine Reihe von Problemen wie etwa die Berufsverbote oder die Bafög-Kürzungen werden erst gar nicht erwähnt. Andere wichtige Fragen werden mit unverbindlichen Phrasen erledigt: zum Schutz der Umwelt müßten „weitere Anstrengungen" unternommen werden; die Jugendarbeitslosigkeit müßte „vorrangig bekämpft" werden; „kritische Fragen nach Alternativen zur Sicherheitspolitik" sollte man ernst nehmen usw. Das könnten in dieser Form wahrlich alle Spitzen der Bonner Parteien — von Brandt bis Strauß — unterschreiben, weil die Kommission eben auf konkrete Forderungen völlig verzichtet hat.

Nur in einigen Punkten ist man über die Formulierung solcher allgemeinen Werbesprüche hinausgekommen. So wird beispielsweise eine Abschaffung der Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer vorgeschlagen (nur der CSU-Mann in der Kommission war dagegen). Eine richtige Sache; ihr folgt allerdings sogleich der Pferdefuß: Die Kommission tritt für eine „angemessene Verlängerung" des Zivildienstes ein.

So bleibt der wohl interessanteste Punkt in dem Bericht der Kommission die Stellungnahme zu staatlichen Gewaltmaßnahmen gegen jugendliche Protestierer. Die SPD- und FDP-Mitglieder schlagen hier unter anderem eine Amnestie vor, „wie sie nach 1968 der damaligen Studentenbewegung erlassen wurde" — mit der deutlich bekundeten Absicht, damit die jugendliche Protestbewegung wieder zu integrieren, so wie es damals mit großen Teilen der 68er Bewegung gelungen war. Diese Kröte allerdings


Festnahme eines Hausbesetzers

wollten Wissmann und seine Freunde von der Union nicht schlucken. Sie ließen ihre Minderheitsposition in den Bericht schreiben, nach der ein „Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung als ein Zurückweichen des Staates erscheinen und zu weiteren Rechtsverstößen ermutigen würde."

So bleibt denn abzuwarten, ob sich die Mehrheit der Kommission nun auch wirklich dafür einsetzt, daß die inhaftierten und teilweise zu hohen Strafen verurteilten Teilnehmer an Protestaktionen endlich freikommen.

Stahlwerker von P + S in Peine gingen auf die Straße

„Die Fein- und Drahtstraße muß nach Peine!"

Stahlstandort Peine durch bundeseigenen Salzgitter-Konzern bedroht

PEINE. — Am vergangenen Freitag (7. Mai) legte die Frühschicht des Werkes Peine der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P + S) geschlossen für knapp zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Stahlkocher zogen aus dem Werk heraus zum Herner Platz, wo sie eine Protestkundgebung gegen die Arbeitsplatzvernichtungspläne der P + S-Bosse durchführten. Was sich seit Jahren bereits abgezeichnet hat, verdichtet sich jetzt zur Gewißheit: Der Stahlstandort Peine mit seinen gegenwärtig noch mehr als 4000 Beschäftigten soll dem „Sanierungskonzept" der Stahlbarone zum Opfer fallen.

2500 Stahlwerker beteiligten sich am Freitag um die Mittagszeit an der Arbeitsniederlegung im P + S-Werk in Peine und zogen auf den vor dem Tor 5 gelegenen Herner Platz. Damit streikte die Frühschicht fast komplett. Im ganzen Werk ruhte die Produktion. Auch die Angestellten beteiligten sich zu einem Großteil an der Aktion.

„Peine darf nicht untergehn, dafür müssen wir auf die Straße gehn", hieß es auf einem Schild. Auf einem anderen: „Feinwerk muß her! Sonst geben wir keine Ruhe mehr!" Auf einem Transparent stand: „Feinstraße muß nach Peine her, sonst haben unsere Kinder keine Zukunft mehr!" Arbeiter führten einen schwarzen Sarg mit, auf dem zu lesen war: „P + S Todesurteil für Peiner Arbeiter"; dazu ein Schild, auf dem es hieß: „Das will der P + S-Vorstand".

Die Kollegen machten so auf drastische Weise sinnfällig, was passierte, wenn die Pläne der Konzernbosse von P + S realisiert werden würden.

Konkret: Würde die geforderte kombinierte Fein- und Drahtstraße nicht in Peine gebaut, sondern lediglich im Werk Salzgitter die dortige Feinstraße modernisiert — und so ist es in dem jüngst bekanntgegebenen P + S-Investitionsplan bis 1990 festgelegt — dann wäre dies für die Stahlstandorte Ilsede und Peine das Todesurteil. Ilsede, wo die Hochöfen für das Werk in Peine stehen, steht längst schon auf der Verschrottungsliste. Es soll im nächsten Jahr stillgelegt werden.

Der Tod des Werkes in Peine hätte allerdings verheerende soziale Auswirkungen. Die Stahlwerke P + S umfassen die drei Standorte Salzgitter (rund 11000 Beschäftigte), Peine (rund 4000 Beschäftigte) und Ilsede (700 Beschäftigte). Würde das Peiner Werk geschlossen, dann — so formulierten es die Sprecher der IG Metall und des Betriebsrates auf der Protestkundgebung am Freitag — müßte Peine zu einer „Geisterstadt mit Industrieruinen" werden.

Wegen dieser Lage der Dinge wollen die Peiner Stahlkocher sich an die Bevölkerung der Stadt wenden, ähnlich wie das die Hoesch-Kollegen in Dortmund getan hatten. Die ganze Stadt soll auf die Barrikaden gehen und massiven politischen Druck machen, um die Salzgitter-Bosse (letztlich also die Bundesregierung) zu zwingen, das Kahlschlagprogramm zu stoppen, d.h. den Bau der Fein- und Drahtstraße in Peine zu gewährleisten.

Allerdings sollten die Kollegen in Peine dabei auch die Erfahrungen des Kampfes in Dortmund mit einbeziehen. Und diese besagen vor allem, daß die etablierten Politiker (einschließlich SPD) und die mit ihnen zusammenhängenden Funktionäre in der Betriebsratsspitze und an den verantwortlichen Positionen im Gewerkschaftsapparat den Kampf gegen die Kahlschlagsanierungen der Stahlkonzerne nicht konsequent unterstützen sondern immer wieder verraten und abwürgen.

Auf der Basis der Sozialpartnerschaftspolitik ist ein so konsequent und druckvoll geführter Massenkampf, wie er notwendig ist, um die P + S-Bosse zur Änderung ihrer Pläne zu zwingen, nicht möglich.



Zwei Stunden lang legten die Stahlwerker im Werk Peine der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG am Freitag letzter Woche die Arbeit nieder.

Arbeiterkorrespondenz aus Peine

„Im ganzen Werk lief nichts mehr"

Am Freitag, dem 2. Mai, standen beim Peiner Stahlwerk 2500 Kollegen vor dem Tor. Warnstreik! Bei uns in Peine arbeiten ca. 4100 Menschen. Die Frühschicht war fast komplett da (95 Prozent). Im ganzen Werk lief nichts mehr. Auch ein großer Teil der Angestellten war da, was früher, bei Tarifrunden, nicht der Fall war.

Vorausgegangen war folgendes: Am 4. Mai wurde der Wirtschaftsausschuß von dem Investitionsplan des Konzernvorstands informiert; am 5. Mai dann der Peiner Betriebsrat; am 6. Mai wurde an jede Schicht ein Betriebsrats-Info verteilt; jedem Kollegen wurde gesagt, daß am Freitag um 12 Uhr auf dem Herner Platz (direkt vor dem Tor 5) eine Kundgebung stattfindet und jeder, der genau informiert werden will, soll erscheinen; dies war am 5. Mai auf einer außerordentlichen Sitzung des Vertrauenskörpers so beschlossen worden; am nächsten Tag wurde dann tatsächlich in allen Abteilungen mobilisiert.

Ergebnis dieser konsequenten Mobilisierung: Am Freitag waren alle dabei!

Unser Werk hat für Peine dieselbe Bedeutung wie Hoesch für Dortmund. Die jetzige Entwicklung, der Tod unseres Werkes in Peine, zeichnete sich schon länger ab. Aber die Lokalpolitiker und die reaktionären Betriebsratsspitzen haben sich in der Vergangenheit mit Sonntagsreden begnügt.

Der Betriebsrat hat Vertrauen in die Zusagen des Vorstandes gepredigt. Gleichzeitig hat er alle Rationalisierungsmaßnahmen mit durchgezogen, hat der Kurzarbeit zugestimmt usw. Er war und ist vollkommen auf die Sozialpartnerschaft ausgerichtet.

Jetzt, wo allen das Wasser bis zum Halse steht, stellen diese Leute sich hin und tun mit radikalen Sprüchen so, als ob sie tatsächlich unsere Interessen vertreten. Diese Leute sind natürlich alle mit der SPD verbunden und wollen die Bewegung auch im Endeffekt ins SPD-Fahrwasser lenken.

Vor Jahren haben die P = S-Bosse in Zusammenarbeit mit dem SPD-Stadtrat die Ansiedlung von größeren Betrieben verhindert, weil die keine Konkurrenz wollten; dadurch konnten sie die Löhne niedrig und gleichzeitig die Facharbeiter bei der Stange halten.

„Heißes Eisen", Betriebszeitung der KPD für das Peiner Walzwerk

Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze

Jeder ahnt seit Jahren, daß der Stahlstandort Peine von den P + S-Bossen abgeschrieben werden soll. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Das Investitionsprogramm des Vorstands bis 1990 zeigt es klar und deutlich. 1 Milliarde soll investiert werden — in Salzgitter. In Peine soll lediglich eine Vakuumanlage im Stahlwerk für ein paar Mark gebaut werden. Das ist noch weniger als die berühmten Krümel vom Kuchen. (...)

Wir haben uns viel zu lange verschaukeln lassen. Jetzt ist Schluß damit. Es ist kurz vor zwölf. Wir stehen voll hinter der Forderung, daß die Draht/Feinstraße in Peine gebaut werden muß. Wir haben bis zur Aufsichtsratssitzung am 25. Mai Zeit, das Vorstandskonzept vom Tisch zu fegen. Wir begrüßen es, daß der Betriebsrat sofort gehandelt hat. Der Beschluß, heute einen Warnstreik durchzuführen, für den auch die Bevölkerung mobilisiert wird, ist genau die richtige Antwort für die Bosse. Denn mit dem Peiner Walzwerk steht und fällt die ganze Stadt. (...)

Wir können erfolgreich kämpfen, aber der Kurs der Gewerkschaft muß sich ändern. Es muß Schluß sein mit der Sozialpartnerschaft, dem Gerede von gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, Schluß mit der Rücksichtnahme auf Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft. Nur konsequenter Klassenkampf wird uns in den kommenden Jahren ermöglichen, wirkungsvoll für unsere Interessen einzutreten.

Wenn unsere Bosse glauben, wir würden wie das Kaninchen auf die Schlange starren, haben sie sich getäuscht. Beteiligt euch alle heute um 12 Uhr am Warnstreik und tragt unseren Kampf in euren Bekanntenkreis. Wir werden zusammen mit der Bevölkerung für den Erhalt des Stahlstandortes Peine kämpfen. Bei der heutigen Aktion darf es nicht bleiben. Der Kampf wird weitergehen und wir werden siegen. Darum: Macht ihnen Beine, den Bonzen in Peine!

- **Die Draht/Feinstraße muß her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!**
- **Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!**

Warnstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung bei HDW

RGO-Betriebsgruppe mobilisierte

KIEL (Arbeiterkorrespondenz vom 30. April '82). — Am Montag, dem 26.4.1982, liefen auf HDW/Kiel und Hamburg Protestaktionen von Kollegen gegen die geplanten 1400 Entlassungen. Zur gleichen Zeit fand eine Aufsichtsratssitzung von HDW statt.

Im Aufsichtsrat waren die IG-Metall-Vertreter bereit, den geplanten 1400 Entlassungen zuzustimmen, um den Vorstandsvorsitzenden Henke, der zum Bremer Vulkan wechselt, zu halten, weil angeblich nur er Aufträge hereinholen kann.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß Salzgitter-Boß Pieper den Stahlbau von HDW/Kiel mit 400 Beschäftigten sterben lassen will (HDW gehört zum Salzgitter-Konzern).

Daß die 1400 Entlassungen beschlossene Sache sind, geht daraus hervor, daß der Aufsichtsrat 25 Millionen Mark für einen Sozialplan bewilligte.

Die RGO-Betriebsgruppe HDW/Kiel hat mit zwei Flugblättern zu der Protestaktion mobilisiert, da die IGM-Führung bei HDW kein Flugblatt herausgeben wollte mit der Begründung, so eine Aktion müsse „spontan" sein. Außerdem wollten die IGM-Bonzen die Protestversammlung in der Mittagspause durchführen, um „keine Schärfe in die Auseinandersetzung zu bringen" wegen eines möglichen Warnstreiks.

Trotz einer sehr schwachen und sporadischen Mobilisierung versammelten sich in Kiel in allen drei Werken ca. 1000 Kollegen. VLK-Leiter Frach hielt eine kleine Rede und ließ anschließend eine äußerst dürftige Resolution verabschieden. Nach 10 Minuten war alles vorbei.

Anderntags entblödete Frach sich nicht, in der reaktionären „Kieler Nachrichten" seine „Enttäuschung" über die „geringe Bereitschaft der Kollegen zur Protestaktion" auszudrücken.

So machen es gewisse Bonzen: Erst tun sie alles, um eine machtvolle Aktion zu verhindern und anschließend schieben sie den „unbewußten" Kollegen die Schuld in die Schuhe und pöbeln sie noch öffentlich an.

Belegschaft wurde um die Früchte ihres Kampfes betrogen

Streik und Besetzung bei Demag-Pokorny abgebrochen

FRANKFURT/MAIN. — Nach zwölftägiger Dauer hat die Belegschaft des Frankfurter Mannesmann-Demag-Werkes (ehemals Pokorny) den Streik und die Besetzung der Werkstore abgebrochen. Am Montag (10. Mai) gegen 9.00 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In der Nacht davor hatten sich die IGM-Ortsverwaltung sowie die Betriebsratsspitze mit der Geschäftsleitung auf einen sogenannten Kompromiß geeinigt, der jedoch die Entlassungs- und Arbeitsplatzvernichtungspläne der Mannesmann-Bosse im wesentlichen nicht beeinträchtigt.

Der Plan der Mannesmann-Bosse, gegen den die Belegschaft am 28. April in den Streik getreten war, sah die Entlassung von 140 Kollegen (Gesamtbelegschaft: 600) und die Verlagerung des Bereichs Drucklufttechnik in das Werk Simmern vor. Das Verhandlungsergebnis, das nun zum Abbruch des Streiks geführt hat, ändert daran nichts Entscheidendes.

36 der von den Entlassungen betroffenen Kollegen sollen nun in anderen Mannesmann-Betrieben einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Bei den anderen Entlassungen sollen „bevorzugt" solche Kollegen in Betracht gezogen werden, die das 59. Lebensjahr erreicht haben. Für sie soll ein Sozialplan ausgehandelt werden.

Weiter verpflichtete sich die Geschäftsleitung, die im Verlauf des Streiks als Maßregelung ausgesprochene fristlose Entlassung von 18 Kollegen zurückzunehmen; ebenso auch alle Abmahnungen (diese waren allen Streikenden zugestellt worden).

Eine Bezahlung der Streiktage wurde nicht vereinbart. Stattdessen soll jeder Streikteilnehmer einen Vorschuß von 2000 Mark erhalten, der mit dem Urlaubsgeld verrechnet werden soll.

Man kann dieses Ergebnis auf keinen Fall — wie es die DKP-Zeitung „UZ" tut — als Erfolg für die Belegschaft werten. Das ist vielmehr eine bittere Niederlage! Und zwar eine Niederlage, wie sie angesichts der Kampfbereitschaft der Streikenden und der Tatsache, daß es der IGM durchaus möglich gewesen wäre, Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben zu organisieren (wenn die Gewerkschaftsführung dies nicht sabotiert hätte), keineswegs nötig gewesen wäre!

Bestimmte Kräfte, so der 1. Bevollmächtigte der Frankfurter IG Metall, Günther Otto, oder der Sekretär der IGM-Ortsverwaltung, August Meier, orientierten bei Mannesmann-Demag von Anfang an nicht auf konsequenten Kampf zur Verteidigung aller Arbeitsplätze, sondern auf Forderungen wie: „Für einen gerechten Sozialplan".

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, was hinter den Kulissen von Seiten des IGM-Hauptvorstandes getrieben wurde. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Mannesmann-Konzerns heißt schließlich Eugen Loderer!

Der Verlauf des Kampfes bei Demag-Pokorny, wie er letztlich maßgeblich von den obengenannten Kräften beeinflußt wurde, steht in scharfem Kontrast zu dem Kampferfolg bei Rockwell Golde, der genau eine Woche vor Beginn des Streiks bei Demag siegreich beendet werden konnte: Die angekündigten Massenentlassungen bei Rockwell Golde (120 Kollegen wären betroffen gewesen) mußten voll zurückgenommen werden! Bei Rockwell Golde hatten die Kollegen unter der klaren Parole gestreikt: „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze".

Im Zuge der Massenarbeitslosigkeit und der Bestrebungen der Unternehmer, die Ausbeutung drastisch zu verschärfen, häufen sich in vielen Betrieben Fälle willkürlicher Entlassungen einzelner Belegschaftsmitglieder. Betroffene sind vorzugsweise solche Arbeiter oder Angestellte, die den Bossen als Hindernis bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen erscheinen; sei es, weil sie zu „aufmüpfig" sind und als „Unruheherd" der Disziplinierung der Belegschaft im Wege stehen; sei es, daß sie — da ihre Arbeitskraft ausgelaugt oder ihre Gesundheit angeknackst ist — als „leistungsschwach" eingestuft werden. Bekanntlich schwebt den Rationalisierungsexperten in den Chefetagen mehr und mehr das Ideal von sozusagen „olympiareifen" Belegschaften vor. Es gibt inzwischen sogar Fälle, wo die Bosse großer Betriebe ganz offen zugeben, daß sie schwarze Listen für das „Durchforsten" der Belegschaften anlegen. Es kann keine Frage sein, daß die Betriebsräte und die Gewerkschaft solcher Willkür und solchen Methoden der Unternehmer auf das Entschiedenste paroli bieten müssen. Andernfalls untergräbt man die gewerkschaftliche Solidarität und die Fähigkeit der Belegschaften zum Widerstand. Bei Karmann in Osnabrück, einem Autowerk mit rund 6000 Beschäftigten, ist es wegen eines derartig gelagerten Falles zu schärfsten Differenzen innerhalb des Betriebsrates und der Gewerkschaft gekommen. Es ging um die Entlassung eines spanischen Kollegen. Wegen der skandalösen Haltung, die die Betriebsratsmehrheit dabei einnahm, wandte sich ein klassenkämpferisches Betriebsratsmitglied, der Kollege Harald Klausing, mit einem ausführlichen Brief an alle Vertrauensleute der IG Metall bei Karmann.

Autowerk Karmann/Osnabrück: Konflikt um Entlassung eines ausländischen Kollegen

„Solidarität ist kein Karnevalsbonbon"

Der Arbeiter N. aus Spanien, um dessen Entlassung es sich handelt, war seit 20 Jahren bei Karmann in Osnabrück beschäftigt. Er hat eine sechsköpfige Familie zu versorgen.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Sache im vergangenen Jahr kurz nach dem Sommerurlaub. Gegen seinen Willen wurde Kollege N. vom Meister gezwungen, einen Teil des Arbeitstages nicht an seinem eigentlichen Arbeitsplatz zu arbeiten. Mündliche Beschwerden von N. beim Meister zeigten keine Wirkung. Deshalb wandte sich N. schließlich mit einer schriftlichen Beschwerde an den Personalausschuß des Betriebsrates.

Gleichzeitig schaltete N. auch den Betriebsrat Harald Klausing in den Fall ein.

Die Gegenseite reagierte mit neuen Schikanen. So hat man N. eines Tages willkürlich eine halbe Stunde abgezogen, weil er angeblich vorzeitig seinen Arbeitsplatz verlassen haben soll. N. wollte sich auch dies nicht gefallen lassen. Eigentlich sollte sich mit diesem Punkt zunächst die Lohnkommission befassen. Wegen der oben erwähnten schriftlichen Beschwerde des Kollegen N. hieß es dann jedoch, der Personalausschuß müßte sich auch um diesen Fall kümmern.

Was jedoch tat dieser Ausschuß, der von dem Betriebsratsmitglied Kaczmarczyk geleitet wird? Anstatt gegen die willkürlichen Maßnahmen und Schikanen zu protestieren und dem Kollegen N. zu seinem Recht zu verhelfen, wandte Kaczmarczyk sich mit einem Brief an die Personalabteilung, der in Anbetracht der Sachlage nur als Denunziation gewertet werden kann. Der Text lautet:

„Beschwerde des Arbeitnehmers N. (...) — Am 27.8. überreichte der obige Arbeitnehmer einen Beschwerdebrief, in dem er behauptet, daß er von seinem zuständigen Meister benachteiligt behandelt wird. Wir bitten, den Sachverhalt zu klären und für Abhilfe zu sorgen!"

Diese Aufforderung, „für Abhilfe zu sorgen", war mehr als zweideutig; zumal Kaczmarczyk zu dem Zeitpunkt, da er diesen Brief schrieb, aus der Personalakte des Kollegen N. eindeutig ersehen konnte, daß die Personalabteilung N.'s Kündigung im Schilde führte. In seinem eingangs erwähnten Brief an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bemerkte später Betriebsrat Harald Klausing (er ist auch IGM-Vertrauensmann) hierzu: *„Als Personalchef würde ich jedenfalls meine Schlüsse aus diesem Schreiben ziehen!"*

Betriebsratsmehrheit deckt die Entlassung

Betriebsrat Klausing versuchte unter anderem, den Betriebsratsvorsitzenden Nardmann zu überzeugen, daß die zu befürchtende Kündigung des Kollegen N. vom Betriebsrat nicht hingenommen werden dürfe. Nardmann aber meinte zynisch:

„Sehr interessant, mal wieder etwas von N. zu hören; wenn sein Fall wieder auf den Tisch kommt bei uns, dann schwör ich dir, daß ich ganz drei Finger für ihn heben werde; ich werde einer von denen sein, die sich enthalten, denn ich bin ja persönlich befangen."

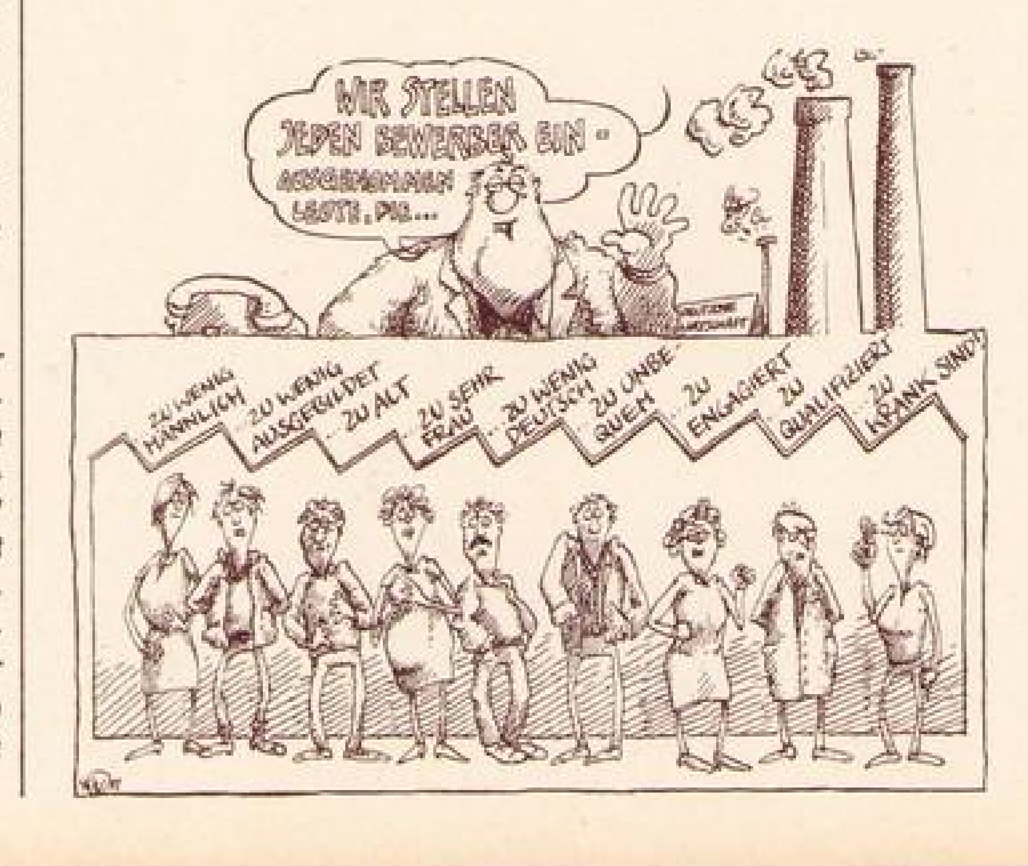
Zwei Wochen nach dieser Unterredung war die Sache dann auch schon auf dem Tisch. N. sollte gekündigt werden. Die Vorwürfe gegen ihn: Bewußte Minderleistung, vorzeitiges Verlassen des Arbeitsplatzes usw. Bei der Abstimmung im Betriebsrat, ob dagegen Widerspruch eingelegt werden solle, trat genau das ein, was Betriebsratsvorsitzender Nardmann angekündigt hatte. Kollege Klausing schilderte die Situation auf der Betriebsratssitzung so:

„Und in der Diskussion vor der Abstimmung (wenn man dazu überhaupt Diskussion sagen kann): Eine Mauer von Ablehnung. Argumente? Zwecklos! Man hatte den Eindruck, daß das Ergebnis schon vorher feststand, als ob sich die entscheidenden Betriebsräte (nicht nur die vom Personalausschuß) schon vor der Sitzung getroffen hätten.



Ich frage: ‚Habt ihr mit dem Kollegen gesprochen? Wie sieht er die von der Firma erhobenen Vorwürfe?' Antwort des Betriebsratsvorsitzenden (obwohl ich den Leiter des Personalausschusses gefragt hatte): ‚Es besteht für den Betriebsrat keine Verpflichtung, mit einem von Kündigung bedrohten Kollegen zu sprechen.'"

Dieses Verhalten der Betriebsratsmehrheit bei Karmann steht, nebenbei bemerkt, in offenem Widerspruch zu diesbezüglichen offiziellen Richtlinien und Stellungnahmen der IG Metall, in denen betont wird, daß der Betriebsrat vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus selbst dann gegen derartige Kündigungen auftreten muß, wenn es sich bei dem Betroffenen um einen Kollegen handelt, der als Querulant gilt. Von Letzterem aber kann im Falle des Arbeiters N. bei Karmann überhaupt keine Rede sein. Nicht umsonst ist N. bei seinen Arbeitskollegen beliebt und seine Gruppe ist voll mit ihm solidarisch. Das gilt übrigens auch für die deutschen Kollegen.



Kann eigentlich — so fragt man sich — der Betriebsratsvorsitzende, der Mitglied der IG Metall ist, die gewerkschaftlichen Grundsätze in den Dreck ziehen, ohne daß er von der Ortsleitung zur Rechenschaft gezogen wird?

Der größte Lump im ganzen Land...

Die Kumpanei des Betriebsratsvorsitzenden Nardmann mit den Bossen ging noch weiter — bis hin zum erbärmlichsten Denunziantentum. Nachdem Kollege N. gegen seine Entlassung Klage beim Arbeitsgericht eingereicht hatte, hielt die Personalabteilung es für geboten, noch Kündigungsgründe „nachzuschieben". Dabei stand Nardmann den Herren Arbeiterschindern zu treuen Diensten, indem er N. denunzierte: Anfang '81 habe N. einem Arbeitskollegen während der Arbeitszeit die Haare geschnitten. In dem Klagezurückweisungsschreiben der Firma Karmann heißt es dazu: *„... erfuhr die Beklagte erst einige Monate später (also erst nach der Kündigung — RM) durch den Betriebsratsvorsitzenden bei der Beklagten, Herrn Nardmann, daß es sich bei dem ‚Friseur' um den Kläger gehandelt hat."*

Kollege Klausing schrieb dazu: *„Wenn das alles nicht so traurig wäre, dann könnte man direkt lachen, was der Arbeitsrichter auch tatsächlich tat."*

Bevor es nun aber zu der eigentlichen Arbeitsgerichtsverhandlung kam, stellte der Rechtsanwalt des Kollegen N. den Antrag, daß Karmann mit einer einstweiligen Verfügung verpflichtet werden soll, N. einstweilen, bis zum Urteilsspruch des Arbeitsgerichtes, weiterzubeschäftigen. Mit Erfolg! Dies, obwohl ein solcher Antrag normalerweise überhaupt nur dann eine Chance hat, wenn der Betriebsrat der Kündigung widersprochen hat.

Kollege N. konnte also an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Er wurde von seinen Kollegen mit großem Hallo empfangen.

Der größte Hammer...

Die Karmann-Bosse gaben sich aber nicht geschlagen. Gegen die einstweilige Verfügung reichten sie Berufung ein. Am 18. Januar, als darüber dann vor dem Landesarbeitsgericht in Hannover verhandelt wurde, erschien dort der Arbeitsdirektor von Karmann, Herr Henneken, höchstpersönlich. Die Verhandlung machte allerdings jedem Beteiligten klar, daß der Entscheid der Richter mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nur lauten konnte: Zurückweisung der Beschwerde von Karmann gegen die einstweilige Verfügung.

Das Gericht schlug jedoch zunächst folgenden Vergleich vor: Karmann zieht die Kündigung zurück; N. erklärt sich bereit, sich fortan auf der Gegenschicht beschäftigen zu lassen, wegen seinem gespannten Verhältnis zu seinem bisherigen Meister.

Nach einigem Zögern nahm auch die Firma diesen Vergleich an, womit die Kündigung gegenstandslos geworden war. Das heißt aber nicht, daß die Karmann-Bosse jetzt endgültig kapituliert hätten. Vielmehr wurde N. kurze Zeit später erneut gekündigt.

Und zwar dienten als Begründung jetzt genau jene angeblichen Verfehlungen, die N. nach seiner Wiedereinstellung zwischen erster Kündigung und Vergleich begangen haben soll, und die von Karmann den Landesarbeitsrichtern in Hannover vorgetragen worden waren, auf welche sie jedoch alles andere als überzeugend gewirkt hatten. Zudem waren diese „Entlassungsgründe" damals dem Gericht seitens der Firma als „Entwurf einer Abmahnung" vorgetragen worden.

Der größte Hammer aber kommt erst. Man hätte doch annehmen können, Betriebsratsvorsitzender Nardmann und seine Gefolgschaft würden wenigstens jetzt — durch Erfahrung gewitzt — Widerspruch gegen diese zweite Kündigung einlegen. Aber nein! Weit gefehlt! Diesmal stimmten sie der Kündigung sogar zusätzlich noch ausdrücklich zu! Und das, obgleich eine ausdrückliche Zustimmung des Betriebsrates zu Kündigungen vom Gesetz gar nicht vorgesehen ist.

Aus guten Gründen ist die IG Metall prinzipiell dagegen, daß Betriebsräte — in welchem Fall auch immer — ihre Zustimmung zu Kündigungen aussprechen. In einer entsprechenden Broschüre der Gewerkschaft heißt es zu dieser Problematik:

„Denn eine Zustimmung kann vom Betriebsrat nicht verlangt werden. Sie ist im Gesetz nicht vorgesehen.

Es wird der falsche Eindruck erweckt, daß der Betriebsrat ein echtes Mitbestimmungsrecht und damit die Möglichkeit habe, durch sein Veto eine Kündigung zu blockieren. Das ist aber gerade nicht so."

„Gewerkschaftliche Solidarität ist kein Karnevalsbonbon"

Betriebsrat Klausing kommentierte das Verhalten von Nardmann, Kaczmarczyk und Gefolgschaft in seinem Brief an die Vertrauensleute wie folgt:

„Und ich möchte an dieser Stelle einige Betriebsräte, die aus Opportunismus oder falsch verstandener Solidarität dieses Spiel mitgemacht haben, fragen: Jetzt — nach einigen Wochen Abstand — ist es da nicht klar, wie schlimm diese Entscheidung war? In der Sache N., da geht es doch nicht nur um ein; einzelnes Arbeiterschicksal. Es geht hier auch um mehr als ‚lediglich' — was schon empörend genug ist — um die Existenz einer sechsköpfigen Familie. Hierbei ging und geht es um die prinzipielle Frage: Stellt sich der Betriebsrat ganz konsequent gegen unsoziale und ungerechte Unternehmerentscheidungen — oder unterstützt er sie?

Heute ein einzelner Kollege, dessen ‚Verbrechen' einzig und allein darin besteht, daß er sich beschwert hat. Morgen fünfzig ‚Krankheitskündigungen' auf einen Schlag. Übermorgen eine dicke Massenentlassung...

Gewerkschaftliche Solidarität ist kein Karnevalsbonbon —, der eine bekommt es, der andere bekommt es nicht und hat Pech gehabt. Und sollte jetzt jemand fragen: Warum sollten denn einige Betriebsräte und Gewerkschafter einem anderen IGM-Mitglied und Mitglied der spanischen Bruderpartei der SPD so etwas antun? — Nun ja, diese Frage müssen sie schon selbst beantworten."

Abschließend heißt es in dem Brief des Betriebsrates und IGM-Vertrauensmannes Harald Klausing:

„Ich behalte mir vor — dazu muß ich noch einige weitere belastende Informationen auswerten — gegen die Kollegen Nardmann und Kaczmarczyk ein ‚Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten' (§ 11 der Satzung) zu beantragen."

Für eine klare Gewerkschaftspolitik bei Karmann

Der hier veröffentlichte Bericht über die Auseinandersetzung um die Entlassung des spanischen Arbeiters N. bei Karmann in Osnabrück basiert auf den Informationen, die in dem offenen Brief enthalten sind, der von Betriebsrat Klausing an alle Vertrauensleute der IGM bei Karmann geschickt wurde. Einer der Vertrauensleute schickte uns den Brief Klausings zu, und er schrieb uns dazu unter anderem:

„... wurde uns durch den Betriebsrat Klausing der beigefügte Brief übergeben, den ich Ihnen hiermit zuschicke. Ich tue das, weil ich meine, daß die darin aufgeführten Enthüllungen über einige Betriebsräte bei Karmann an die Öffentlichkeit müssen. Ich kann als Vertrauensmann nur bestätigen, was in diesem Brief enthalten ist, auch wenn mich das Ausmaß an Sumpf und Verkommenheit doch ganz schön überrascht hat. Nicht nur bei der Neuen Heimat muß gehörig ausgemistet werden! (...)

Es wird Zeit, daß im Vertrauenskörper des größten Osnabrücker Betriebes — immerhin 6000 Beschäftigte — klare Gewerkschaftspolitik betrieben wird. Austritt aus der Gewerkschaft oder Resignation, wie bei vielen Kollegen zu beobachten, kann kein Ausweg sein."

Warnstreiks der Zivilbeschäftigten bei ausländischen Truppen

„Rädelsführer sind vom Gelände zu geleiten"

HEIDELBERG. — Zu zahlreichen Warnstreiks kam es in der vergangenen Woche im Rahmen der Lohnrunde für die Zivilbeschäftigten bei den sogenannten „Stationierungsstreitkräften" (hier stationierte ausländische NATO-Truppen). Dabei versuchte das in Heidelberg ansässige US-Hauptquartier für Europa die Kollegen unter Mißachtung deutschen Rechtes an der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Rechte zu hindern und Protestaktionen zu unterdrücken.

Sie führen sich auf wie Besatzer, unsere sogenannten Verbündeten mit ihren hier stationierten Truppen, insbesondere die US-Generäle. Das zeigt sich beispielsweise darin, wie sie die bei ihnen beschäftigten deutschen Zivilisten behandeln. Sogar das Manager-Magazin „Wirtschaftswoche" schrieb dazu unter der Überschrift „Zustände wie im Mittelalter": „Trotz miserabler Bezahlung und teilweise unzumutbarer Arbeitsbedingungen arbeiten über 110000 Deutsche bei den Alliierten, vor allem in strukturschwachen Gebieten."

Die Bonner Regierung allerdings hat diese Praktiken stets gedeckt, und die deutschen Behörden stellen sich blind und taub. Vor einem Jahr, als die zivilen Kraftfahrer in verschiedenen Standorten der Stationierungstruppen gegen eine angekündigte Lohnkürzung von bis zu 12 Prozent streikten und demonstrierten, wurde überhaupt zum ersten Mal eine gewisse Öffentlichkeit über diesen Bereich hergestellt.

Auch in diesem Jahr kam es wieder zu Protestaktionen. In Hessen und Bayern legten mehrere tausend Zivilbeschäftigte am 30. April und am 4. Mai für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Auch mit Demonstrationen machten die Kollegen ihrer Empörung über das 3,2-Prozent-Angebot Luft, das angesichts der teilweise extrem niedrigen Löhne und Gehälter eine reine Provokation war.

Die ÖTV forderte 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt, wobei sie für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine überdurchschnittliche Anhebung verlangte. Weitere Forderungen waren unter anderem: Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne des Wachpersonals und ein inhaltliches Angebot zum Abschluß des Tarifvertrages über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung noch vor den Sommermonaten.

Inzwischen ist es zu einer Einigung gekommen: Die Löhne und Gehälter werden ab März um 4,2 Prozent erhöht. Von den anderen Forderungen war nicht mehr die Rede. Dieses Ergebnis ist auf keinen Fall befriedigend, zumal die besondere Lage der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nun doch nicht berücksichtigt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Tarifkonflikt erlaubte sich das Hauptquartier der in Europa stationierten US-Streitkräfte eine unerhörte Provokation. In einem Fernschreiben an alle Dienststellen wurden die Kommandeure mit Anweisungen versehen, die auf typisch amerikanische Willkürmethoden bei der Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten hinauslaufen.

In diesem Fernschreiben heißt es, die Feststellung, ob eine Aktion der Beschäftigten (Streik oder Protestaktion) legal oder illegal sei, werde ausschließlich von dem Heidelberger US-Hauptquartier getroffen. *„Illegale"* Aktionen würden *„nicht geduldet"*.

Unabhängig davon, ob eine Aktion als legal oder illegal eingestuft werde, müßten jedoch bei Aktionen *„Maßnahmen ergriffen"* werden, falls diese verbunden seien mit dem Blockieren von Anlagen oder mit Demonstrationen und Streikposten *„innerhalb von US-Installationen"*.

Zu den Maßnahmen, die genannt werden, zählt aus das Anfordern der Hilfe der deutschen Polizei. Deutsche Polizei müsse unter anderem dann angefordert werden, *„wenn die Rädelsführer oder protestierenden Angestellten sich weigern, dem Aufruf zum Verlassen des Geländes Folge zu leisten"*; desgleichen, *„wenn Sympathisanten durch eine industrielle Aktion oder Aktivitäten* (Streiks und Demonstrationen, RM) *Zutritt zu oder Ausgang von der Installation zu erzwingen versuchen"*.

Für den Fall, daß *„die Unterstützung durch die deutsche Polizei nicht rechtzeitig erhalten werden kann"*, — so heißt es außerdem in der Anweisung — *„ist US-Personal einzusetzen, um die protestierenden Angestellten und Rädelsführer vom Gelände zu geleiten."*

ÖTV-Funktionäre protestierten scharf gegen diese unerhörten Anweisungen, die schon in der Wortwahl („Rädelsführer") Gewerkschafter zu Kriminellen stempeln. Außerdem protestierten sie dagegen, daß in Übereinstimmung mit weiteren Passagen des zitierten Fernschreibens streikwillige Beschäftigte bei den US-Streitkräften in Fulda mit Entlassung bedroht wurden, falls sie sich an Warnstreiks beteiligen würden. In Fulda kam es übrigens trotz dieser Drohungen zu einem Warnstreik.



„Protestierende Angestellte und Rädelsführer sind vom Gelände zu geleiten". Trotz skandalöser Drohungen durch die amerikanischen Militärs streikten und demonstrierten die Zivilbeschäftigten für ihre Forderungen. Unser Foto zeigt den Warnstreik der Kollegen bei US-Militäreinrichtungen in Fulda am 4. Mai.



„MaK-Motor"

Betriebszeitung der KPD bei MaK in Kiel

„Heraus zum 1. Mai" lautete die Schlagzeile auf der Titelseite der ersten Ausgabe des „MaK-Motor". Diese Ausgabe ist also noch im April verteilt worden. Das bedeutet, daß unsere Aufzählung aus dem vorletzten „Roten Morgen" schon wieder überholt ist: Nicht nur sieben sondern sogar acht neue Betriebszeitungen der KPD sind von Jahresbeginn bis Ende April herausgekommen. Einschränkend ist allerdings hinzuzufügen, daß der „MaK-Motor" so total neu nun auch wieder nicht ist. Es gab ihn nämlich bereits früher schon. Zunächst als Betriebszeitung der KPD bis zu deren Verbot durch die Adenauer-Regierung; danach brachte die neuentstandene KPD/ML den „MaK-Motor" wieder heraus; jedoch erschien die Zeitung dann seit 1976 nicht mehr; jetzt aber (unsere Partei nennt sich inzwischen wieder KPD) gibt es ihn wieder, den „MaK-Motor"! Wir hoffen, daß er sich als echter Motor für den Kampf der MaK-Belegschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung erweisen wird.

MaK in Kiel ist ein 100prozentiges Tochterunternehmen von Krupp. Der Betrieb hat rund 4000 Beschäftigte. Er umfaßt die Bereiche Motorenbau, Panzerbau und Lokomotivenbau. Gegenwärtig macht die Rüstungsproduktion 60 Prozent der Gesamtproduktion aus, wobei die Tendenz zugunsten des Rüstungssektors weiter ansteigend ist.

...

Berichtigung

Bei dieser Gelegenheit sei hier gleich noch eine Berichtigung geleistet. Im vorletzten RM wird durch eine Graphik in Verbindung mit der Überschrift „Sechs neue Betriebszeitungen seit Jahresbeginn" ein Mißverständnis provoziert. In der Graphik sind mehrere Betriebszeitungen der Partei abgebildet, allerdings gerade nicht, die in diesem Jahr Neuerschienenen, sondern verschiedene andere Betriebszeitungen der Partei. Aus dem Text geht allerdings hervor, daß die abgebildeten Zeitungen mit den Neuerscheinungen nicht identisch sind (siehe RM, Nr. 17, S. 4).

Chemie-Tarifrunde

Tarifrentenmodell geplatzt — was nun?

HAMBURG. — Das Tarifrentenmodell der IG-Chemie-Führung ist geplatzt wie eine Seifenblase. Durch die Schuld der Hauenschild, Rappe und Mettke stehen die Chemiewerker jetzt äußerst schlecht vorbereitet vor einer schweren Lohnauseinandersetzung.

Da das Tarifrentenmodell von der IG-Chemie-Führung derart ausgerichtet war, daß es mit einem Lohnverzicht gekoppelt und zudem mit Einbußen bei der Rente für die betroffenen 58jährigen Kollegen verknüpft war, gab es an der gewerkschaftlichen Basis dafür logischerweise überhaupt keine Unterstützung.

Die Unternehmerverbände lehnen die Tarifrente aus prinzipiellen Gründen ab. Auch der Arbeitsring Chemie hielt sich an diese grundsätzliche Position. Um diesen Widerstand zu brechen, wäre natürlich ein starker Druck notwendig gewesen. Für das faule Konzept der IG-Chemie-Führung jedoch hätte sich die Basis nicht mobilisieren lassen, selbst wenn die Bonzen dies ernsthaft versucht hätten.

Jetzt steht die IG Chemie vor dem Scherbenhaufen, den die verfehlte Politik ihrer Führung verursacht hat. Man steht in einer ungünstigen Ausgangsposition vor einem schweren Lohnkonflikt und ist wegen der Bauchlandung mit dem Tarifrentenmodell äußerst schlecht vorbereitet. Um so mehr ist jezt die oppositionelle Initiative von der Basis her notwendig, um noch das Beste aus der Situation zu machen. Resignation ist jedenfalls kein Ausweg!

In einem Flugblatt der RGO in der IG Chemie in Hamburg, das kurz vor dem 1. Mai verbreitet wurde, heißt es zu der jetzigen Situation:

„Der Hauptvorstand hat uns in eine sehr schwierige Tarifrundensituation hineinmanövriert:

- Während in anderen Gewerkschaften über die Sicherung des Reallohnes diskutiert wurde, haben wir in der IG Chemie unsere Zeit mit Projekteschmieden vertan und stehen nun, mitten in der Tarifrunde, mit leeren Händen da.
- Durch das völlig undemokratische Durchpeitschen des Rentenmodells von oben nach unten haben sie noch mehr Kollegen von der Gewerkschaftsarbeit abgeschreckt.
- Durch ihr sang- und klangloses Untergehen bei den Verhandlungen verbreiten sie Resignation in den Gewerkschaftsreihen.

Auf diese Weise zersetzt der Hauptvorstand die IG Chemie. Er gängelt und bevormundet die aktiven Funktionäre. Er lähmt und untergräbt die Kampfkraft der ganzen Gewerkschaft. (...)

Es stehen 4,2 Prozent als Vorgabe der IG Metall im Raum. Das wäre bereits ein kräftiger Reallohnabbau und das ist nicht zu akzeptieren.

Wir müssen mehr herausholen und den jährlichen Abwärtstrend im Abschluß stoppen und so die Strategie der Unternehmer durchbrechen. Das bedeutet nach dem 4,9-Prozent-Abschluß vom letzten Jahr einen Abschluß von mindestens 5 Prozent und kein Zehntel darunter. Nur so etwas könnte man unter den gegebenen Umständen noch als Erfolg einstufen."

Lohnrunde in der Wohnungswirtschaft

„... klar, daß Aktionen stattfinden müssen"

Hamburg (Arbeiterkorrespondenz vom 29.4.82). — Ich bin beschäftigt bei der SAGA, Hamburgs größtem gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Alleiniger Aktionär ist der Senat.

Bei der SAGA arbeiten rund 1000 Kolleginnen und Kollegen. Die HBV-Betriebsgruppe ist mit ca. 250 Migliedern im Vergleich zur gesamten Wohnungswirtschaft gut organisiert. Die Vertrauensleutesitzungen sind in letzter Zeit gut besucht. Ich selbst bin Vertrauensmann.

Ein Kollege von uns ist in der großen Tarifkommission. Dadurch sitzen wir an der Quelle, was Informationen betrifft. Letzte Woche informierte uns dieser Kollege bei einer kurzen Zusammenkunft über die erste Verhandlungsrunde.

Wir, ein Teil des Vertrauensleutekörpers, beschlossen, sofort etwas zu unternehmen. Wir fertigten bis zur Mittagspause ein Plakat, das in der Kantine aufgehängt wurde. Darin wurde direkt ein Vorstandsmitglied angesprochen, das auf Arbeitgeberseite in der Tarifkommission ist.

Bis Betriebsschluß fertigten wir beiliegendes Flugblatt, das uns die HBV noch druckte, so daß wir es gleich am nächsten Morgen verteilen konnten. Das Flugblatt hat einen guten Schluß, der sich klar für Aktionen ausspricht.

Nächste Woche ist Vertrauensleutesitzung. Da gilt es, alle Vertrauensleute zu informieren und eine Mehrheit dafür zu bekommen, daß eine außerordentliche Betriebsversammlung zur Tarifrunde stattfindet. Mal sehen. Wenn nicht, müssen wir noch weiter unten ansetzen, z.B. eine Unterschriftensammlung.

Auf jeden Fall ist klar geworden, daß Aktionen stattfinden müssen, das ist das Entscheidende! Stillhalten und Abwarten bringt nichts, das wurde klar!

(Anmerkung der Redaktion: Das erwähnte Flugblatt der SAGA-Vertrauensleute schließt mit dem Aufruf: *„Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt unsere defensive Haltung aufgeben. Wir müssen durch Aktionen für unsere Forderungen eintreten und fordern daher zunächst eine zusätzliche Betriebsversammlung."*).

Schornsteinfegergesellen im Tarifkampf

Unternehmer weiten Aussperrung aus!

Saarbrücken/Münster. — Die Schornsteinfegergesellen kämpfen seit Monaten für einen besseren Manteltarifvertrag, insbesondere für mehr Jahresurlaub. Brutal versuchen die Unternehmer, sie in die Knie zu zwingen. Mit fristlosen Entlassungen und mit Aussperrungsmaßnahmen, die sie jetzt ausgeweitet haben.

Anfang April hatten die Unternehmer alle 74 Schornsteinfegergesellen Bremens, die dort in einen Streik getreten waren, fristlos entlassen. Die Kollegen beschlossen, als Antwort auf diese brutale Massen-Maßregelung in den unbefristeten Schwerpunktstreik zu treten. Der Streik in Bremen dauert nun bereits seit rund anderthalb Monaten an.

Die Schornsteinfeger-Innung reagierte mit weiterer Brutalität. Ende April ließ sie die 91 Gesellen im Regierungsbezirk Karlsruhe aussperren. Auf diese Weise hofft man wohl, den Kampfwillen der 5500 Gesellen zu brechen. Da diese aber nicht nachgeben, wird der Aussperrungsterror jetzt hemmungslos ausgeweitet.

Die rund 300 Gesellen des Saarlandes sowie des Regierungsbezirks Münster sind die neuesten Aussperrungsopfer. Diese Ausweitung des Unternehmerterrors erfolgte am 4. Mai. Ferner hat die Innung für die nächste Woche Aussperrung in den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln angekündigt.

Diese Maßnahmen der Schornsteinfeger-Innung sind eine Provokation gegenüber dem DGB. Hier wird die Unternehmermacht über die Lohnabhängigen skrupellos ausgespielt, um einen berechtigten gewerkschaftlichen Kampf niederzuwalzen. Die Unternehmer können sich hierfür eine gewerkschaftsfeindliche Rechtsprechung zunutze machen, die durch Legalisierung des Terrorinstrumentes Aussperrung das Streikrecht aushöhlt.

Solidarität mit den 5500 Schornsteinfegergesellen tut jetzt dringend not! Wo bleiben die Proteste des DGB? Es wird höchste Zeit, daß durch gewerkschaftliche Aktionen und Aufklärungsarbeit das Vorgehen der Unternehmer öffentlich angeprangert wird!

Entführungsfall Mina Hölzel

Noch immer keine öffentliche Fahndung

HEILBRONN. — Fast drei Wochen ist es her, daß in Heilbronn die Hausfrau Mina Hölzel, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg der *Volksfront*, von deutschen und türkischen Faschisten entführt und gefoltert wurde. Die Verbrecher wollten erreichen, daß die *Volksfront* ihren Kampf gegen die ausländerfeindliche Hetze und Umtriebe einstellt.

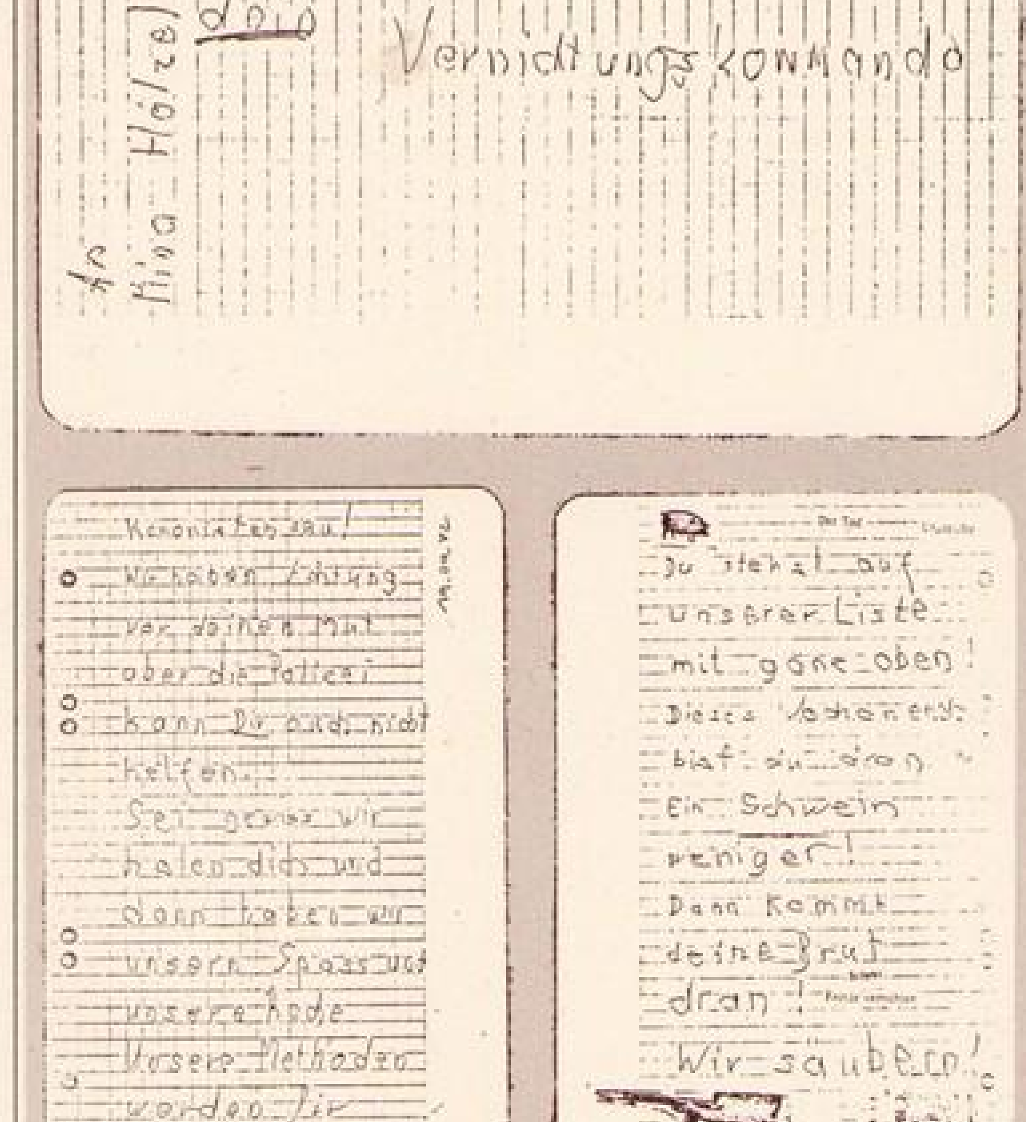
Noch immer verweigern die Polizeibehörden eine öffentliche Fahndung nach den Tätern, von denen ihnen eine Beschreibung vorliegt, die Mina Hölzel aus dem Gedächtnis machen konnte. Jeder Tag, der ohne eine solche Fahndung vergeht, begünstigt das Untertauchen bzw. die Tarnung der Faschisten und ermutigt sie natürlich dazu, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

An der absoluten Gewaltbereitschaft dieser Leute kann nach der Mißhandlung Mina Hölzels kein Zweifel mehr bestehen. Und daß noch schlimmere Gewalttaten vorgesehen sind, läßt sich aus den Drohbriefen der Nazis entnehmen: „Dein Vernichtungskommando" zeichneten sie einen davon.

Wären nicht gerade die Faschisten Urheber dieses Verbrechens, ginge es nicht gerade gegen Antifaschisten, die die von den Herrschenden selbst geschürte Ausländerfeindlichkeit bekämpfen — der Skandal hätte in dicken Lettern die Frontseiten der Tageszeitungen geziert. Hier aber geschah nichts davon. Fast die gesamte überregionale Presse schweigt dazu oder bringt nur nichtssagende kurze Notizen. Ein weiteres Zeichen dafür, wieweit die Ausrichtung der Presse bei uns bereits vorangeschritten ist.

Die Antifaschisten in Heilbronn versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, das Schweigen zu durchbrechen und verfälschende Presseberichte richtigzustellen. (In der „Heilbronner Stimme" vom 29.4. zum Beispiel ließ Kripo-Chef Gerd Bornschein verlauten, er wolle „jedoch nicht ausschließen, daß die Entführungsgeschichte vielleicht doch nicht so gelaufen ist, wie dargestellt". Im übrigen werde der Fall „behandelt wie jeder andere auch, wir machen da keine Unterschiede". — Beleidigungen für die Nazi-Opfer, Lügen für die Öffentlichkeit!)





Wir sind stark!
Dein Vernichtungskommando
An Mina Hölzel

Kanonenfutter sau!
Wir haben Achtung
vor deinem Mut
aber die Polizei
kann Dir auch nicht
helfen.
Sei genau wir
holen dich und
dann haben wir
unsern Spass und
unsere Rache
Unsere Methoden
werden Dir
gefallen

Du stehst auf
unserer Liste
mit ganz oben!
[illegible]
[illegible]
Ein Schwein
weniger!
Dann kommt
deine Brut
dran!
Wir säubern!

Auf die Untätigkeit der Polizei reagierten die Antifaschisten mit der Einrichtung eines eigenen Ermittlungsausschusses. Dieser ist unter folgender Adresse zu erreichen: H. Stockmar, Postfach 3106, 7100 Heilbronn.

Die Entführung Mina Hölzels ist ein Zeichen dafür, wie weit die Faschisten heute bereits zu gehen bereit sind. (Es sollte dabei erwähnt werden, daß eine Beteiligung z.B. des türkischen Geheimdienstes nicht auszuschließen ist). Sie ist eine Mahnung zum verstärkten Widerstand. Sie zeigt weiterhin eindeutig, daß die westdeutschen Behörden kein Interesse daran haben, den faschistischen ausländerfeindlichen Banditen entgegenzutreten. Den Kampf gegen die Nazis und den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in ihrem ganzen Umfang müssen wir selbst in die Hände nehmen. Jetzt erst recht!

Polizei „interessiert sich" für die Volksfront

Kurz vor Redaktionsschluß hatten wir noch einmal die Gelegenheit, mit einem Mitglied des Ermittlungsausschusses zu sprechen. Wie er uns mitteilte, gibt es nicht nur noch immer keine wirklichen Ermittlungen gegen die Nazis. Stattdessen deutet alles darauf hin, daß die Kripo Ermittlungen gegen die *Volksfront* selber führt!

Zeigte der Heilbronner Kripo-Chef schon mit seinen zitierten Bemerkungen gegenüber der örtlichen Presse, daß er versuchen will, die Glaubwürdigkeit der gefolterten Antifaschistin in Zweifel zu ziehen, so versucht seine Behörde inzwischen immer deutlicher, den Anschein zu erwecken, der ganze Vorfall habe gar nicht stattgefunden, sondern das sei alles eine Inszenierung der *Volksfront* selber gewesen. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. In seiner Dreistigkeit ist dies Verhalten der Kripo sicher auch darauf angelegt, Mina Hölzel und die Heilbronner Antifaschisten sprachlos zu machen, besonders natürlich bei Mina und ihrer Familie Verzweiflung und Resignation hervorzurufen. Das aber wird ihr nicht gelingen!

Die Kripo tritt also schon fast wie ein Partner der Faschisten auf, der das von ihnen begonnene Werk fortsetzt. Und statt gegen die Faschisten zu ermitteln, zeigt sie plötzlich ein merkwürdiges „Interesse" an der *Volksfront*, versucht die Organisation auszuspionieren, angefangen bei den Freunden der Familie Hölzel, und möglichst viele Daten in ihre Kartei zu bekommen.

Der Ermittlungsausschuß hat sich zum Ziel gesetzt, dieses unerhörte Verhalten der Polizei öffentlich durchschaubar zu machen.

Der Ermittlungsausschuß hat uns gebeten, einen Teil der Personenbeschreibung der Täter, die auf einer Pressekonferenz am 30.4. vorgelegt wurden, zu veröffentlichen und besonders unsere Leser im süddeutschen Raum um Mithilfe zu bitten. Es handelt sich um die Frau, die bei den Verhören und Mißhandlungen aktiv war.

Nationalität:	deutsch
Alter:	28 bis 30 Jahre
Größe:	ca. 170 cm
Haare:	**sehr** lang, glatt, schwarz, nach hinten zu einem Pferdeschwanz zusammengefaßt
Gesicht:	schmal, blasser Teint, sehr dünne nachgezogene Augenbrauen, starker Lidstrich nach außen verlängert
Figur:	sehr schlank, Mannequintyp
Hände:	lang, schmal und gepflegt, Fingernägel nicht lackiert
Bekleidung:	hauteng sitzende schwarze Lederhose, weinroter Rollkragenpulli, kurze, oben umgeschlagene glatte schwarze Lederstiefel, Beutel-Umhängetasche aus silberfarbenem Knautschleder
Sprache:	sehr deutlich, bayrisch-fränkischer Dialekt, stark rollendes „R"
Besonderheiten:	stark und süß parfümiert, rauchte anfänglich lange Zigarillos ohne Mundstück

Das Auto, mit dem Mina Hölzel aus Heilbronn herausgeschafft wurde, ist ein fünftüriger ockerfarbener Kombi (wahrscheinlich ein Ford). Erkannt wurde ein Teil des Kennzeichens: S-M 62. Sehr sauber. Keine Kopfstützen. Stand am Mittwoch, 21.4. um ca. 12 Uhr in der Bushaltestelle gegenüber der „Harmonie". Im Fond saßen zwei Männer in schwarzen Lederjacken (wahrscheinlich Ausländer).

Der Ermittlungsausschuß bittet auch um Meldungen, falls sich ähnliche Vorfälle bereits anderswo ereignet haben.

Also: Helft mit! Das schmutzige Spiel der Kripo darf nicht aufgehen!

Auch wenn sich der Staatsanwalt nicht durchsetzte:

Empörendes Urteil gegen Peter Jaszczyk

ESSEN. — Der Prozeß gegen Peter Jaszczyk, seine Ehefrau und drei weitere Kollegen (vgl. letzten RM) ist zu Ende. Peter Jaszczyk soll 6000 Mark Strafe zahlen, die anderen wurden freigesprochen.

Zwei Jahre Gefängnis hatte der Staatsanwalt gegen den Opel-Betriebsrat beantragt, der sich nicht als Verfassungsschutz-Spitzel anwerben lassen wollte. Zwei Jahre auch für einen der Mitangeklagten. Dabei hatte sich die Aussage des Agentenwerbers Koentgen alias Madler als durch und durch verlogen herausgestellt, wie sowohl der Staatsanwalt selbst als auch in noch weitergehendem Ausmaß das Gericht feststellen mußte. Zu den Falschaussagen gehörte auch die Benennung von Personen als angebliche Mittäter bei der vorgeblichen „Folterung" des Agenten, die sich erwiesenermaßen außerhalb der Stadt aufhielten, als Peter Jaszczyk zusammen mit seinen Kollegen den Spitzel enttarnte.

Das genaue Ausmaß der Lügen wurde nicht bekannt, weil die Öffentlichkeit bei den interessanten Aussagen des Agenten ausgeschlossen war.

Das Gericht sah es nun lediglich als erwiesen an, daß Koentgen für seinen ungeheuerlichen Versuch, einem Betriebsrat seine Ehre abzukaufen und ihn dazu zu bringen, seine Kollegen zu bespitzeln, zwei bis drei Ohrfeigen eingefangen habe. Und die sollen pro Stück 2000 Mark kosten. „Das ist kein politischer Prozeß", ließ man versichern, nicht die Gesinnung des Angeklagten, sondern eine Straftat sei geahndet worden.

Das ist schon ein starkes Stück.

Wenn so ein krimineller Spitzelwerber auf jemanden stößt, dessen Gesinnung schmutzig genug ist, ihn laufen zu lassen — dann wird dieser nicht bestraft, sondern steht unter staatlichem Schutz.

Wenn er dann selber seiner kriminellen Praxis nachgeht, wird er dafür entlohnt. Schließlich handelt er im Auftrag seiner staatlichen Auftraggeber.

Der Anstifter zu diesen Taten, eben der Werber, wird womöglich nach längerer erfolgreicher Anstiftung zu solch kriminellen Handlungen befördert.

Und mal ehrlich, ganz abgesehen von dem konkreten Fall, um den es hier geht — kann man sich mit zwei bis drei Ohrfeigen für eine derartige Beleidigung entschädigen, wie sie ein derartiger Antrag darstellt? — Sicher nicht. Aber ein Verständnis für Arbeiterehre geht den bundesdeutschen Justizangestellten schon von Berufs wegen ab.

Was nun die Enttarnung des Spitzels, die Peter Jaszczyk zusammen mit seinen, von ihm vor Gericht übrigens nie namentlich genannten, Kollegen betrifft, die vom Verfassungsschutz mit Absegnung durch das Innenministerium als „Folterung" durch die gesamte bürgerliche Presse gezogen wurde, so war sie unbedingt notwendig. Denn es ist ja klar, der Staat, der die Spitzel auf dich ansetzt, der bietet dir keinen Schutz vor ihnen. Und wenn so einer sich an dich heranmacht, und du tust nichts — du brauchst gar nicht auf ihn einzugehen — dann wird er immer versuchen, dich zu erpressen. Auch unfreiwillige Kontakte zu diesen Leuten sind hochgefährlich. Wenn man sicher gehen will daß sie einen nicht zumindest ins Gerede bringen — etwa aus Rache für eine mißlungene Anwerbung — dann muß man die Geschichte unter Zeugen bereinigen. Genau das hat Peter Jaszczyk getan, und das war auch eine Maßnahme des Selbstschutzes.

Für uns, für alle Kollegen, liefern die auf diese Maßnahme folgenden Ereignisse wichtige Erkenntnisse.

Vor allem diese: Der Verfassungsschutz treibt sich nach wie vor in den Betrieben herum. Er versucht nach wie vor, Betriebsratsarbeit auszuforschen, kämpferische Kollegen namhaft zu machen und ihre Daten in seine Karteien zu bekommen, den Kapitalisten in ihrem Bemühen um „Ruhe im Betrieb" hilfreich zur Seite zu stehen.

Und den Worten der Politiker darf man nicht trauen. Innenminister Baum, der ach so „Liberale", der angeblich ehrliche Saubermann, hat unter anderem Millionen Fernsehzuschauern ins Gesicht gesagt, mit der Tätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben sei es vorbei. Leute wie er bestätigen die Volksweisheit, die sich in Witzen wie diesem niederschlägt: „Wann lügt ein Politiker?" „Wenn er den Mund aufmacht!".

Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes, das hat der Prozeß unterstrichen, ist kriminell und menschenfeindlich, gegen alle aufrechten Menschen gerichtet. Ihm muß das Handwerk gelegt werden. Er muß vor allem aus den Betrieben verschwinden. Koentgen und seinesgleichen gehörten auf die Anklagebank, nicht ihre Opfer oder Gegner! Das Urteil gegen Peter Jaszczyk ist ein empörender Angriff auf jeden ehrlichen Kollegen, den wir entschieden verurteilen!

Fememord-Prozeß

Nazi-Führer Kühnen im Zeugenstand

LÜBECK. — Im Fememord-Prozeß gegen fünf Faschisten der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), die ihren homosexuellen Kumpan Johannes Bügner im vergangenen Jahr auf grausame Weise umgebracht haben, wurden inzwischen führende Köpfe der Terrorvereinigung gehört. Unter ihnen Michael Kühnen und Christian Worch.



Begrüßung vor Gericht: Nazi-Aktivisten Kühnen und Geiss (rechts).

Die Solidarität zwischen den Angeklagten ist längst dahin. Vor allem der direkte Auftraggeber, Michael Frühauf, versucht, sich als unschuldig hinzustellen. Er habe gar nicht an Mord gedacht, höchstens ein paar Ohrfeigen sollte Friedehelm Enk — der geständige und reuelose Mörder — dem Opfer verpassen. Enk dagegen hält an seiner Darstellung fest.

Frühauf berief sich weiter darauf, er sei bei der Aktion überhaupt nur noch dabeigewesen, weil er inzwischen auch Agent des Verfassungsschutzes geworden war; er habe sich beim Beobachten als dessen Mann gefühlt. Auch habe ihm ein gewisser Günter Gastrow zugesichert, solange er passiv bleibe, könne ihm nichts passieren. Man fragt sich, inwieweit der Staatsschutz vielleicht schon vorher über die Aktion Bescheid gewußt hat.

Auf jeden Fall hat Frühauf inzwischen seinen Kredit bei den anderen Terroristen verspielt.

Michael Kühnen, aus dem Gefängnis vorgeführt, gab sich unwissend. Im Gegensatz zu den Feststellungen der Angeklagten an früheren Prozeßtagen, die besagten, er habe Frühauf — der ihn in der Zelle besuchen konnte — die Anweisungen gegeben, will er damit nichts zu tun gehabt haben. Ihm direkt zu widersprechen, dürfte für die Nazis mit erheblichen, lebensgefährlichen Risiken verbunden sein. Kühnen zog auch gegen Frühauf ab, von dessen VS-Tätigkeit er gerade erst erfahren hatte. Er bezeichnete die Angeklagten als „Statisten und mißbrauchte Werkzeuge", bis auf Frühauf, „der offenbar zur Gegenseite gehört, sind die anderen unschuldige Opfer."

Wobei das mit der "Gegenseite" bekanntlich nicht so absolut zu sehen ist, denn der Staat bedient sich seiner Nazis ganz bewußt und gesteht ihnen aus wohlverstandenem Eigeninteresse den großen Freiraum zu, den sie haben und nutzen.

Kühnen, der die Übernahme der Führung der terroristischen Nazis für die Zeit nach seiner Freilassung immer wieder angekündigt, rechnet ganz sicher auch auf die Gefolgschaft der Angeklagten, die er mit seiner Aussage zu entschuldigen suchte.

Nichts geändert hat sich an der zuvorkommenden Behandlung der Nazis durch den freundlichen Richter Kröger. Die Faschisten fühlen sich offensichtlich ganz wohl in dem Klima, das so im Gerichtssaal geschaffen wurde. Dazu gehört auch eine gute Verständigung mit Gesinnungsgenossen auf den Zuschauerbänken. Kühnen zum Beispiel konnte ausgiebig Wiedersehen mit dem faschistischen Stader Journalisten Edgar Geiss feiern.

Aufruf
Bundesweites Arbeitstreffen Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung

Begrenzung des Familiennachzugs, Beschneidung des Asylrechts und Diskussion um „Rückkehrförderung" sind Zeichen für eine Verschärfung der offiziellen Ausländerpolitik. Immer mehr sehen sich die Arbeitsemigranten einer künstlich hochgespielten Welle von Vorurteilen, Ablehnung und offenem Haß ausgesetzt. Auf dem Hintergrund von wachsender Erwerbslosigkeit und sozialer Unsicherheit breitet sich eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung aus. Diese Tendenzen sind zu einem Alarmsignal für viele Initiativen, Komitees, Vereine und Organisationen geworden, die dieser Entwicklung entgegentreten wollen.

Ein am 5./6. Juni 1982 stattfindendes bundesweites Arbeitstreffen in Duisburg soll die Arbeit dieser Gruppen inhaltlich und organisatorisch stärken. In Arbeitsgruppen sollen Themen wie Asylpolitik, Ausländerbeschäftigung und Ausländerrecht, Kommunal- und Sozialpolitik, Ursachen und Konsequenzen der Ausländerfeindlichkeit, sowie die Gefahren rechtsextremer Aktivitäten diskutiert werden.

Das Arbeitstreffen soll zum Ergebnis haben:

- **das Festhalten der Gemeinsamkeiten in einem Manifest gegen die ausländerfeindliche Politik und für die gleichen Rechte der ausländischen Mitbürger;**
- **die Schaffung einer Koordinierungsstelle;**
- **die Herausgabe regelmäßig erscheinender, gemeinsamer Publikationen;**
- **Initiativen für bundesweite Aktionen wie einer Demonstration und Veranstaltungsreihe im kommenden Herbst.**

Wir müssen die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer gemeinsam durchsetzen.

Das bundesweite Arbeitstreffen soll ein Beitrag dazu sein.

Bielefeld, den 25. April 1982

Dieser Aufruf zu einem bundesweiten Arbeitstreffen „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung" wird von der KPD unterstützt. Genossen der KPD werden an diesem Treffen teilnehmen, das unter anderem eine bundesweite Koordinierungsstelle für Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit sowie eine bundesweite Demonstration im Herbst vorbereiten soll.

Hamburger Wahl:
Zulassung der HLA stößt auf Protest

HAMBURG. — Am 7. Mai fand die zweite Sitzung des Landeswahlausschusses statt, auf der es um die endgültige Zulassung der Wahlvorschläge zur Hamburger Bürgerschaftswahl im Juni ging. Dabei kam es zu heftigen Protesten gegen die Entscheidung, auch die Teilnahme der rassistischen Liste für Ausländerstopp (HLA) abzusegnen.

Staatsrat Werner Hackmann, Landeswahlleiter, mußte sich lautstarke Protestrufe gefallen lassen, als er die Zulassung der HLA verkündete und auch noch zu einem „fairen Wahlkampf" aufrief, zu dem es gehöre, „das Recht auf Versammlungsfreiheit politisch Andersdenkender zu respektieren".

Der Hamburger Senat hat sich also endgültig geweigert, eine politische Entscheidung gegen die Nazi-Liste, die von der NPD und ANS-Terroristen gestützt wird, zu treffen. Hackmann zog sich auf Formalien zurück: Nur die formalen Voraussetzungen seien zu prüfen gewesen; über die Verfassungsmäßigkeit einer Gruppierung habe allein das Verfassungsgericht zu entscheiden. Wobei erwähnt werden muß, daß der Senat nicht einen einzigen Schritt getan hat, um sich aus eine Entscheidung darüber herbeizuführen. Im übrigen hätte er natürlich selber und von vornherein das Wirken einer solchen Liste unterbinden können. Zahlreiche antifaschistische Organisationen haben schon seit langem das Verbot der HLA gefordert, darunter auch die KPD. Das Verhalten des Senats kann, wie beim Termin am 7.5. unter anderem eine Gruppe „Hamburger Jugendliche(r), die überhaupt nichts gegen Ausländer haben — aber dafür um so mehr gegen Nazis" (so die Unterschrift eines Flugblattes) hervorhob, „nur als Duldung neofaschistischer Umtriebe interpretiert werden".

Gleich zu Beginn der Sitzung entfalteten Antifaschisten hinter den Vertretern der HLA Transparente mit antifaschistischen Losungen: „Wir leben gern mit Ausländern zusammen", „Gestern die Juden — heute die Ausländer", „Kampf dem Rassismus", „NSDAP = NPD = HLA".

Die Hamburger Antifaschisten werden den Kampf gegen die vom Senat begünstigten ausländerfeindlichen Aktivitäten in ihrer Stadt verstärken müssen.

„Unruhestifter sofort ausweisen"
Neue ausländerfeindliche Vorstöße von CDU und SPD

BONN. — Ein neuer ausländerfeindlicher Vorstoß zeigt führende Politiker von SPD und CDU in trauter Eintracht: „Ausländische Unruhestifter", so erklärten übereinstimmend die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU), und von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau — der eben erst stellvertretender Vorsitzender seiner Partei wurde — sollten „sofort ausgewiesen" werden. „Mißbrauch des Gastrechts" lautet das Stichwort.

Daß hier führende Politiker auch der SPD den Ausländern lediglich den Status von „Gästen" zubilligen, verwundert schon nicht mehr. Diese Äußerungen sind aber eine ganz konkrete und sehr ernstzunehmende Drohung gegen ausländische Demokraten und Antifaschisten in unserem Land.

„Unruhestifter" — so schreien die Politiker immer dann, wenn es irgendwelche Auseinandersetzungen zwischen Ausländern in Westdeutschland oder Westberlin gibt. Ganz unabhängig davon, worum es dabei eigentlich geht. Rau erneuerte diesen Standpunkt jetzt im ZDF:

„Deutschland darf kein Ersatzkriegsschauplatz für Auseinandersetzungen aus anderen Ländern werden", verkündete er.

Wie sehen denn die Tatsachen aus?

Ausländische Kollegen, Antifaschisten und Demokraten werden immer öfter von faschistischen Banden oder Geheimdienst-Agenten aus ihren Heimatländern bedroht oder angegriffen. Messerstechereien und Schlägereien werden provoziert, oft werden solche Menschen auch einfach umgebracht.

In keinem dieser Fälle bezieht der Staat Stellung gegen die Faschisten. Ausländische faschistische Organisationen, die türkischen Grauen Wölfe etwa, operieren ja auch weitgehend ungestört bei uns. Ihre Anführer werden sogar nach Mordversuchen freigelassen und nicht einmal ausgewiesen — obwohl sie in ihrer Heimat kaum etwas oder gar nichts zu befürchten hätten —, wie das vor einiger Zeit in Kiel geschah. Und schließlich arbeitet die Bundesregierung bestens mit den Regimes zusammen, die ihre Mordbuben in Westdeutschland arbeiten läßt. Soches gilt für die Türkei, aber auch etwa für Jugoslawien. Auch als vor kurzem unsere drei albanischen Genossen Opfer eines Mordanschlags des Belgrader Geheimdienstes wurden, redete man nur von „Auseinandersetzungen zwischen Ausländern", die bei uns unterbunden werden müßten. Gegen diese Verbrecher wurde bis heute nichts Wirksames unternommen.

So bleibt bei diesen Äußerungen nur die Drohung, die Opfer, die angegriffenen Antifaschisten und Arbeiter, zumal, wenn sie sich zur Wehr setzen und die Faschisten auch etwas abbekommen, auszuweisen. Und dabei eventuell ihren Mördern erst recht in die Hände zu liefern.

Daß Rau und Späth einen Anschlag auf die Lebensrechte gerade der antifaschistischen ausländischen Kollegen vorhaben, unterstrichen sie dadurch, daß sie — im Einvernehmen mit Justizminister Schmude (SPD) — eine „Neuregelung" des Asylrechts forderten, die auf eine Einschränkung dieses Grundrechts hinausläuft. Die Asylverfahren sollen zum Beispiel absolut verkürzt werden, die Rechtlosigkeit der Asylbewerber soll vertieft werden. Späth unterscheidet sich hier von seinen SPD-Kollegen nur dadurch, daß er noch schneller noch drastischere Maßnahmen sehen will.

Diesen Plänen der Politiker muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden!

Maidemonstration in Hamburg

„Zufällige Ähnlichkeiten"
... zwischen HLA und NSDAP

Vor kurzem führte der NDR-Redakteur Jürgen Schröder-Jahn („extra drei") ein Gespräch mit Vertretern der Hamburger Liste für Ausländerstopp. Dabei wurde die ideologische Übereinstimmung dieser Leute, gegen deren Wirken der Senat nichts unternimmt, mit der Hitler-Partei ganz deutlich.

Hier einige Auszüge:

Schröder-Jahn: „Herr Sabrautzky, das Gründungs-Manifest der HLA zeigt, was den Ausländerstopp angeht, verblüffende Ähnlichkeit mit dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920. Sind das Ähnlichkeiten, die zufällig sind?"

Hans-Jürgen Sabrautzky (HLA): „Also wissen Sie, zu der Zeit habe ich noch gar nicht gelebt. Und ich habe mir dieses Parteiprogramm nie angesehen. Ich weiß gar nicht, was drinsteht. Wenn da irgendetwas ähnliches drinstehen sollte, dann ist das sicher rein zufällig."

Schröder-Jahn: „Herr Meyer, hätten Sie als ehemaliges Mitglied der SPD trotzdem bei der HLA mitgemacht, wenn Sie gewußt hätten, daß das Gründungsmanifest der HLA so große Ähnlichkeiten mit dem NSDAP-Programm hat?"

Herbert Meyer (HLA): „Ja, mit Sicherheit! Man kann das nicht ohne weiteres in einen Topf werfen. Man kann nicht sagen, was in der Vergangenheit geschehen ist, das wird sich jetzt zwangsläufig in der gleichen Form wiederholen."

DVU-Versammlung gestört

STUTTGART. — Für den 9. Mai hatte die faschistische Deutsche Volksunion eine Veranstaltung im Kursaal von Bad Cannstadt angesetzt, auf der dem englischen Pseudo-Historiker und Nazi-Freund David Irving der Preis der „Deutschen National-Zeitung" in Höhe von 10000 Mark verliehen werden sollte.

Was sich dabei abspielte, schilderten uns Stuttgarter Genossen in dem folgenden Bericht:

Die Nazi-Veranstaltung verlief nicht ungestört. Trotz kurzer Mobilisierungszeit folgten etwa 300 Antifaschisten einem Aufruf der VVN zur Gegendemonstration.

Wir hatten uns vorgenommen, den Eingang abzusperren, und das gelang auch ziemlich gut, auch wenn es dabei wie üblich zu einigen Rangeleien mit der Polizei kam. Die eintreffenden Faschisten wurden mit lauten Rufen empfangen: „Nazis raus!"

Dabei drehte einer der Faschisten durch und würgte eine Antifaschistin. Mit Faustschlägen und Tritten erhielt er sofort die gebührende Antwort. Ansonsten aber hielten sich die Rangeleien zunächst sehr im Rahmen.

So war die Empörung bei den Antifaschisten um so größer, als plötzlich eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei eingesetzt wurde, der später sogar noch eine zweite folgte. Darunter befanden sich auch sechs berittene Polizisten, die brutal in die Menge hineinritten. Einer tat sich besonders hervor, indem er sein Pferd steigen ließ und ein Transparent eroberte, das er triumphierend schwenkte. „Polizei — SA — SS!" war die Antwort der Antifaschisten.

Angesichts der Übermacht der Polizei entwickelten wir eine wirkungsvolle Taktik:

Wenn ein Nazi ankam, wurde er sofort von mehreren Demonstranten eingekreist und ohne viel Aufsehen zur Straße hin abgedrängt, bis er mit einem Schubs oder Tritt in Richtung Straßenbahn verabschiedet werden konnte.

Die Polizisten unternahmen auch öfters Ausfälle, um Nazis durchzulotsen, waren aber nicht immer erfolgreich.

Noch eine Begebenheit am Rande: Einer der Nazis wurde von Jugendlichen als Mitarbeiter bei der Jugendpflege erkannt. Er wurde sofort umstellt. Sein eigener Betriebsrat, der ihm als tschechischen Emigranten selbst Arbeit besorgt hatte, versprach ihm, ihn bei der nächsten Gelegenheit feuern zu lassen.

Somit wurden viele Nazis an der Teilnahme an der Veranstaltung gehindert, und das Treffen selbst lief nicht ungestört ab. Die Polizei hingegen machte wieder einmal deutlich, auf welcher Seite sie bei der Auseinandersetzung zwischen Antifaschisten und Nazis steht.

Hamburg:
Anschlag auf KPD-Buchladen

In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai, zwischen 2.00 und 3.00 Uhr, wurden im Buchladen Roter Morgen im Hamburger Schulterblatt eine große Schaufensterscheibe und eine Scheibe in der Eingangstür zerstört. Die Auslagen im Fenster sind durch die Glassplitter unbrauchbar geworden.

Die Polizei behandelt den Vorfall ihren eigenen Worten zufolge als „reinen Versicherungsfall", obwohl sie von den Hamburger Genossen darauf hingewiesen wurde, daß sie in der letzten Zeit bereits häufiger „Besuch" von Neofaschisten hatten. Am Buchladen fanden sich auch Aufkleber der terroristischen Nazi-Bande ANS mit der Forderung nach Freilassung ihres Anführers Michael Kühnen.

Trotz Verbot sind die Nazis weiter aktiv
VSBD wirbt neue Mitglieder

Die faschistische Terrororganisation Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD) ist offiziell seit dem 27. Januar verboten. Wir haben bereits nachgewiesen, daß ihre Mitglieder dennoch weiterhin aktiv sind. Inzwischen fühlen sie sich durch die völlig fehlenden Bemühungen der Behörden, ihrem Treiben tatsächlich Einhalt zu gebieten, derartig beruhigt und bestätigt, daß sie wieder unter voller Organisationsbezeichnung und unter der Angabe von Kontaktadressen für ihre Bande werben.

In der im norddeutschen Raum vertriebenen Zeitschrift „Die Bauernschaft" des zur Zeit in Südafrika untergetauchten Nazi-Führers Thies Christophersen, Ausgabe März 1982, ist laut „taz" eine solche Anzeige abgedruckt. Über eine Vierteilseite ziehen sich die Hetzparolen der Terroristen hin, werden Mitglieder — „Ob Mann, ob Frau, ob Junge, ob Mädchen" — geworben. „Es geht um's Ganze!" Und damit man weiß, wohin man sich als Interessierter wenden soll, steht die folgende Adresse dabei:

VSBD, Zentralbüro, z. Hd. Michael Wrosch, 8000 München 1, Postfach.

Über staatliche Maßnahmen gegen die Herausgeber der „Bauernschaft" und gegen die VSBD ist bisher nichts bekannt. Da müssen die Antifaschisten Druck machen!

Am 1. Mai beim Bürgermeister

Was einem so alles in den Briefkasten flattert — zum Beispiel eine Einladung zu einem Empfang für Arbeitnehmer anläßlich des 1. Mai. Tja, Herr Oberbürgermeister Burger aus Köln zeigt seine Verbundenheit mit den Arbeitern nicht nur alle fünf Jahre, zu den Wahlen, sondern sogar jedes Jahr zum 1. Mai.

Diese Verbundenheit wollte ich mir dann doch mal genauer angucken. Als ich dann das Rathaus betrat, fragte ich mich erstmal, ob ich da auch richtig gelandet bin. Circa 500 Leute waren da und fast alle in schicker Galaabendausrüstung. Arbeiter konnte ich kaum ausmachen. Und meinesgleichen waren doch tatsächlich einige da, nämlich so um die zehn Jugendliche. Ansonsten schien es mir von gut und sehr gut verdienenden Angestellten nur so zu wimmeln.

Und los gings. „Der Mai ist gekommen", legte ein Chor los, aber der Mai kam nicht, dafür der Bürgermeister Burger und zeigte in einer Ansprache sein Mitgefühl für die Lage der Arbeiter. Dabei betonte er natürlich das **wir**, nach dem Motto: Wir sitzen alle in demselben Boot. „Begreifen wir den 1. Mai als Aufforderung, mit vereinten Kräften an der Lösung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme mitzuwirken."

Was er unter „wir" versteht, wurde dann ziemlich schnell deutlich, als er von den diesjährigen „glänzenden Tarifabschlüssen" sprach. Und Herr Burger hatte natürlich auch die „Lösung" des Arbeitslosenproblems in Köln, wo 9,2 Prozent momentan arbeitslos sind. Die Stadt Köln bietet den ungelernten Arbeitslosen die Möglichkeit an, auf Facharbeiter zu lernen. Hört sich gut an, nur hat die Sache einen Haken, daß auch schon zig Facharbeiter das Arbeitsamt aufsuchen. Nachdem einem über soviel Mitgefühl fast die Tränen gekommen sind, stürzte man sich erstmal aufs kalte Büfett!

Aber zuvor wagten es einige Ruhestörer der Kölner Alternativen-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt, noch manchem, der Herrn Burger anhimmelte, den Appetit zu verderben. Diese Bösen wagten es doch tatsächlich, die Politik des ehrenvollen Bürgermeisters in den Dreck zu ziehen. Sie zeigten nämlich auf, daß die Sparpolitik der Stadt Köln nur die kleinen Leute trifft und daß dies ja wohl zum Himmel schreit.

Und ehrlich gesagt, dann kam für mich der Höhepunkt des Empfangs. Die bösen Blicke, das Zerknütteln von Flugblättern, die peinliche Situation, den Ärger der feinen Leute live mitzuerleben.

Zum Schluß gab's dann noch ein kleines Abschiedsgeschenk. Zwei Flaschen Kölsch und ein Bierglas. Prost!

S. aus Köln



Maidemonstration in Köln

Erfolgreiches Maifest

Dieses Jahr nahm die Ortsgruppe Charlottenburg am Maifest im Stadtteil teil. 44 Organisationen hatten sich im Maikomitte Charlottenburg zusammengefunden, um für die Werktätigen in ihrem Bereich ein Maifest zu organisieren.

Für uns unterstrich dies die Bedeutung einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Nach der für alle Beteiligten erfolgreichen Aktion vor dem Rathaus Charlottenburg kamen auch ein Genosse und ein Sympathisant der SEW, mit denen wir über ein weiteres Vorgehen beim Kampf gegen die Ausländerhetze der Nazis sprachen. Viele Menschen interessierten sich für den Unterschied zwischen SEW bzw. DKP und uns. Nicht wenige sprachen uns an: „Was, euch gibt es noch?"

Wir verteilten viel Agitations- und Propagandamaterial an Interessierte, verkauften sieben RMs, vier Broschüren zum Berlin-Status, ein TO, ein Buch „Die Wahrheit über Stalin" — in dem letzteren wurde übrigens sehr viel geblättert und gelesen.

Viele Menschen schrieben ihre Meinung auf ein großes Papier, wo oben kurz die Schulpolitik und die Ausländerfrage als Thema von der KJD angesprochen worden war. Sieben „Rote Rebell" wurden verkauft.

Neben den zahlreichen Diskussionen verkauften wir noch Maiskolben, so daß wir von den 150 Mark Beitrag zum Maifest 100 Mark wieder hereinbekamen. Insgesamt ein Ansporn, im Zusammenhang mit der konkreten Tagespolitik auch die Partei wieder stärker zu propagieren.

Nicht mehr als 15 Kilo

Meine Gedanken beim Lesen dieses Artikels aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 29. 4. 82

Liebe Frauen (und Männer)!

Jetzt wissen wir es also: Das Heben von mehr als 15 kg ist gefährlich für uns Frauen, denn ihr wollt doch wohl keine Störungen eurer Gebärmutter provozieren! **Daher** darf auch keine von euch mehr auf dem Bau arbeiten! Es ist also nicht etwa ein erneuter Versuch, uns Frauen zu bevormunden bzw. die Frauen von ohnehin überlasteten Arbeitsmarkt zu verdrängen. **Nein:** Der liebe Prof. Farthmann denkt an unsere Gebärmutter! Wir brauchen sie ja noch, um weitere Soldaten zu produzieren! Daß derartige Sprüche auch schon vor 50 Jahren geklopft wurden, ist natürlich reiner Zufall.

Also, liebe Frauen: Nehmt den Männern nicht auch noch die Arbeitsplätze auf dem Bau weg, sondern bleibt zu Hause, denn Kochtöpfe wiegen keine 15 Kilogramm. Ich als Krankenschwester überlege mir auch schon Konsequenzen, denn ich hebe täglich mehrmals 80 Kilogramm schwere Patienten (und noch gewichtigere). Aber ich war ja nicht gemeint...

Susanne R., Köln



Gesundheit der Frau hat Vorrang

Sie soll nicht mehr als 15 Kilo heben dürfen

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Düsseldorf — Die mit hohen körperlichen Anforderungen verbundenen Bauberufe sollen auch in Zukunft Frauen generell verschlossen bleiben. Trotz des „zu erwartenden Uverständnisses der Betroffenen" müsse der Schutz der weiblichen Gesundheit „Vorrang haben vor allen emanzipatorischen Bestrebungen", erklärte NRW-Arbeitsminister Farthman gestern in Düsseldorf.

Ein von der Landesregierung bei dem Dortmunder Professor für Arbeitsmedizin Joseph Rutenfranz in Auftrag gegebenes Gutachten ist zu dem Ergebnis gekommen, daß 97 Prozent der Frauen und Mädchen für Arbeiten auf dem Bau nicht geeignet sind. Vielmehr seien die Berufe des Bauhauptgewerbes als „geschlechtspezifisch gesundheitsgefährdend" anzusehen. Dies gelte insbesondere für Tätigkeiten als Maurer und Handlanger, Eisenbieger, Betonierer und Zimmerer.

Ausnahmen möglich

Einem grundsätzlichen Beschäftigungsverbot für Frauen in Bauberufen stehen nach Ansicht Farthmanns jedoch „verfassungsrechtliche Grenzen" entgegen. Deshalb bezeichnete der Minister es als „erwägenswert", durch eine bundesrechtliche Lösung zu einem individuellen Arbeitsschutz überzugehen. Kräftige Frauen und Mädchen könnten dann nach sorgfältiger medizinischer Überprüfung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit doch befristet auf dem Bau arbeiten.

Dadurch sei eventuell auch das „Problem der Meistertöchter" zu lösen, die zur Übernahme des väterlichen Betriebs meist eine mehrjährige praktische Tätigkeit im Bauhauptgewerbe benötigen. Für alle Ausnahmefälle fordert Farthmann jedoch die zwingende Vorschrift, daß Frauen auf dem Bau nicht mehr als 15 Kilogramm heben dürften, weil sonst Störungen im Gebärmutterbereich zu befürchten seien. Dies hätten auch umfangreiche Untersuchungen von Wissenschaftlern in der DDR bestätigt.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto-Nr.: 321 004 547.
Postscheckamt: Postscheckamt Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

SPENDENLISTE

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

1. Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD

LBV Weser Ems 1 246,65 DM; OG Bremen 150,— DM; OG Karlsruhe 200,— DM; OG Dortmund 100,— DM; OG Tübingen 350,— DM; Sympathisanten aus Tübingen 150,— DM; Zelle Westend/Westberlin 600,— DM; KPD Solingen/Hilden 250,— DM; Zelle 3, Darmstadt 200,— DM; Maifeier OG Kiel 270,— DM; C.V., München 1000,— DM; Zelle Hannover-Süd 300,— DM; Genossen v. Büro, Dortmund 358,46 DM; W. u. E.A., Müden 100,— DM; U.L., Dortmund 1250,— DM; OG Kassel 100,— DM; LBV Niedersachsen 1000,— DM; **Insgesamt 7625,11 DM**

Damit sind für die Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD bisher **27 422,22 DM** bei uns eingegangen.

2. Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR

LBV Weser-Ems	479,—
B.I., Gelsenkirchen	15,—
Insgesamt	**494,—**

Damit sind für die Genossen in der DDR bisher insgesamt **6339,65 DM** bei uns eingegangen.

Allen Freunden und Genossen herzlichen Dank für ihre Spende.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Hamburger Wahlen:

KPD und Grün-Alternative Liste (GAL)

In Hamburg kandidiert unsere Partei zur Bürgerschaftswahl. Im Vorfeld der Hamburger Wahlen hatte sich unsere Partei an verschiedene Kräfte der politischen Linken in Hamburg gewandt mit dem Aufruf zu einem linken demokratischen Wahlbündnis. Im folgenden wollen wir begründen, warum wir uns, obwohl wir ein breiteres Bündnis zu den Hamburger Wahlen im Prinzip für durchaus sinnvoll erachtet haben, nicht an der in Hamburg zustandegekommenen und zur Wahl stehenden Grün-Alternativen Liste (GAL) beteiligen.

Viele richtige Forderungen — wer soll sie durchsetzen?

In der Tat enthält der Wahlaufruf der GAL viele Positionen und Forderungen, für die auch unsere Partei eintritt. Das gilt beispielsweise für Forderungen im Bereich des Friedenskampfes. Das gilt für die Ablehnung der Kernenergie. Das gilt für die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Organisationen. In diesen und anderen Fragen treten GAL und KPD tatsächlich zum Teil für gleiche Forderungen ein. Es ist ja auch so, daß Mitglieder unserer Partei und Menschen und politische Gruppierungen, die jetzt aktiv die GAL unterstützen, auf zahlreichen Demonstrationen und Aktionen gemeinsam für diese Forderungen eingetreten sind. An dieser notwendigen Politik der Aktionseinheit muß selbstverständlich auch in Zukunft festgehalten werden.

Unsere Partei übersieht keineswegs, daß die GAL für eine Reihe fortschrittlicher Forderungen eintritt. Wer aber soll diese Forderungen durchsetzen? Die Antwort unserer Partei auf diese Frage ist eindeutig. Man kann über Initiativen aller Art schwärmen so viel man mag, sollte darüber aber den Blick für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft nicht verlieren: Ohne daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auf breiter Front den Kampf gegen die Kapitalisten, den bürgerlichen Staat und die politische Reaktion führen, werden alle diese Forderungen auf dem Papier stehen bleiben und eine kleine Fraktion der GAL in der Hamburger Bürgerschaft wird daran nichts ändern.

Darum war für unsere Partei bei der Entscheidung, ob sie sich an der GAL beteiligen solle oder nicht, die Gretchenfrage die: Kann die GAL dazu beitragen, eine schnellere Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten zu fördern und eine Linksentwicklung der Gewerkschaften zu begünstigen? Wir meinen, daß die GAL zu dieser in unseren Augen zentralen Aufgabe keinen positiven Beitrag leisten kann.

Arbeiterpolitik wird die GAL nicht machen

In dem Wahlaufruf und im Programm der GAL kommt der Klassenkampf überhaupt nicht vor. Es wird vieles (völlig zu Recht!) am Kapitalismus kritisiert, nicht kritisiert wird, daß die kapitalistische Produktionsweise zu einer Klassengesellschaft geführt hat, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse beruht. Entsprechend wird nicht positiv für den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Bourgeoisie eingetreten.

Dementsprechend orientiert sich die GAL nicht in erster Linie auf die Arbeiterklasse. In dem GAL-Aufruf heißt es: „Sie (die Forderungen der GAL) erheben das zum Programm, was die Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung, was aktive Gewerkschafter und um ihre Emanzipation kämpfende Frauen, was Initiativen in den Stadtteilen und Aktionsgruppen gegen den Sozialabbau oder was die Friedensbewegung gegen die Politik der Herrschenden entwickelt haben."

Um es klar zu sagen: Alle Bewegungen, die die GAL hier aufzählt, findet auch unsere Partei in der Hauptsache unterstützenswert. Aber wir übersehen auch nicht, daß die große Schwäche aller dieser Bewegungen ihre Isoliertheit von der Arbeiterbewegung ist. Wir übersehen auch nicht, daß es in diesen Bewegungen Strömungen gibt, die eine negative, teilweise sogar feindliche Haltung zur Arbeiterbewegung einnehmen. Teile der Umweltschutzbewegung sehen beispielsweise nicht im Kapitalismus, sondern in der Industrie schlechthin ihren Feind, betrachten nicht nur die kapitalistische Profitgier, sondern auch die berechtigten Konsumwünsche der arbeitenden Bevölkerung als Triebfeder der Umweltzerstörung. Unter den verschiedenen Strömungen und Gruppierungen der Frauenbewegung gibt es solche, die **nur** den Geschlechterkampf anerkennen und deshalb feindlich gegen die an der Arbeiterbewegung orientierte Frauenbewegung auftreten, die davon ausgeht, daß auch die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frau gesellschaftliche Ursachen hat, die letztlich nur durch den **gemeinsamen** Kampf von Frauen und Männern beseitigt werden können.



Sicher: die GAL hat diese falschen und schädlichen Positionen keineswegs zu ihrem Programm erhoben. Aber sie hat sie sie — zusammen mit ihren richtigen Positionen — unter ihren Hut gebracht. Und wer die Auseinandersetzung im Vorfeld der GAL-Gründung verfolgt hat, weiß, daß diese und andere in der Tendenz gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Positionen in der GAL wesentlich einflußreicher sind, als es in den schriftlichen Verlautbarungen der GAL zum Ausdruck kommt. Das wird die GAL in Zukunft lähmen, wird dazu führen, daß die GAL auch in der Bürgerschaft der Parteien des Kapitals nicht einmal ansatzweise Arbeiterpolitik entgegensetzen kann.

Zum Beispiel: Arbeitsplatzvernichtung

Diese Widersprüchlichkeit durchzieht viele Passagen des GAL-Programms. Nehmen wir als Beispiel die Frage des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Vielerorts war und ist die Haltung der GRÜNEN so, daß sie die Kämpfe der Belegschaften für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze nicht unterstützen, weil die betreffende Industrieproduktion ihnen zu umweltbelastend erscheint. So haben die GRÜNEN in Dortmund sich gegen die Forderung „Stahlwerk jetzt" und damit gegen den Kampf der Stahlarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gestellt. Wer das verfolgt hat, wird mit Spannung erwartet haben, wie die Hamburger Grün-Alternativen diese Frage angehen.

Nach dem ersten Lesen der entsprechenden Passagen im Programm der GAL ist man zunächst positiv überrascht. Dort kritisiert die GAL nicht nur die Arbeitsplatzvernichtung (z. B. bei HDW), sondern sie scheint auch die Bestrebungen klassenkämpferischer Gewerkschafter zur Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze zu unterstützen. Doch der Schein trügt. Die GAL nimmt keineswegs inhaltlich positiv für die Forderung „Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze" Stellung. Mit einem Trick wurde die eigentliche Frage im Programm der GAL unter den Teppich gekehrt.

Im GAL-Programm heißt es: „Wir fordern die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen, die gleichzeitig in eine ökologisch und sozial sinnvolle Richtung der Produktion weisen." Dazu macht die GAL eine Reihe durchaus sinnvoller Vorschläge: Ausbau des Fernwärmenetzes, Blockheizkraftwerke, Einrichtungen für den Meeresbergbau, Produktion von Filter- und Kläranlagen usw. Alles das ist vernünftig und könnte größtenteils tatsächlich sinnvoll beispielsweise auf den Hamburger Werften produziert werden, und dadurch würden selbstverständlich Arbeitsplätze erhalten und geschaffen bzw. Arbeitsplätze in der Rüstungsproduktion in gesellschaftlich nützliche Arbeitsplätze verwandelt.

Eine Stellungnahme zum Kampf der Arbeiter und Angestellten für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze ist das aber in Wirklichkeit nicht. Der Forderung, Arbeitsplätze durch die Aufnahme der Produktion von Filter- und Kläranlagen zur Elbsanierung zu schaffen, stimmen natürlich auch jene grünen Extremisten zu, die ansonsten beispielsweise der Ansicht sind, daß die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Hamburger Chemieindustrie ein bedeutender ökologischer Fortschritt wäre. Auch die GRÜNEN in Dortmund haben ja nicht Arbeitslosigkeit für die Hoesch-Arbeiter gefordert, sondern ein alternatives Konzept zur Stahlproduktion in industriellen Großanlagen wie Hoesch und eine alternative Wirtschaftsstruktur für Dortmund. Praktisch-politische Bedeutung hatte aber nur die Ablehnung der "Stahlwerk-jetzt"-Forderung durch die GRÜNEN, während die von ihnen geforderten „Alternativen" reine Luftschlösser waren ohne jeden Bezug zum Kampf der Belegschaft.

Und auch für die Belegschaft von HDW wird demnächst die Frage anstehen, ob sie versuchen soll, durch Streik oder Betriebsbesetzung einen weiteren Arbeitsplatzabbau oder gar eine möglicherweise beabsichtigte Stillegung zu verhindern. Unsere Partei beantwortet diese Frage eindeutig mit ja. Die GAL nimmt zu dieser Frage überhaupt nicht Stellung. Ihr Eintreten für eine ökologisch sinnvolle Produktion hat zahlreiche Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Voraussetzung, die kaum durch einen Arbeitskampf bei HDW herbeigeführt werden können. Nur im Zusammenhang mit diesen Forderungen für den Erhalt der Arbeitsplätze bei HDW einzutreten, sagt also noch nichts darüber aus, wie die GAL sich verhalten wird, wenn es bei HDW **nur** um die Verteidigung der Arbeitsplätze geht und noch nicht um eine ökologisch sinnvollere Produktion.

Dann wird sich zeigen, daß die GAL in dieser Frage wie in anderen einen faulen Kompromiß geschlossen hat. Dann werden in der GAL starke Kräfte auftreten, die die ökologischen Forderungen gegen den Kampf der Arbeiter und Angestellten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ausspielen. Dann wird die GAL nicht nur keinen positiven Beitrag zur Herstellung der Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Arbeitsplatzvernichtung leisten können, sondern unter Umständen sogar in einen gefährlichen, feindlichen Gegensatz zur Arbeiterschaft geraten. Letzteres halten wir leider für sehr wahrscheinlich.

Deshalb kandidiert die KPD

„Die 5-Prozent-Hürde überspringen" — das ist der eigentliche Kitt, der die GAL zusammenhält. Die Chancen dafür stehen sicher nicht schlecht. Aber wenn die GAL in die Hamburger Bürgerschaft einziehen wird, werden die klassenkämpferischen und sozialistischen Kräfte in ihr einen hohen Preis dafür gezahlt haben: die Abwendung von der Arbeiterbewegung.

Diese grundlegende Schwäche der GAL kann auch nicht dadurch überdeckt werden, daß man sich sozusagen als fünftes Rad am Wagen auch noch auf „aktive Gewerkschafter" beruft. Die Liste der Bürgerschaftskandidaten macht deutlich, wie die Sache sich verhält: unter 28 Kandidaten ein Arbeiter. Ernsthaft kann niemand erwarten, daß von der GAL eine positive Wirkung auf die Arbeiterbewegung ausgeht. Im Gegenteil: es muß befürchtet werden, daß einzelne fortschrittliche Arbeiter wegen der Aussicht auf „greifbare parlamentarische Erfolge" die mühselige und zähe Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft zugunsten eines Engagements in der und für die GAL aufstecken.

Nicht weil es in Einzelfragen keine Gemeinsamkeiten gäbe, sondern weil wir keine Möglichkeit sehen, eine insgesamt auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ausgerichtete Politik im Rahmen der GAL zu verfolgen, hat unsere Partei sich in Hamburg gegen eine Beteiligung an der GAL entschieden. Deshalb kandidiert die KPD, auf deren Liste auch Mitglieder des Bundes Westdeutscher Kommunisten kandidieren, zur Hamburger Bürgerschaftswahl, um durch einen an den Interessen der Arbeiterklasse orientierten und an den Brennpunkten des Klassenkampfes ansetzenden Wahlkampf über den Wahltag hinaus dazu beizutragen, die Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Krisenangriffe der Unternehmer und des bürgerlichen Staates zu stärken.

Unsere Partei hätte es begrüßt, wenn sich mehr Kräfte bereit gefunden hätten, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen. Das war nicht der Fall. Die GAL verfolgt dieses Ziel nicht. So ist bei der Hamburger Bürgerschaftswahl die KPD die Alternative für die klassenbewußte Arbeiterschaft.

Gegen Massenentlassungen – gemeinsam kämpfen!



HDW muß erhalten bleiben!
Wählt: KPD Liste 5

Wahlplakat der KPD

Thatcher verschärft Falkland-Krieg

„Massenmord auf hoher See"

Die sogenannte Eurogruppe der NATO hat sich Ende letzter Woche im Falkland-Krieg uneingeschränkt hinter die britischen Imperialisten gestellt. In einer entsprechenden Erklärung wird als „bedeutsam" die „Aufrechterhaltung des Grundsatzes" herausgestrichen, daß „Aggression oder gewaltsame Besetzung von Gebiet nicht erlaubt sein sollte fortzubestehen".

Damit haben die europäischen NATO-Partner nicht nur in aller Deutlichkeit ihre Unterstützung für die britischen Kriegstreiber erklärt. Sie haben auch gleich noch deren Sprachgebrauch übernommen. Denn Margaret Thatcher, ihre Minister und Admirale, hatten ja von Anfang an erklärt, sie würden ihre Flotte wegen des Prinzips in den Südatlantik schicken, daß eine Aggression nicht unbestraft bleiben dürfe.

So stellen Thatcher und nun auch ihre NATO-Partner die kriegerischen Handlungen Britanniens als eine internationale Polizeiaktion hin, mit der begangenes Unrecht bestraft würde. Aber das ist nicht nur deswegen ein Hohn, weil die Geschichte der NATO selbst eine Geschichte von fortwährenden Aggressionen ihrer Mitgliedsländer gegen andere Völker ist (man denke nur an die britischen Kolonialkriege in Südostasien und Afrika oder an den britischen Überfall auf Ägypten 1956). Auch der jetzige Falkland-Krieg ist ja von britischer Seite alles andere als die zu rechtfertigende Abwehr einer Aggression.

flotte, die inzwischen mehr als 70 Schiffe umfaßt — damit hat sich die britische Regierung selbst bewußt unter Zeitdruck gesetzt und so den Spielraum für nichtmilitärische Lösungen erheblich eingeschränkt.

Dieser Kurs wurde fortgesetzt mit der völlig willkürlichen Verhängung einer See- und Luftblockade im Raum der Malvinas. Mit der typischen Arroganz einer imperialistischen Macht erklärte London jedes Schiff oder Flugzeug — gleichgültig ob militärisch oder zivil, ob argentinisch oder nicht-argentinisch — das sich in diesem Raum bewegen würde, zu einem „feindseligen" Gegenstand, der britischen Angriffen unterworfen würde. Daß sie es mit diesem Kurs unverhohlener militärischer Aggression ernst meinen, bewiesen die Londoner Kriegstreiber dann mit der Bombardierung der Malvinas und schließlich mit dem Angriff auf den argentinischen Kreuzer „General Belgrano".

Dieses zweitgrößte Kriegsschiff der Junta wurde bekanntlich außerhalb der von den Briten zum Kriegsgebiet erklärten Zone versenkt. Eine unmittelbare militärische Notwendigkeit für den Angriff gab es nicht; Kriegsminister Nott begründete ihn denn auch zynisch mit dem Hinweis, daß die argentinische Flotte ganz allgemein eine Bedrohung für britische Schiffe darstelle. Und wie sagte doch Margaret Thatcher, die sich im übrigen ebenso wie ihre Regierung völlig ungerührt über die verheerenden Folgen des Angriffs zeigte: „Die Chancen einer friedlichen Lösung werden größer, wenn wir stärkeren militärischen Druck ausüben." Und dazu wird dann mal eben ein Schiff torpediert, das Hunderte von Menschen mit sich in den Tod reißt. Thatchers Worte sollte man sich merken. Nicht nur, weil sie in zynischer Deutlichkeit den menschenfeindlichen Charakter imperialistischer Politik zum Ausdruck bringen, einer Politik, die mit kalter Überlegung ein Massaker einplant, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Thatchers Worte sind auch deshalb bedeutsam, weil sie genau die imperialistische Logik widergeben, mit der noch jede militärische Aktion, beispielsweise auch die NATO-„Nachrüstung" begründet wurde. Auch hier heißt es ja, man müsse aufrüsten, um dann abrüsten zu können; man müsse militärischen Druck erzeugen, um so die andere Seite zu einer friedlichen Haltung zu bewegen. Der Falkland-Krieg aber hat jetzt schon gezeigt, daß imperialistische Mächte nicht Waffen zur Friedenssicherung anhäufen, sondern daß sie vielmehr selbst bei einem geringen Anlaß bedenkenlos dazu bereit sind, diese Waffen zur Durchsetzung ihrer Raubziele auch einzusetzen.

Und trotz der jetzt von der UNO aufgenommenen Vermittlungsaktionen hat die Thatcher-Regierung Ende der letzten Woche mit der Ausweitung des militärischen Sperrgebiets bis an die Küste Argentiniens den Konflikt weiter verschärft. In London wird jetzt nicht nur über einen bevorstehenden Sturm auf die Malvinas gesprochen — einflußreiche Politiker der Regierungspartei fordern mittlerweile auch schon öffentlich eine Bombardierung der Flughäfen auf dem argentinischen Festland.

Das alles ist begleitet von einer widerwärtigen chauvinistischen Hetze. Bezeichnend dafür ist ein Vorfall im Oberhaus des britischen Parlaments. Als dort der zur Labour-Party gehörende Lord Jenkins of Putney die Versenkung der „General Belgrano" völlig zu Recht einen „Massenmord auf hoher See" nannte, verwandelte sich diese Versammlung der Lords in eine tobende, keifende Meute, die den Redner niederbrüllte. Gegen den Labour-Politiker Tony Benn wollen Angehörige der Regierungspartei sogar eine Anklage wegen „Verrats und Volksverhetzung" erzwingen, weil er am 1. Mai gesagt hatte, die britischen Soldaten würden „für eine verlorene Sache in den Krieg" geschickt.

Dabei sind solche Stimmen unter den sozialdemokratischen Politikern nur selten zu hören. Die Labour-Führer insgesamt — an der Spitze ihr Vorsitzender Michael Foot, der sich noch vor Monaten gerne als „Friedenshetzer" bezeichnete — haben sich sofort bei Beginn des Konflikts auf den Boden der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung" und hinter Thatchers Kriegskurs gestellt. Die einzige Aktivität gegen diesen Kurs war eine innerhalb der Labour-Fraktion verbreitete Unterschriftensammlung für eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten im Südatlantik. Und bis zum Wochenende hatten ganze zwanzig Prozent der Labour-Abgeordneten diese Liste unterschrieben.



Britischer Flugzeugträger Hermes.

Die in den Südatlantik ausgelaufene englische Armada verteidigt nichts anderes als imperialistische Raubinteressen, als ein Rest des noch bei London gebliebenen britischen Kolonialreichs. Und daß es bei diesem Krieg auch nicht darum geht, die Bewohner der Falkland-Inseln zu „befreien", haben die Londoner Strategen in den letzten Wochen ja hinlänglich selbst bewiesen: beispielsweise durch die rücksichtslose Bombardierung der Flughäfen auf den Inseln, bei der mindestens ein Dutzend auf den Malvinas lebender britischer Staatsbürger getötet wurde. Welche Folgen es für die immer wieder großspurig angekündigte Invasion britischer Spezialeinheiten für die Zivilbevölkerung der Inseln haben würde, kann man sich leicht ausmalen.

Die Regierungschefin Margaret Thatcher ist sofort nach dem militärischen Abenteuer der argentinischen Junta auf einen Kurs der offenen Konfrontation gegangen. Wenn in London immer wieder von der Bereitschaft zu „politischen Lösungen" gesprochen wird, dann ist das nichts als Augenwischerei. Thatcher hat vielmehr von Anfang an ausschließlich auf die militärische Karte gesetzt. Das begann mit der Order für das Auslaufen der Kriegs-



Über 5000 Palästinenser demonstrierten am 17. April in Bonn gegen die israelische Besatzungspolitik.

Demonstranten in Palästina erschossen

Anhaltender Terror der Besatzungsarmee

In den 1967 von der israelischen Armee besetzten Gebieten Palästinas stand der diesjährige 1. Mai im Zeichen der nun schon seit Monaten andauernden Massenproteste gegen die Besatzer.

In den letzten Apriltagen hatte es erneut Todesopfer und Schwerverletzte unter palästinensischen Demonstranten gegeben. So in Khalkhal bei Hebron, wo es am 29. April zu Zusammenstößen zwischen einer israelischen Militärpatrouille und Demonstranten gekommen war. Die Begin-Soldaten hatten dabei zunächst Gasgranaten in die Menge der unbewaffneten Palästinenser geschossen und dann gezielt das Feuer aus ihren automatischen Waffen eröffnet. Das Ergebnis: ein Toter und mehrere zum Teil schwer Verwundete.

In der Stadt Nablus schossen die Besatzer auf demonstrierende Jugendliche, von denen mehrere mit schweren Schußverletzungen zusammenbrachen; in Siir wurde ein Palästinenser bei einer Protestaktion erschossen; im Gaza-Streifen ermordeten israelische Soldaten zwei Jugendliche.

Das Begin-Regime zeigt sich auch weiter völlig ungerührt gegenüber allen internationalen Protesten. Generalstabschef Eitan erklärte letzte Woche im israelischen Parlament, seine Armee habe sich völlig korrekt verhalten und der Aufstand der Bevölkerung in den besetzten Gebieten sei auch kein „ziviler Ungehorsam", sondern eine von den Beiruter PLO-Führern gesteuerte Terrorwelle. So werden die Tatsachen einfach umgedreht: Das Begin-Regime erklärt die höchstens mit Steinen bewaffneten Demonstranten zu Terroristen und rechtfertigt den gnadenlosen Mordterror seiner schwerbewaffneten Armee, die wahllos Frauen, Männer und auch Kinder in den Städten der besetzten Gebiete umbringt.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß Begins Vertreter in der UNO die jüngste Resolution der Vollversammlung, in der Israel wegen des Besatzungsterrors scharf verurteilt und ein „nichtfriedliches Mitglied der UNO" genannt wurde, einfach als „obszöne Verleumdung" abtat und die UN-Vertreter, die diese Resolution eingebracht hatten, als Neonazis beschimpfte. Die israelischen Terroristen können sich nur deshalb so stark fühlen, weil sie nach wie vor die uneingeschränkte Unterstützung des US-Imperialismus haben.

Mit Reagan im Rücken setzt Begin denn auch seinen Kurs fort, der auf die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die vollständige Annexion der 1967 besetzten Gebiete zielt. Am 28. April, dem sogenannten Unabhängigkeitstag, gründete die landwirtschaftliche Pionierabteilung der Armee, Nahal, elf neue Siedlungen, die meisten davon in der Umgebung der Stadt Hebron — einem der Zentren des palästinensischen Widerstands.

Die israelischen Besatzer haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß diese Siedlungen in erster Linie militärische Bedeutung haben. Inzwischen gibt es allein im Westjordanland über 70 solcher Siedlungen, von denen mittlerweile alle palästinensischen Städte eingekreist sind. Ihre Einwohner sind zumeist Angehörige der faschistischen Bewegung „Gush Eumunin", die von der Armee bewaffnet werden und die regelrecht Jagd auf die vollständig rechtlosen Araber machen. (Auch an dem Massaker vom Ostersonntag auf dem Tempelberg in Jerusalem waren solche bewaffneten Siedler beteiligt.)

Der tagtägliche Terror der Siedlerbanden soll nicht zuletzt „Zwischenfälle" provozieren, die dann von der Besatzungsarmee zum Anlaß genommen werden, um ihrerseits gemeinsam mit der „Gush Eumunin" blutige Feldzüge gegen die Palästinenser zu unternehmen. Das Ziel dieser Gewaltstrategie ist es, durch anhaltenden Terror die arabische Bevölkerung zu zermürben und so zum Auswandern zu zwingen. Die gleiche Strategie haben die Zionisten aus Tel Aviv seit 1948 in den „israelischen Kerngebieten" angewandt: Ihr Ergebnis ist die Tatsache, daß heute der größte Teil des palästinensischen Volkes im Exil lebt.

Begin hat in der vergangenen Woche noch einmal deutlich zu verstehen gegeben, daß es niemals mehr einen israelischen Rückzug aus dem Westjordanland und aus dem Gaza-Streifen geben werde. Im Gegenteil: Bis 1985 soll nach dem Willen seines Regimes allein im Westjordanland die Zahl der Siedler von heute 28000 auf 100000 erhöht werden. Und neben den faschistischen Banden vom Schlage der „Gush Eumunin" hat das Regime für diese weitgesteckten Pläne inzwischen ein anderes Reservoir an Siedlern aufgetan. Es sind solche Menschen, die wegen der galoppierenden wirtschaftlichen Krise Wohnungen in Großstädten wie Tel Aviv oder Jerusalem nicht mehr bezahlen können und die nun in die Siedlungen im Westjordanland abgeschoben werden, wo die Mieten um etwa die Hälfte niedriger als in den großen Städten sind.

In Begins Strategie der vollständigen Aneignung der besetzten Gebiete gibt es allerdings einen Punkt, den er falsch kalkuliert hat — und das ist der massive Widerstand der Palästinenser. Der brutale Terror der Besatzer in den letzten Monaten hat eben nicht in erster Linie Angst hervorgebracht, sondern einen neuen Aufschwung des Massenkampfes hervorgerufen. Und ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis war dabei der Umstand, daß in diesem Kampf frühere Elemente der Spaltung innerhalb des palästinensischen Volkes weitgehend überwunden werden konnten und heute die Positionen der PLO in den besetzten Gebieten so stark sind wie nie zuvor.

Todesurteile in der Türkei

In den 20 Monaten seit dem Machtantritt der faschistischen Junta sind 137 Todesurteile vollstreckt worden. Und Monat für Monat verhängen die Militärgerichte des Landes erneut Todesstrafen gegen fortschrittliche Menschen.

Ins Visier der Mordgeneräle gelangen jetzt zunehmend auch Politiker der sozialdemokratischen Partei CHP. Ende April forderte beispielsweise der Militärstaatsanwalt von Erzincan die Todesstrafe für zwei Parlamentsabgeordnete der CHP. Ihr „Verbrechen": die angebliche „Zusammenarbeit mit einer linksradikalen Organisation". Und die Bruderpartei dieser vom Tod bedrohten Abgeordneten, die westdeutsche SPD, steht an der Spitze einer Regierung, die das Mordregime von Ankara mit Militär- und Finanzhilfe im Sattel hält.

Ungeachtet des in der letzten Zeit verstärkten Terrors der Junta hat auch die Reagan-Regierung bei einer Konferenz der „gemeinsamen Verteidigungsgruppe" von USA und Türkei weitere militärische Hilfe für die Junta zugesagt. Unter anderem soll mit amerikanischen Dollars die Panzerwaffe des Militärregimes auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.

Bericht von der Mai-Demonstration in Tirana

Die Arbeiterklasse hat gute Ergebnisse erzielt

Jedes große Ereignis wirft seine Schatten voraus — so auch der 1. Mai. Hammerschläge hallen über den großen Boulevard von Tirana, den Boulevard der gefallenen Helden. Vor dem Gebäude des Ministerrats gegenüber dem Sitz des Zentralkomitees wird die große Haupttribüne errichtet, knapp hundert Meter lang und an der höchsten Stelle schätzungsweise sechs bis sieben Meter hoch, ganz mit rotem Stoff ausgekleidet.

Hier wird der Demonstrationsmarsch der Hauptstadt vorbeiziehen. Ausgehend vom Hauptgebäude der Universität Tirana, von dessen Dach die rote Nationalfahne mit dem schwarzen Doppeladler und dem gelben Stern weht und an dessen Frontseite ein weithin sichtbares quadratisches Transparent mit der Aufschrift „Es lebe der 1. Mai!" gespannt ist. Vorbei am Gebäude des Präsidiums der Volksversammlung zur Haupttribüne auf der Höhe von Zentralkomitee und Ministerrat, weiter den Boulevard entlang am Verteidigungsministerium, am Innenministerium vorbei — bis sich der Strom der Demonstranten auf den Skanderbegplatz ergießt. Die Straßen sind von roten Transparenten überspannt, aus den Fenstern sämtlicher öffentlicher Gebäude hängen rote Fahnen herab. Auch die Wohnhäuser stehen nicht zurück. Gleichmäßig über den Stadtkern sind die Porträts der Politbüro-Mitglieder verteilt, ein etwas größeres Porträt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, des Genossen Enver Hoxha, ziert den Kulturpalast und den rechten Gebäudeteil des Zentralkomitees. Die Porträts der vier Klassiker des Marxismus-Leninismus befinden sich an der Stirnseite der Ministerien, die im Halbkreis den Skanderbegplatz umsäumen.

Fragt man irgendeinen Albaner in den Tagen vor dem 1. Mai, die alle grau und regnerisch waren, wie wohl das Wetter werden wird, so wird diese Frage unter Garantie fast als Zumutung empfunden. In der Tat: Am 1. Mai scheint Tirana auf Sonnenschein abonniert zu sein. Jeder Albaner hat seine eigene Geschichte zu erzählen, wie es einmal am 1. Mai anno soundso wie aus Kübeln gegossen habe, wie pünktlich um zehn Uhr die Sonne hervorgebrochen sei und wie genau eine Stunde später — die letzten Hochrufe auf die Partei seien gerade verhallt gewesen — der Himmel erneut seine Schleusen öffnete.

So drastisch war es dieses Jahr um Glück nicht. Aber immerhin nieselte es am Nachmittag des 30. April, nieselte es am Nachmittag des 1. Mai, vormittags aber lachte die Sonne am Himmel, wehte ein mildes Frühlingslüftchen — meine Großmutter hätte gesagt: richtiges Kaiserwetter.

Am Vormittag des 1. Mai strömt ganz Tirana zum Boulevard der gefallenen Helden. Auf der Tribüne haben sich Mitglieder des Zentralkomitees und der Regierung eingefunden, Helden der sozialistischen Arbeit, Vorhutarbeiter — auch für die Mitglieder des diplomatischen Korps sind Plätze reserviert. Viele dieser Diplomaten vertreten Staaten, die die brutale imperialistisch-revisionistische Blockade gegen das sozialistische Albanien miterrichtet haben.

Vor der Tribüne haben rund 1 500 Vorhutwerktätige aus Industrie und Landwirtschaft Aufstellung genommen, etwa 75 Reihen zu je 20 Mann. Von oben betrachtet sind ihre roten und weißen Blumen so angeordnet, daß sie das Wort 1. Mai ergeben.

Auf dem Bürgersteig vor dem Zentralkomitee befindet sich ein Massenchor, bestehend aus Mitgliedern des Chores des Opern- und Balletttheaters, des Armee-Ensembles und des Staats-Ensembles. Davor hat eine Blaskapelle der Armee Platz genommen.

Es ist Punkt zehn Uhr am 1. Mai 1982, dem 38. Maifeiertag, den Albanien frei und unabhängig begeht. Die Türen des Sitzes des Ministerrats öffnen sich. Die Partei- und Staatsführung betritt die Haupttribüne; dem Marxismus-Leninsmus", anschließend riesenhafte Porträts der vier Klassiker.

Nach einem Wagen, der die historischen Beschlüsse des 8. Parteitags symbolisiert, marschiert die Arbeiterklasse auf. Insgesamt 15 000 — genauso viel wie ganz Albanien vor der Befreiung Arbeiter hatte. An der Spitze marschieren die Bergarbeiter mit Blaumann und gelbem Schutzhelm. Die Arbeiterklasse im Bezirk Tirana hat gute Ergebnisse erzielt. Der Plan der industriellen Gesamtproduktion für die ersten vier Monate des laufenden Jahres ist vier Tage vorfristig erfüllt worden. Sie hat Produkte im Werte von 25 Millionen Lek über den Plan hinaus produziert. Sie hat die Kosten um acht Millionen Lek gesenkt und den Exportplan übererfüllt. Doch ihre Transparente und Schaubilder drücken vor allem das aus, was sie sich vorgenommen hat: „Im Verlauf dieses Fünfjahrplans soll die Steinkohlenförderung im Bezirk Tirana auf das 2,3fache ansteigen, die Produktion von Maschinen und Ersatzteilen um 30 Prozent, die Investition auf das zweifache..."

„Die Arbeiterklasse ist das Rückgrat der sozialistischen Gesellschaft", steht auf einem Transparent geschrieben. Zwischendurch immer wieder Volkstanzgruppen, Lieder werden gesungen, Beifall und Hochrufe reißen nicht ab.

Jetzt marschiert der engste Verbündete der Arbeiterklasse auf, die Genossenschaftsbauern. „Die Landwirtschaft, Grundlage unserer Volkswirtschaft", „Es lebe das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern" und andere Losungen werden vorbeigetragen.

Vier Bataillone der Kräfte der freiwilligen Selbstverteidigung marschieren auf. Zehn Reihen zu je fünfzehn Uniformierten, das Gewehr vor der Brust. Zwei der vier Blöcke bestehen ausschließlich aus jungen Frauen. Mit ernsten entschlossenen Gesichtern marschieren sie im festen Gleichschritt an der Tribüne am Oberkommandierenden aller albanischen Streitkräfte, am Genossen Enver Hoxha, vorüber. Und Genosse Enver, der am 1. Mai gewöhnlich scherzend, winkend und lachend auf der Tribüne steht, ist ebenfalls ernst geworden. Er hat die Faust zum Partisanengruß erhoben, während die Schritte der weiblichen und männlichen Soldaten weit über den Boulevard hallen.

Nun kommt der internationale Teil. Während im letzten Jahr noch der Kampf des iranischen und des afghanischen Volkes namentlich hervorgehoben wurde, so ist es dieses Mal der Kampf des palästinensischen und des salvadorianischen Volkes. Die kriegstreiberische Politik der USA, der Sowjetunion und Chinas wird verurteilt. „Es leben die marxistisch-leninistischen Parteien, entschlossene Kämpfer für die Sache der Revolution, des Sozialismus und der Befreiung der Völker".

An vorletzter Stelle kommen die Schul- und Studentenjugend und die Sportler. Die Begeisterung steigt weiter an. Die Jugendlichen, die Papierblumen in den hoch erhobenen Händen tragen, formieren sich zu Buchstaben, Zahlen und Figuren. So zieht zum Beispiel eine riesige „1912" an der Haupttribüne vorbei; es folgt eine ebenso riesige Nationalflagge und eine nicht weniger große „1982". Das bedeutet, daß noch in diesem Jahr, am 28. November, der siebzigste Jahrestag der Unabhängigkeit gefeiert wird.

Den Höhepunkt des Vorbeimarsches bilden 3 000 Pioniere, Kinder des sozialistischen Albaniens, die Generation, die die Stafette der Aufbauarbeit übernehmen wird. Das ist ein Gehüpfe und Gewimmel, ein ohrenbetäubendes Rufen, Schreien und Lärmen. Sie lassen Hunderte von Luftballons aufsteigen. Das taten sie auch am 1. Mai 1981. Im vorigen Jahr hatte sich ein Luftballon auf jugoslawisches Territorium verirrt, was die Belgrader Führung zu einem offiziellen Protest wegen einer „Grenzprovokation" veranlaßt hatte.

Die Internationale wird angestimmt. Die Kinder heben ihre weißen Blumensträuße in die Höhe — und von oben ist zu lesen: „Ruhm der PAA". Mit den letzten Klängen des Kampflieds des Weltproletariats ist der Vorbeimarsch beendet.

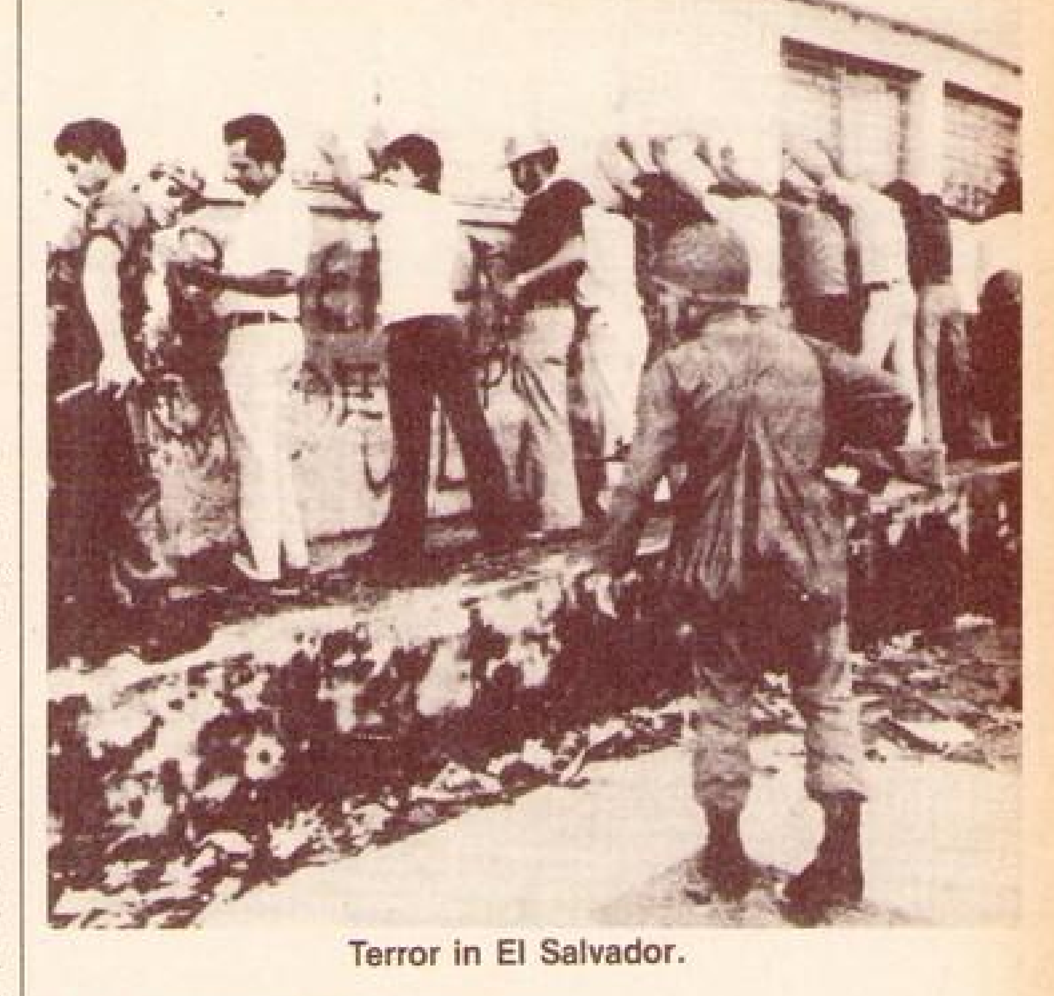
Pioniere bei der Mai-Demonstration.

Genosse Enver Hoxha geht an der Spitze, danach Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Tosender Beifall und Hochrufe branden auf, die Genossen nehmen ihre Plätze ein. In der Mitte Genosse Enver Hoxha, links von ihm der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung, Genosse Haxhi Lleshi, rechts Genosse Adil Carcani, der Vorsitzende des Ministerrats. Die ersten Takte der albanischen Nationalhymne bringen den begeisterten Jubel zum Verstummen.

Dann ergreift Genosse H. Çeliku, Mitglied des Politbüros und Direktor des Eisenhüttenkombinats Stahl der Partei in Elbasan, im Namen des Zentralkomitees der Partei, des Ministerrats und des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes Albaniens das Wort und grüßt die Werktätigen in Stadt und Land.

Es ist 10.10 Uhr — die Blaskapelle gibt mit dem Abspielen des Liedes „Fabriken und Äcker aufbauen" das Signal für den Beginn des Vorbeimarsches. Drei Sportler marschieren im Gleichschritt an der Tribüne vorbei. Der Mittlere trägt eine riesige Nationalflagge. Es folgt ein großes Porträt des Begründers und Führers der Partei der Arbeit Albaniens, dann ein Transparent zum 1. Mai. In der folgenden Reihe sind die Losungen zu lesen: „Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens", „Ruhm

J.V.



Terror in El Salvador.

USA setzen sich durch

Übergangsregierung in El Salvador gebildet

Nach wochenlangem Tauziehen ist in El Salvador eine neue Regierung gebildet worden, die allerdings nur bis zum nächsten Frühjahr im Amt bleiben soll. Zum Präsidenten wurde der parteilose Alvaro Magana gemacht, der Chef der größten Bank des Landes.

Wie der „Rote Morgen" berichtete, wollten die als „Sieger" aus den Scheinwahlen hervorgegangenen faschistischen und ultrareaktionären Parteien ursprünglich den Major d'Aubuisson ins Präsidium hieven, der die paramilitärischen Killerkommandos befehligt, die für die meisten blutigen Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Das hat die Reagan-Regierung nun erfolgreich verhindert.

Washington konnte kein Interesse daran haben, daß ein über die Grenzen El Salvadors hinaus bekannter Massenmörder wie d'Aubuisson an der Spitze der neuen Regierung stehen würde. Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung, die teilweise direkt in der US-Botschaft geführt wurden, setzten sich dann auch erwartungsgemäß Reagans Beauftragte — Botschafter Hinton und der aus den USA eingeflogene Ex-CIA-Vizepräsident Walters — durch.

Aber daß jetzt ein Bankier als Nachfolger des Christdemokraten Duarte den Präsidenten macht, ist natürlich kein Anzeichen für eine Demokratisierung oder für einen Reformkurs, wie es die amerikanische Propaganda behauptet. Zum einen hat sich Magana in seiner Antrittsrede eindeutig zum Kriegskurs gegen die demokratischen Opposition bekannt: Keine Verhandlungen, sondern Ausrottung der Befreiungsbewegung. Zum anderen macht die Zusammensetzung der neuen Regierung deutlich, daß sich hier die Machtverhältnisse noch weiter zu den offen faschistischen Kräften hin verschoben haben.

Die Armee selbst hat ihre Leute die vier wichtigsten Ministerien besetzt (Verteidigung, Inneres, Finanzen, Planung). Weitere vier Ministerien fielen an d'Aubuissons faschistische ARENA-Partei, darunter auch das Landwirtschaftsministerium, das für die sogenannte Agrarreform verantwortlich ist — die beste Garantie dafür, daß diese angebliche Reform auch in Zukunft darin bestehen wird, daß die Todesschwadrone des Majors d'Aubuisson Tausende von landlosen Bauern regelrecht abschlachten.

Bezeichnend für die neue Regierung ist auch die Tatsache, daß Reagans Beauftragte im Außenministerium der von dem Expräsidenten Duarte geführten Fraktion der christ-demokratischen Partei zugeschanzt haben: Hier soll gerade dem Ausland gegenüber eine demokratische Fassade aufrechterhalten und es den christdemokratischen Parteien Europas erleichtert werden, das salvadorianische Regime auch weiterhin massiv zu unterstützen.

Insgesamt haben das Militär und die von der einheimischen Oligarchie gestützten faschistischen Gruppierungen in der neuen Regierung noch stärkere Positionen als sie es unter Duarte schon hatten. Zudem soll schon im nächsten Frühjahr erneut „gewählt" werden. Bis zu diesem Termin soll eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung ist niemand anderes als der Major d'Aubuisson.

„Zu Herrnburg hinterm Schlagbaum beginnt der Bonner Staat..."

Horst Katzor liebt Bertolt Brecht.

Bertolt Brecht ist ein Begriff. Aber wer ist Horst Katzor?

Horst Katzor ist Oberbürgermeister. In Essen, der Ruhrgebietsstadt. Der Stadt der Industrie, der Arbeiter. Den Arbeitern und ihrer Befreiung vom Joch des Kapitalismus war Brechts Leben und Werk gewidmet.

Horst Katzor aber liebt die Arbeiter nicht. Er ist Bürgermeister, er ist die Staatsgewalt, und des Arbeiters Befreiung ist seine Sache nicht. Und so ist auch seine Liebe zu Brecht, von der er dieser Tage in der Presse sprach, nicht echt. Es ist die Koketterie eines verspießerten Sozialdemokraten mit Teilen fortschrittlicher, klassenkämpferischer Kunst, die vor Jahrzehnten geschaffen wurde und deren Aktualität er selbst zu begreifen vielleicht gar nicht imstande ist. Den Brecht, bei dem der Bezug zum Heute auf den ersten Blick erkennbar ist, würde er nie öffentlich zitieren.

Und daß es andere tun, das läßt er auch nicht zu.

Horst Katzor sperrt die Säle „seiner" Stadt für eine Brecht-Veranstaltung. Dabei könnte der Stadt Essen die Ehre widerfahren, Gastgeberin für eine westdeutsche Uraufführung zu werden, bei der die Tochter Bert Brechts, Hanne Hiob, mitwirkt: Der „Herrnburger Bericht", bisher nicht breit veröffentlicht und nur einmal (in Leipzig) aufgeführt, sollte am 11. Mai im Essener Saalbau vorgetragen werden.

Vordergründiger Anlaß für das Verbot, mit dem eine offizielle und durch die Mietzahlung von rund 2400 Mark bereits besiegelte Zusage gebrochen wurde, ist der Charakter der aufführenden Truppe.

Der Münchner Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend ist in den Augen Katzors, seines Amtsleiters Krause und anderer hoher Herren eine „kommunistische Tarnorganisation".

Sei es, wie es sei. Es bleibt die bemerkenswerte Tatsache, daß für Herrn Katzor die Aufführung der Werke des Kommunisten Brecht durch kommunistisch gesinnte Darsteller ein offenbar ungeheuerlicher, verbotswürdiger Vorgang ist... Für solche „Liebhaber" seiner Werke hätte Bert Brecht sicher die passendsten Worte gefunden.

Den „Herrnburger Bericht" kannte Katzor nicht, sagt er. Mag sein. Gefallen wird er ihm auf keinen Fall, dürfte eher Veranlassung sein, unbedingt an seinem Verbot festzuhalten.

Herrnburg, genauer: Eichholz/Herrnburg, Grenzübergang zwischen Westdeutschland und der DDR — das ist ein Begriff aus den Tagen, in denen es noch keine Mauer mit Stacheldraht und Selbstschußanlagen gab, mit denen Menschen an der Flucht aus der DDR gehindert werden sollen.

Herrnburg 1950. Damals war alles anders herum: Damals bezogen westdeutsche Polizeitruppen Stellung längs der Grenze, um westdeutsche Jugendliche am Übertritt zu hindern. Erst am Betreten der DDR, dann an der Rückkehr.

Denn damals ging man in der DDR an den Aufbau der Arbeitermacht, des Sozialismus. Damals trug dieser Staat die Zukunftshoffnungen aller deutschen Antifaschisten. Und im Jahre 1950 traf sich die Jugend zum Deutschlandtreffen in Berlin. Gäste aus vielen Ländern



Auge in Auge standen sich die westdeutschen Polizeitruppen und die Jugendlichen, die nach ihrer Teilnahme am Jugendtreffen in Berlin (DDR) nach Hause zurückkehren wollten, an der Grenze gegenüber. Die Polizei konnte in Herrnburg ihr Ziel, die Registrierung der Jugendlichen, nicht erreichen. Nach zweitägiger Belagerung durchbrachen diese die Polizeiketten.

waren dabei. 700 000 Menschen demonstrierten in diesen Tagen für die Einheit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Daran sollte nach dem Willen der Bonner Machthaber kein westdeutscher Jugendlicher teilnehmen. 30 000 gelang es dennoch, sie überschritten illegal die abgeriegelte Grenze.

Nun wollte man sie wenigstens nicht ungehindert zurücklassen. Sie sollten zumindest registriert werden, in die noch brandneuen Karteien und schwarzen Listen der westdeutschen Staatsschutzbehörden eingespeichert werden, um sie später maßregeln, ihnen Ausbildung und Arbeitsplatz nehmen zu können.

14 000 Jugenliche trafen bei Herrnburg auf die westlichen Grenztruppen. Zwei Tage und Nächte wurden sie festgehalten, weil sie sich nicht registrieren lassen wollten. Dann machten sie selbst dem Spuk ein Ende: „Gewaltsamer Durchbruch!" hieß die Parole am dritten Tag. In Formation untergehakt marschierten die 14 000 los — und die Grenzer stoben auseinander. Erst einmal im etwa vier Kilometer entfernten Lübeck angelangt, stellte man für sie sogar Sonderzüge bereit, um sie möglichst schnell auseinanderzubekommen und wieder übers Land zu verteilen. Vor einer Massendemonstration in der Stadt hatte man eine Heidenangst.

Diese Vorfälle konnten einen Mann wie Bert Brecht nicht ruhen lassen. So entstand der „Herrnburger Bericht", elf von Paul Dessau vertonte Gedichte mit Zwischentexten: **„Zu Herrnburg hinterm Schlagbaum / Beginnt der Bonner Staat / Bluthunde streichen schnuppernd / Um Fallgrub und Stacheldraht..."**

Am Ende des Werkes nimmt Brecht die Verantwortlichen für die Remilitarisierung Westdeutschlands und die deutsche Spaltung aufs Korn, die Führer von CDU und SPD, Adenauer und Schumacher. In diesem **Spottlied:**

★★★★★★

Hoch zu Bonn am Rheine sitzen
zwei kleine
Böse alter Männer, die die Welt
nicht mehr versteh'n.
Zwei böse Greise, listig und
leise,
Möchten gern das Rad der Zeit
nochmals nach rückwärts
drehn.
Schumacher, Schumacher, dein
Schuh ist zu klein,
In den kommt ja Deutschland
gar nicht hinein.
Adenauer, Adenauer, zeig deine
Hand,
Um dreißig Silberlinge ver-
kaufst du unser Land.

Hoch zu Bonn am Rheine träumen zwei kleine
Böse alte Männer einen Traum
von Blut und Stahl.
Zwei böse Greise, listig und
leise,
Kochen gern ihr Süpplein am
Weltbrand noch einmal.
Schumacher, Schumacher, dein
Schuh ist zu klein,
In den kommt ja Deutschland
gar nicht hinein.
Adenauer, Adenauer, zeig deine
Hand,
Um dreißig Silberlinge ver-
kaufst du unser Land.

★★★★★★

Das kann ja einem Herrn Katzor (dessen Schuh womöglich hoch kleiner ist) nicht gefallen. Und so wird Bertolt Brecht wieder einmal verboten.

Dennoch wird sich die Vision Brechts eines Tages erfüllen, die auch unter den heute veränderten Bedingungen in Deutschland nichts an Gültigkeit verloren, an Brisanz nur hinzugewonnen hat:

Schlagbaum und Schanzen / Hat das denn Zweck? / Seht doch, wir tanzen / drüber hinweg." Dieser Optimismus bestimmt unser Handeln.

Es wird die Jugend sein, die vorangeht, wenn nach dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuter, Militaristen und Kriegstreiber in West und Ost die Mauer niedergerissen und das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland aufgebaut wird, für das auch Brecht gekämpft hat.

Hanne Hiob und der Pfadfinderbund haben versprochen, das Werk auf jeden Fall am 11. Mai in Essen aufzuführen. Und sei es auf einer Wiese.

Es ist zu hoffen, daß ihnen das gelingt.

„Denkt stets an jenen 11. Mai in Essen!"

11. Mai 1982, Essen.

Weder Tag noch Ort, die für die Aufführung des „Herrnburger Berichts" gewählt wurden, sind Zufall.

Was ist der Hintergrund?

Essens Amtsleiter Krause fiel dazu der Presse gegenüber gar nichts ein. Oberbürgermeister Katzor brauchte immerhin einige Zeit, um sich zu erinnern.

Dies ist der Hintergrund:

11. Mai 1952, Essen.

30 000 Jugendliche treffen sich zur Friedenskarawane. Unter ihnen ist Philipp Müller aus München, 21 Jahre, Mitglied der verbotenen FDJ wie viele der Demonstranten. Schon am Bahnhof werden sie von Lautsprecherwagen der Polizei empfangen: „Die Demonstration ist abgesagt!" Sie pfeifen drauf. Zehntausende vereinigen sich vor dem Gruga-Gelände zur Demonstration: „Nieder mit dem Generalvertrag — her mit dem Friedensvertrag!" „Wir wollen keine Ami-Waffen, wir wollen für den Frieden schaffen!" Diese und andere Parolen schallen durch die Straßen. Da gibt die Polizei das Kommando: „Feuer frei!"

„In diesem Augenblick gab ein Offizier das Kommando: ‚Feuer frei!' Die Polizisten vorne zogen sofort die Pistolen und schossen wahllos auf die fliehenden Jugendlichen, von denen einige hinstürzten. (...) Ich sah auch den Jugen, der tot liegenblieb, und beobachtete, wie einige ältere Beamte, die hinliefen, um dem Jungen erste Hilfe zu leisten, von einem Polizeioffizier angebrüllt wurden:



‚Macht, daß ihr nach vorne kommt, und drückt euch nicht hinten herum. Laßt die liegen, die tun keinem mehr was! Vorwärts, ihr habt jetzt anderes zu tun!'"

So bezeugte ein Kölner Bereitschaftspolizist die Ereignisse dieses Tages, bei denen Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde.

Das Presseamt der Stadt Essen nennt das heute „Die blutig beendete Demonstration von 30 000 jugendlichen Kommunisten". „Es waren keine Friedenskämpfer, sondern gewaltsam und verbotswidrig auftretende Agitatoren kommunistischer Politik." Kommunisten können keine Friedenskämpfer sein. Sagen die Militaristen und Kriegstreiber. So wurde nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches im Weltkrieg ein Kommunist erschossen, ein Anhänger der Partei, die am konsequentesten und unter den größten Opfern gegen die Nazis und ihren Krieg gekämpft hat. Und das wird heute noch gutgeheißen.

Johannes R. Becher schrieb 1952 in seinen „Deutschen Sonetten":

... er war unser, war wie unser
Sohn,
Da er für Deutschlands Frieden
ist gefallen,
Wovon wir alle träumten und
wovon
Wir wollen sprechen jetzt zu
allen, allen:
„Die Mordtat bleibt den Mördern unvergessen!
Denkt stets an jenen elften Mai
in Essen!"

und setzt den Kampf des Toten fort!



Samstag, 15. Mai
21.15 Uhr, HR III
Unternehmen Kalavrita. Bericht über eine „Vergeltungsaktion" der faschistischen Wehrmacht in Griechenland.

***

Samstag, 15. Mai
22.40 Uhr, WDR III
Rockpalast. Mit dem vor einem Jahr gestorbenen Reggae-Sänger Bob Marley.

***

Sonntag, 16. Mai
10.30 Uhr, ZDF
Lotna. In diesem 1959 entstandenen Spielfilm schildert Andrzej Wajda („Der Mann aus Eisen") den Untergang der polnischen Kavallerie nach dem Überfall der Hitler-Armee.

***

Sonntag, 16. Mai
20.15 Uhr ARD
Der Flug des Adlers. Dreiteiliger Fernsehfilm von Jan Troell („Die Auswanderer") über einen schwedischen Ingenieur, der 1897 im Ballon den Nordpol erreichen will. In der Titelrolle Max von Sydow.

***

Sonntag, 16. Mai
21.15 Uhr, ZDF
Einer von uns. Unter dem Titel „Ausgestoßen" zeigt das ZDF drei Filme, die sich mit Emigration und Asyl beschäftigen. Im ersten Beitrag erzählt Eberhard Itzenplitz die Geschichte eines deutschen Schriftstellers, der nach dem Machtantritt des Faschismus ins Ausland fliehen muß. Mit Siemen Rühaak, Anita Lochner u.a.

***

Montag, 17. Mai
16.15 Uhr, ARD
Margarethe von Trotta. Ein Portrait der Filmregisseurin von Katja Raganelli und Konrad Wickler.

***

Montag, 17. Mai
21.20 Uhr, ZDF
Das Boot ist voll. In diesem zweiten Film der Reihe „Ausgestoßen" beschreibt Markus Imhoof das Schicksal einer Gruppe von Flüchtlingen aus Hitler-Deutschland, die in der Schweiz Asyl suchen. Dort aber heißt es: „Das Boot ist voll" — kein Platz für Asylanten. Die Flüchtlinge werden zurückgeschickt, in den sicheren Tod. Mit Tina Engel, Hans Diehl, Curt Bois u.a.

***

Dienstag, 18. Mai
19.30 Uhr, ZDF
Hambacher Frühling. Dokumentarspiel über das Hambacher Fest, eine Massendemonstration der deutschen Demokraten vor 150 Jahren.

***

Mittwoch, 19. Mai
22.15 Uhr, WDR III
Der Jammer. Der 1971 entstandene Spielfilm des revolutionären türkischen Regisseurs Yilmaz Güney spiegelt das Elend in Ostanatolien wider. Mit Yilmaz Güney, Hayati Hamazaoglu u.a.

***

Freitag, 21. Mai
23.00 Uhr, ARD
Der Tag, an dem Elvis nach Bremerhaven kam. Spielfilm von Peter F. Bringmann über eine Jugend in den fünfziger Jahren.

In der letzten Folge unserer Serie hatten wir Geschäfte, Reichtum und Einfluß der Allianz zwischen Großgrundbesitzern und Privatbankern beschrieben. Dabei war bereits die Sprache auf die Großbanken gekommen. Diese Zentralen, diese Schaltstellen des westdeutschen Kapitalismus sind Institute, in denen mit Geldern jongliert wird wie sonst nirgends. Nicht umsonst wurde oft genug Frankfurt als die Hauptstadt der Republik bezeichnet: wer einmal die Skyline der dortigen City gesehen hat, mit den Geldburgen in Himmelshöhe, der wird diese Aussage nicht ganz beiseite schieben wollen. „Wertvoll" ist eine Eigenschaft, die sich in allem durchzieht, was diese Banken tun — von der Innenausstattung ihrer Paläste bis zu ihren Geschäftsbeteiligungen, Aufsichtsratsposten und internationalen Verbindungen. Von den Bezügen ihrer Vorstandsmitglieder bis hin zu den Sitzen, die sie in Beraterkreisen der Regierung einnehmen. Im Jahre 1980 war das Geschäftsvolumen der drei Großbanken so groß wie der gesamte Bundeshaushalt, über 240 Milliarden Mark — dabei wurde rund 1 Milliarde als Gewinn ausgewiesen.

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil IV)

PRÄDIKAT: WERTVOLL

Ein Federstrich für 25 Millionen Mark

Mit welchen Geschäftspraktiken diese „soliden Unternehmen" arbeiten, zeigen solche Beispiele wie die im vorletzten Jahr überraschend verfügte Erhöhung der Gebühren für die Girokonten, die im wesentlichen die Lohnkonten der Arbeiter sind. Über Nacht brachte dieser einsame Beschluß eine Mehreinnahme von 25 Millionen Mark für die Deutsche Bank.

Erst in den letzten Wochen wurde erneut eine Tatsache an die Öffentlichkeit gebracht, die einen Skandal darstellt, aber in keiner Weise so behandelt wird — denn es betrifft ja die Großbanken. Klagen mehrten sich über das Buchungsverhalten der Geldmakler. Abbuchungen werden am selben Tag wie getätigt vorgenommen, Einzahlungen bis zu drei Tage später. Durchschnitt: 4,18 Mark Gewinn je Konto im Monat. Wenig? — Zusammen immerhin runde 50 Millionen Mark jeden Monat, die so von den Banken eingesackt werden.

Über wieviel Geld diese Banken verfügen, zeigt sich auch an den Bezügen, die sie ausbezahlen. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank erhielt bereits vor vier Jahren ein Jahresgehalt von 1,2 Millionen Mark, die anderen 11 Herren des Vorstands jeweils eine runde Million.

Die Beiräte — ein Instrument, das dazu geschaffen wurde, um aktienrechtliche Bestimmungen zu umgehen — erhalten pro Sitzung runde 10000 Mark. Wobei diese Beiratssitzungen im wesentlichen daraus bestehen, daß Vorstand oder Aufsichtsrat den Herren beim Essen einen Vortrag halten. Solche Beiräte hat allein die Deutsche Bank in der Bundesrepublik ungefähr 500 — wobei das Geld für diese Leute in der Regel eher ein Taschengeld ist, denn da sitzen die Großaktionäre, die Spitzenmanager und ähnliche millionenschwere Leute. Aber dennoch: Eine Summe von 15 Millionen Mark, die ganz nebenbei bezahlt wird.

Die Dividendensumme, die sie ausbezahlen, nimmt sich dabei eher bescheiden aus: die Deutsche Bank zahlte für 1981 lediglich 223 Millionen Mark aus. Weitere 120 Millionen Mark wurden in die Rücklagen geführt. Unwillkürlich fragt man sich: Und das soll alles sein? Die drittgrößte Bank der Welt — nach der Bank of America und er New York Citybank — mit „popeligen" 350 Millionen Mark Gewinn in einem Jahr?

Im Vergleich zu den beiden vor ihr liegenden wahrlich wenig. Aber so ganz stimmt es auch nicht. Darin sind nicht die „Prozente" für den Aktienhandel beispielsweise eingerechnet. Und damit beschäftigen sich immerhin 6000 der 39000 Angestellten der Deutschen Bank. Und nicht eingerechnet sind die Zinsgewinne aus den längerfristigen und langfristigen Bundesverschuldungen, die mehrere Milliarden ausmachen.

Denn die Deutsche Bank ist der Hauptnutznießer der Staatsverschuldung. Die 100000-Mark-Anleihen, in denen der Hauptteil der Bundesschuld bestritten wird, sind für Kleinanleger eben nicht erschwinglich. Es wird mit jährlich allein 3 Milliarden Mark Zinsgewinn für die Deutsche Bank gerechnet, die der Steuerzahler überweist.



Bankmetropole Frankfurt

Februar ist Party

In der Regel einmal im Jahr, Ende Februar, ist hoher Besuch im Münchner „Hotel Vier Jahreszeiten". Es ist Banktag. Aber nicht etwa der Verbandstag des Bundesverbandes deutscher Banken, dessen Präsident Harald Kühnen vom Bankhaus Salem Oppenheim und Cie so beredt für die Interessen der Gelddynastien eintritt. Nein, es ist ein besonderes Ereignis: Bankenkonferenz des Hauses Siemens.

Der Vorstand der Siemens AG lädt zum Galadiner mit Vortrag, während dem es für die begleitenden Damen ein Sonderprogramm gibt. Rund 100 Banker finden sich da zusammen. Die Deutsche, die Dresdner, die Commerzbank, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sowie die Bayerische Vereinsbank sind dabei als einzige mit je drei Gästen aus ihrem Vorstand, bzw. ihren Aufsichtsratsvorsitzenden vertreten.

Die Verbindungen des Hauses Siemens zu den Banken sind vielgestaltig: Schließlich waren sie an der Gründung der Deutschen Bank beteiligt und sind bis heute deren größter Aktionär. Siemens selbst erzielte im Geschäftsjahr 1978 900 Millionen Mark Gewinn aus Zinseinnahmen und ist damit — nebenbei — eine der größten bundesdeutschen Regionalbanken. Auf dieser Bankenkonferenz sind die Vertreter der wichtigsten Finenzgruppierungen der westdeutschen Kapitalisten anwesend,und da ist es dann Nebensache, wenn diese Veranstaltung ein paar Millionen Mark kostet. Dort wird der Kurs der Größten im Bankgeschäft festgelegt, dort treffen sich neben den Siemens und den Bankmanagern auch die Chefs oder Großaktionäre anderer Großkonzerne.

Und wenn dabei Politik gemacht wird, ist auch klar, in welche Richtung. Schließlich hat der Siemensvorstand traditionell Anrecht auf Sitz und Stimme im Parteivorstand der Christlich Sozialen Union, und Franz Josef Strauß ist zu diesen Konferenzen geladen. Oder F.W. Christians, der Sprecher der Deutschen Bank: Wenn er zur Wirtschaftspolitik referiert, dann tut er dies auch als Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU.



Deutsche-Bank-Sprecher Christians (dritter von links) mit Gästen auf dem Bankentag in Bonn.

Die Macher

Die großen Geschäftsbanken, sie lassen sich gerne als besonders kundenfreundlich feiern — so etwa nach dem Motto, komm her, ich leih dir was.

Aber die Schlinge, mit der man da umfangen wird, ist nicht das „grüne Band der Sympathie". Die Faustregel im Bankengeschäft heißt: je mehr Spareinlagen du hast, desto höheren Gewinn. Wieso? Weil für Kleinsparer die niedrigsten Zinsen gegeben werden, also am meisten Zinsspanne beim Weiterverleihen vorhanden ist. Und hier tut sich die Deutsche Bank besonders hervor: 18,8 Prozent ihrer gesamten Bilanzsumme bestehen aus solchen Sparbüchern, diese Bank ist gleichzeitig Bundesdeutschlands größte Sparkasse.

Der Kern der Interessengruppe Deutsche Bank stellen jene Konzerne, die Dauermitglieder im Aufsichtsrat sind: Siemens, Bosch, Flick und Quandt. Im Beraterkreis der Bank befinden sich die Vorstandsvorsitzenden von Mannesmann, Daimler Benz, Bayer, BASF und VEBA, sowie der Bertelsmann AG. Hier sitzen also die Vertreter der größten Konzerne der deutschen Wirtschaft, hier ist die mächtigste Finanzgruppe der deutschen Kapitalisten versammelt. Hier werden beispielsweise die Richtlinien für die Zinspolitik der Banken ebenso festgelegt wie die Vergabe von Auslandskrediten, die man durch den Steuerzahler absichern läßt. 10,5 Milliarden Mark haben westdeutsche Banken im Ausland angelegt, davon rund 4 Milliarden in den letzten drei Jahren. Wohlgemerkt: All jene Argumente, die von den Kapitalisten stets als Rechtfertigung für die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer angeführt werden, sie gelten hier schon dem Anschein nach nicht. Hier geht es nur darum, wie man die Milliarden, die man aus dem Geldverleihgeschäft gewonnen hat, wieder möglichst gewinnbringend weiterverwendet.

Die Banker sind, so falsch ist das nicht, tatsächlich in gewissem Sinn die Macher, vor allem die Kaputtmacher. Immer dann, wenn sich ein Bankenkonsortium einem bestimmten Betrieb oder gar einer ganzen Branche der Wirtschaft zuwandte, dann begann das große Sterben.

Die Stahlindustrie ist das jüngste Beispiel. Die Banken diktieren Betrieben wie Hoesch die Vernichtung von Arbeitsplätzen und vergessen zur selben Zeit nicht, trotz allem Geschrei um angebliche rote Zahlen, 300 Millionen Mark an Zinsen aus der Kasse zu holen.

Aber es gibt noch weitere Beispiele: die Bauindustrie und die großen Kaufhäuser beispielsweise. Bei beiden begann das große Sterben, als die Großbanken sich dieser Branchen in der 74er Krise annahmen.

Sie holen aus den Kassen, was zu holen ist, verdienen vor allem an Liquidationen und veranlassen die Schließung von Zweigwerken oder die Übernahme von Restgesellschaften durch größere Konzerne. Betrachtet man die Geschichte der durchgeführten, geplanten oder in Vorbereitung befindlichen Betriebsschließungen oder Teilstillegungen, diesen ungeheuren Kahlschlag an Arbeitsplätzen, so kann man immer wieder feststellen, daß in den eigens dafür eingerichteten Stäben oder Beiräten die Banken überdurchschnittlich stark vertreten sind, meist gar als Hauptträger solche Geschäfte abwickeln. Dabei achten sie stets darauf, daß ihr eigenes Kapital gesichert ist. So wird die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie bespielsweise durch Sozialpläne gemildert. Aber daß die bis zuletzt profitierenden Banken dafür zur Kasse gebeten werden, scheint ein Ding der Unmöglichkeit — die Steuergelder werden dafür benutzt, und wenn es nicht reicht, dann pumpen die Banken noch etwas, zu üblichen Zinsen, versteht sich.

So ist es kein Zufall, wenn gerade die Deutsche Bank, deren wirtschaftliche Macht heute etwas größer ist als die der beiden nächstgrößten zusammengenommen, in den beiden letzten Jahren ihre Gewinne verdoppeln konnte — sie verdient bestens an der Krise, sie profitiert auf jede Weise von den Arbeitslosen.

Entwicklung der Großbanken im Jahr 1981

Geschäftsergebnisse und Veränderungen gegenüber 1980

	Deutsche Bank		Dresdner Bank		Commerzbank	
	in Mio. Mark	in %	in Mio. Mark	in %	in Mio. Mark	in %
Bilanzsumme	114 473	+ 9,8	79 609	+ 5,2	64 298	— 0,6
Geschäftsvolumen	118 150	+ 10	81 740	+ 5,3	66 896	— 0,1
Kreditvolumen	68 591	+ 5,4	59 957	+ 1,0	46 082	+ 1,4
Zinsüberschuß	3 403	+ 21,4	1 724	+ 14,5	1 084	+ 14,6
Provisionsüberschuß	892	+ 10,5	639	+ 18,7	447	+ 12,2
Personalaufwand	2 107	+ 6,6	1 412	+ 4,3	1 044	+ 4,2
Sachaufwand	642	+ 6,5	525	+ 7,1	321	+ 3,5
Steuern v. Ertrag u. Vermögen	542	+ 14,2	136	+ 9,3	40	+ 6,7
Betriebsergebnis		+ 29,7		+ 57	190 (— 9) Mill. DM	
Dividende für 1981 (1980) in Mark	10 (10)		4 (6)		0 (0)	

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 19, 14 Mayıs 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Faşist cuntaya karşı yürüyüş **Geçen hafta sonu, Kenan Evren cuntasının idamlarını, katliamlarını, işkencelerini ve Kürt ulusu üzerindeki soy kırımını protesto etmek için 15 bini Duisburg'ta olmak üzere toplam 20 bini aşkın insan Köln'de ve Duisburg'ta yürüdü. Bu yürüyüşlerde Kenan Evren faşist cuntasının Bonn Hükümeti tarafından desteklenmesi de mahkum edildi. Cuntaya karşı düzenlenen bu eylemlerin ayrıca artan yabancı düşmanlığı ve Federal Almanya'nın yabancı düşmanı politikası ile de bağı kuruldu. Köln'deki yürüyüşün fotografında da görüldüğü gibi partimiz KPD'de bu eylemi destekledi.**

Falkland savaşı sürüyor

İngiliz bahriyesi yeniden bombalı saldırıya geçti

Birleşmiş Milletler, Falkland sorununun görüşmeler yoluyla çözülmesi için harekete geçtiği halde, İngiliz Thatcher Hükümeti adaların çevresindeki savaş alanında bombalı saldırılarını sürdürüyor. Hafta başında adadaki Port Stanley ve Port Darvin şehirleri bombalandı.

İngiliz savaş uçakları sadece Arjantin askeri uçaklarına yeniden saldırıda bulunmadılar, aynı zamanda bir sivil Arjantin gemisini de batırdılar. Tüm bunlar İngiltere'nin Malvin adaları konusundaki sömürgeci çıkarlarını en vahşi askeri şiddete bile baş vurarak gerçekleştirmek istediğinin bir göstergesidir.

Yüzlerce insanın ölmesine yol açan bu savaş her iki taraf açısından da haklı bir dava uğruna sürdürülmemektedir. Arjantin Galteri cuntası birliklerinin Malvin adalarına (Falkland adalarının esas ismi) çıkartma yapması hiç bir şekilde Arjantin halkının çıkarı için değildir. Aksine cuntanın bu çıkartması, sadece ve sadece kendi saltanatının devamını sağlamaya, sallantıya uğrayan mevzisini tekrardan sağlamlaştırmaya, kendisine karşı yönelebilecek kitle mücadelesini askeri maceracılığının desteklenmesine kanalize etmeye ve böylece halk ile emperyalizm uşağı askeri diktatörlüğün "yurtsever ittifakını" kurmaya hizmet etti.

Öte yandan İngiliz savaş filosunun saldırıya geçmesinin de ne uluslararası hukuk normlarının savunulması ne de ada halkının faşist diktatörlüğün boyunduruğundan kurtarılması ile uzaktan yakından bir bağı var. Aksine, bu savaşın İngiliz emperyalizmi açısından sadece ve sadece bir tek anlamı var. Bu da İngiliz'lerin ada üzerindeki sömürgecilik hakimiyetinin devamının sağlanması, İngiliz emperyalizminin Güney Atlas Okyanusu'ndaki çıkarlarının korunmasıdır.

Bunun için tüm savaş karşıtlarının görevi bu sömürgecilik savaşına karşı çıkmaktır. Federal Almanya'nın İngiliz savaş kışkırtıcılarına yaptığı her türlü desteğine karşı mücadele sürdürülmelidir.

Bonn Hükümeti, NATO ve AET çerçevesinde alınan Arjantin mallarının boykot edilmesini öngören kararları desteklemekle açıkcası İngiliz emperyalistlerine arka çıkmaktadır. Bir taraftan İrlanda Hükümeti İngiltere'ye olan diplomatik desteğinden vaz geçer ve Thatcher Hükümeti'nin "saldırganlığını" mahkum ederken, öte yandan Bonn Hükümeti ise hafta sonunda yapılan AET oturumunda Arjantin'e karşı boykot önlemleri süresinin uzatılmasını destekledi.

Açık olan şu ki, böylesi bir tutum İngiliz saldırganlarını güçlendirmekte, ada sorunun "askeri çözümünü" için Thatcher Hükümeti'ni girişimlerinde teşvik etmekte ve böylece Güney Atlas Okyanusu'ndaki savaşın sürmesine katkıda bulunmaktadır. Bu duruma göz yumulmamalı ve Almanya'daki barış hareketi Bonn Hükümeti'ni İngiliz savaş kışkırtıcılarını desteklemekten vaz geçmeye zorlamalıdır.

Federal Ordu geri adım atmaya zorlandı

Romika'da acemi erlere yemin ettirme töreni

MAINZ. — 13 Mayıs'ta Federal Savunma Ordusu şimdiye kadar işyerlerinde düzenlediği resmi acemi asker yemin törenlerine bir yenisini daha eklemek istiyordu. Bu yemin törenlerinin dördüncüsü de Gusterath'daki Romika işletmesinde yapılacaktı . Başta sendikacılar olmak üzere çeşitli gruplar tarafından yükseltilen protestoların sonucu militaristler geri adım atmak ve yemin törenlerini kışlalarda yapmak zorunda kaldılar.

3000 işçinin çalıştığı (işçilerin sadece yüzde 12'si sendikalı) Romika işletmesi yönetimi ve işyeri işçi temsilcisi Federal Savunma Ordusu'nun yemin törenini işyerinde yapmak istemesini memnuniyetle karşıladılar. DGB Kaza Yönetim Kurulu üyesi olan ve CDU Kaza Meclisi'nde yer alan işyeri işçi temsilcisi Başkanı Karl Jakobs utanmadan bir de "Eğer Savunma Ordusu ! bunun için ricada bulunuyorsa, neden bunun üzerine düşünüp taşınayım ki?" diyebiliyor.

Bu kadar açık seçik olan militarizm yanlısı bir tutumu DGB Bölge Yönetimi bile reddetti. Bir çok sendikacı ve Trier'den çeşitli gruplar protestoları yükseltince, Federal Savunma Ordusu geri adım atmak zorunda kaldı. Ayrıca gelecekte de işyerlerinde bu tür provokativ acemi asker yemin törenlerinin yapılacağı açıklandı. Bunun için uyanık olmalı ve bunlara da gerekli cevap vermeliyiz. Özellikle de sendikalar bu tür bir provokasyona karşı harekete geçmelidirler.

Öte yandan Jakobs gibilerin açıktan açığa militarizm yanlısı tutumu sendikal ilkelerle çelişmekte ve bunun için de bu tür şahıslar derhal sendikadan ihraç edilmelidir.

ABD Hükümeti sahte barış çağrısında bulundu

Reagan'ın yeni oyunu

WASHİNGTON. — İki emperyalist blokun baş çeteleri arasındaki "barış yanlısı" propaganda yarışmaları sürüyor. Bu propaganda yarışmalarına şimdi de ABD Başkanı Reagan yeni bir katkıda bulundu. O, her iki tarafında mevcut atom başlıkları potansiyelinin önce üçte birini sonra ise yarı yarıya düşürülmesini önerdi.

Ancak Reagan bir taraftan bu tür sahte önerilerde bulunurken, öte yandan ise bir atom savaşı çıkmasında sadece ve sadece sorumlu olarak Sovyetler Birliği'ni tutmakta ve onun güya askeri üstünlüğünden dolayı "askeri dengeyi" bozduğunu ileri sürmektedir. Reagan bu tür adi manevralara baş vurarak ABD'nin amansızca silahlanmasını gizlemek ve askeri üstünlüğünü sağlama almak istiyor. Atom silahlarının üretiminin tamamen durdurulmasına gelince, o, bu noktanın zerre kadar yanlısı değil.

Brejnev, Reagan'nın yaptığı bu teklif üzerine düşünecek. Hiç kuşkusuz o da bunun için bir cevap hazırlayacak ve yeni bir öneride bulunacaktır. Ancak her iki süper devlette hangi yeni öneride bulunursa bulunsun, bu önerilerin barışın korunması ve silahların sınırlandırılması ile yakından uzaktan hiç bir bağı yoktur. Bunlar, sadece iki süper devletin amansızca silahlanışını gizlemekten, kendilerini barış melekleri olarak göstermekten başka hiç bir şeye hizmet etmemektedir. Bu önerilerle barışsever insanların dikkatleri iki savaş kışkırtıcı arasındaki görüşmelere çekilmek ve onların barış umutlar bunlara bağlanmak isteniyor.

Bunun için barış hareketi ne bugün ABD'de Reagan'ın politikasını eleştiren Edward Kennedy'e ne de emperyalistler, özellikle de iki büyük savaş kışkırtıcısı arasındaki görüşmelere bel bağlamalıdır. Çünkü bugün Reagan'ı eleştiren Edward Kennedy gibileri de mali sermayenin diğer saldırgan bölümünün temsilciliğini yapıyorlar. Ve o, nükleer imha silahları yerine konvasyonel silahlanmadan yanadır. Bunun için Almanya'daki barış hareketi emperyalistler, özellikle de iki süper devlet arasındaki görüşmelere bel bağlama hayalini terk ettiği sürece gelişebilir ve barışın korunmasına hizmet edebilir.

(„Reagans neue Tricks")

Jaruzelski işçilere karşı saldırıları yoğunlaştırdı

Polonya'da yüzlerce işçi tutuklandı

Kilise cuntaya karşı yürüşü mahkum etti

VARŞOVA. — Polanya'da işçi ve emekçilerin 1 ve 3 Mayıs'ta görkemli eylemler düzenlemesinin ardından askeri cunta kitlesel tutuklamalara girişti. Hafta sonuna kadar bu yürüyüşlere katılmakla suçlanan 1500 kişi tutuklandı.

Yürüyüşe katıldıkları ileri sürülen 600 kişi suçüstü kurulan mahkemeler tarafından yargılandı. Bu yürüyüşlerin elebaşıları hakkında henüz yargılama yapılmadı. Görüldüğü kadarıyla onlar uzun hapis cezalarına çarptırılmak isteniyorlar. Askeri cunta bu yeni baskı yöntemleri ile ülkenin bir çok şehrindeki sıkıyönetim uygulamalarını daha da sertleştirdi. Örneğin gece sokağa çıkma yasağı ilan edildi ve her türlü toplantının yapılması yasaklandı.

Polonya işçi hareketinin bir dizi vahşi saldırıya uğramasına rağmen, direnme gücünün kırılamadığını düzenlenen eylemler ortaya koymaktadır. Jaruzelski cuntasının tüm saldırılarına rağmen, gizli yayınını sürdüren "Solidarnocs" sendikası radyosu bu hafta da askeri diktatörlüğe karşı protesto eylemlerine çağırdı. Polonya katolik kilisesi bir bildiri yayınlayarak rejime karşı her türlü gösteriyi kınadı ve açıkca işçi hareketine karşı tavır takındı. Başpiskopos Glemp 1 ve 3 Mayıs'ta düzenlenen militan gösterileri eleştirdi ve hatta hükümetin kışkırtma korosunda yer alacak kadar bile ileri gitti.

(„Massenverhaftungen in Polen")



Polonya'da işçiler 1 Mayıs'ta cuntanın yasaklarını hiçe saydılar.

Eyalet İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasa dışı ilan etmesi

Grev hakkına düzenlenen bir saldırıdır

STUTTGART.—İşverenler Birliği'nin uyarı grevleri üzerine açtıkları dava 21 Nisan'da bir üst mahkeme tarafından görüşüldü. Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nde sürdürülen davada, mahkeme 1981 ilk baharında IG Metall'ın yaptığı uyarı grevlerinin kanuna aykırı olduğunu belirtti.

Bu karardan önce bölgesel İş Mahkemesinde sürdürülen davalarda, mahkeme heyeti IG Metall'a hak vermişti. Bölgesel İş Mahkemelerinden sadece tek bir tanesi uyarı grevlerinin kanuna aykırılığı yönünde karar almıştı. Böylece bu karardan sonra bir üst mahkeme de işverenlerin davalarına hak vererek uyarı grevlerini yasadışı ilan etti.

Mahkeme ayrıca toplu sözleşme ya da uzlaşma görüşmelerinin sürdüğü dönemde IG Metall'ın işçileri fazla mesai yapmayı reddetmeye çağıramayacağını açıkladı.

Uyarı grevlerinin üzerine işverelerin açtıkları davalar henüz bir çok Eyalet İş Mahkemesi'nin de sonuçlanmadı. Ancak görüldüğü kadarıyla Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasa dışı nitelemesi diğer iş mahkemelerinin kararlarını da etkileyecektir.

IG Metall sendikası, mahkemenin işverenlerin lehine verdiği bu karara karşı Kassel Federal İş Mahkemesi'ne itirazda bulunacaktır. Ancak Kassel Federal İş Mahkemesi'ndeki hakimlerin kendiliğinden sendikanın lehine bir karar alacaklarını sanmak büyük bir yanılgı olur. Çünkü onlar şimdiye kadar bir dizi kazanılmış sendikal hakkı sınırladılar.

Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nin aldığı karar sendikalar için bir uyarı anlamını taşımalıdır. İşverenlerin bugün uyarı grevlerine karşı dava açmalarının son tahlilde kazanılmış grev hakkına bir saldırı olduğu halde IG Metall Yönetimi şimdiye dek kararın sendika hareketinin lehine alınması doğrultusunda mahkemelere siyasi baskıda bulunmak için hiç bir girişimde bulunmadı. Bu duruma bir son verilmelidir. Şimdi sessizliği tercih etmek yerine sendikalar, işverenlerin bu acımasızca saldırılarına karşı harekete geçmelidirler. Eğer diğer eyalet iş mahkemelerinin ve Federal İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasal olarak nitelemeleri yönünde bir karar almaları sağlanamazsa, bu sendikal hareketin bir yenilgisi, grev hakkının daha da sınırlandırılması demektir.

Grev hakının sınırlandırılması ile patronların eline işçilere saldırmaları için yeni bir silah daha verilmiş olur. Federal İş Mahkemesi daha önce de işverenlerin lokavt uygulamalarının yasal olduğunu açıklamıştı.

İşte şimdi sessiz kalırsak bu yönde ikinci bir adım atılarak elimizdeki mücadele silahlarından biri olan grev hakkıda sınırlandırılmış olur. Bunun için tüm DGB sendikaları buna karşı siyasi protesto eylemleri örgütlemelidirler! Grev hakkının sınırlandırılmasına son! Sınırsız ve yasal olarak güvence altına alınmış grev hakkı için! Lokavt kanunen yasaklanmalıdır!

(„Angriff auf das Streikrecht")

Bremen Vulkan tersanesi işçileri işyerlerinin yok edilmesine karşı protesto eylemi düzenlediler.

İşçiler işyerlerini korumak için mücadeleye atıldılar

Bremen Vulkan tersanesinde protesto eylemi

BREMEN.—28 Nisan, Çarşamba günü öğleden sonra Vulkan tersanesi işçileri işi iki saatliğine bıraktılar. Greve giden işçilerin talepleri şunlardı: Tersanemizin AG Weser tersanesi ile birleştirilmesine hayır! Tüm işyerleri korunmalıdır!

Yaklaşık olarak 4000 işçinin çalıştığı Vulkan tersanesinde 3000 işçi IG Metall sendika temsilcilerinin çağırısına uyarak işi bıraktılar. İşyerlerini korumak için mücadele silahına sarılan tersane işçi ve memurları Bremen-Vegesack'ta bir protesto eylemi düzenlediler. Halk evinin önünde yapılan mitingte konuşan iki işyeri işçi temsilcisi tersanenin bir başka tersane ile birleştirilmesine karşı çıktılar.

Protesto eyleminin düzenlenmesine, Bremen Senatosu'nun ve tersane kapitalistlerinin görevlendirdiği "işverenler danışmanlığı" adlı bir rasyonalleştirme firmasının tuttuğu rapor yol açtı. Raporda gerek Vulkan tersanesinde gerekse AG Weser tersanesinde birleştirmenin sonucunda çalışan işçilerin sayısının hemen hemen yarısına indirilmesi önerilmektedir.

Vulkan tersanesi işçilerinin berrak bir hedefe sahip olarak düzenledikleri bu eylem, sosyal işbirliği politikası sürdüren IG Metall Bölge yönetiminin hiç te işine gelmiyordu. IGM Bölge Yönetim Kurulu üyesi Gerd Klöver, işçi ve memurların tüm işyerlerinin korunması ve tersanenin bir diğer tersaneyle birleştirilmesine karşı çıkan taleplerini reddederek tersanelerin statükosunun korunamayacağını ve rasyonalleştirmenin kaçınılmaz olduğunu açıkladı.

Bremen Vulkan tersanesindeki işyeri işçi temsilciliğinin çoğunluğunu "Echolot" adlı muhalefet grubunun üyeleri oluşturmaktadır. İşyeri işçi temsilciliği başkanı Fritz Bettelhäuser rasyonalleştirme planlarına karşı gelecekte AG Weser tersanesi işçileri ile birlikte eylemler düzenleyeceklerini belirtti.

(„Belegschaft der Bremer Vulkan Werft kämpft für Arbeitsplätze")



Bu hafta TV'de

16 Mayıs, Pazar
Saat 10.30, ZDF
Lotna: 1959 yılında çevrilen bu filmde Andrzej Wajda (Çelikten insan) Hitler ordularının saldırısında Polonya süvarilerinin kırdırılmasını anlatıyor.

* * * * * * * * * * * * *

16 Mayıs, Pazar
Saat 21.15, ZDF
İçimizden biri: "Toplumdan dıştalanmış" adı altında ZDF programı göçmenleri ve ilticacıları konu edinen üç film dizisi gösterecek. İlkin gösterilecek filmde Eberhard Itzenplitz, Hitler faşizminin iktidara gelişinden sonra yurt dışına kaçmak zorunda kalan bir Alman yazarının başından geçenleri anlatıyor.

* * * * * * * * * * * * *

17 Mayıs, Pazartesi
Saat 21.20, ZDF
Vapur dolu: "Toplumdan dıştalanmış" filminin ikinci dizisinde Markus Imhoff Hitler Almanya'sından kaçıp İsviçre'de iltica talebinde bulunan bir grup ilticacının yaşadıkları olayları anlatıyor. İlticacılar İsviçre'ye vardıklarında kendilerine şu deniliyor: "Vapur dolu"-İlticacılar için yer yok. Böylece iltica talebinde bulunanlar geri gönderilerek ölümün pençesine veriliyorlarlar.

* * * * * * * * * * * * *

19 Mayıs, Çarşamba
Saat 22.15, WDR 3
Ağıt: Yılmaz Güney'in 1971 yılında çevirdiği bu filmde Doğu Anadolu halkının sefaleti ortaya koyulmakta.



Anti-faşistler "Bürgerinitiative Ausländerstopp"un kışkırtma toplantısını protesto ettiler.

Polis, NPD'nin Yan Örgütünün yabancılara karşı kışkırtma toplantısına imkan sağlamakta

BATI BERLİN (Halk Muhabiri).—24. 4. 1982 tarihinde NPD'nin yan örgütü olan "Bürgerinitiative Ausländerstopp"un Rathauskeller Charlotterburg'ta saat 19.00'da bir toplantı yapmak istediği haberini aldık. Bunun üzerine hemen çeşitli sol örgütler harekete geçtiler. Biz saat 18.00'de toplantının yapılacağı yere vardık ve orada bildiri dağıttık. Daha sonra bir dizi SEW'li yoldaş, bir kaç Juso'lu ve diğer anti-faşistler geldiler. Böylece yaklaşık olarak 100 anti-faşist eylem yerinde bir araya gelmişti.

SEW'nin (Batı Berlin Sosyalist Birlik Partisi) "Lummer Kararnameleri geri alınmalıdır!" pankartının altında bir kaç Nazi ustaca sokulup geçtiğinde, SEW'yi bizimle birlikte giriş kapısını bloke etmeye ve halka eylemimizin amacını açıklamaya çağırdık. Ancak SEW yöneticileri bu çağrımıza pek az ilgi gösterdiler. Onlar sadece protestolarını yapıp ve olay çıkmadan eylem yerinden ayrılmak istiyorlardı ki, bunun da alanı Nazilere terk etmekten başka hiç bir anlamı yoktur.

Böylece biz insiyatifi ele alarak üzerinde "Almanlar ve yabancılar-tek sınıf tek mücadele cephesi" yazılı pankartımızı doğrudan giriş kapısına karın yüksekliğinde astık ve arkasında kol kola girdik. Daha sonra arka arkaya aralarında SEW'li yoldaşların da bulunduğu bir çok anti-faşist bizim yanımızda toplandı. Böylece artık bir tek Nazi dahi içeri girmiyordu. Eylem yerine polis gelince, bunun üzerine SEW'nin yöneticisi tekrardan gelip yoldaşlarını dağılmaya çağırdı. Ancak hepimiz direnmeye kararlıydık ve hep birlikte "Naziler şehrimizden defolun, faşizmden bıktık artık'', "Alman polisleri faşistleri koruyor" sloganlarını haykırdık. Polis birlikleri de bir şey yapamadılar. Ve biz halkayı bozmadık. Sonra faşistler polis arabasının yanında toplanmaya başladılar.

SEW Yöneticisinin direnişi dağıtmak için ikinci bir girişimde de bulunması gene boşa çıktı. Yarım saat sonra iki tane tutukluları götüren yeşil polis arabası geldi ve polisler bu kez anti-faşistlere copla saldırarak, Nazilere yol açtılar. Tabii ki onlar bu esnada özel olarak gözlerine kestirdikleri bir anti-faşisti (bir yabancı basın fotografcısını) tutuklamayı başardılar. Adım adım gerilemek zorunda kalmamıza rağmen, onlara karşı cephemizin bölünmesine izin vermedik. Ve gür bir şekilde polis terörünü protesto ettik. Daha sonra sözü alan bir yoldaş ise devletimizdeki gerçek "Demokrasi"nin bu olduğunu açıkladı. Burjuvazinin kirli işlerini yapan faşistlere yardımcı olunulmakta, ama anti-faşistler ise saldırıya uğramaktalar. Faşist örgütlerin yasaklanmasını mücadelemiz aracılığıyla başaramadığımız sürece, onlar polisin koruyuculuğu altında ırkçı kışkırtmalarını sürdürmeye devam edeceklerdir.

Neo-Nazilere karşı yaptığımız bu eylem başarılı bir eylemdi. Çünkü hiç bir samimi insan onların toplantısına katılmadı. Faşist sürü kendi arasında toplantısını yapmak zorunda kaldı.

CDU/ CSU yabancıların her türlü hakkının sınırlandırılmasını talep ediyor

CDU/CSU'nun hükümet oldukları 7 eyalet tarafından yabancılara karşı yeni bir tasarı hazırlanarak Federal Parlamento'nun onayına sunuldu. Tasarıda, yabancı çocukların Almanya'ya ailelerinin yanlarına getirilmesini önlemek için yaş sınırının (altı yaşın) daha da düşürülmesi, ailelerin birleştirilmesinde belirli bir konut zorunluluğunun aranması, ilticacıların ve öğrencilerin ailelerini yanlarına getirilmelerinin yasaklanması vb. yabancıların zaten kısmi olan hak ve özgürlüklerini tamamen ortadan kaldıran kararların alınması talep edilmektedir. Kısacası, CDU/CSU partileri tarafından yönetilen tüm eyaletler Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan yabancıların kazandıkları sınırlı bir takım demokratik hakların tamamen rafa kaldırılmasını, yabancı işçilerin ve ailelerinin her haktan yoksun modern köleler durumuna getirilmesini istiyorlar.

Aynı kararların alınmasını belirli değişikliklerle SPD de talep ediyor. Elbette her önerilen tasarıda olduğu gibi bunun yabancıların lehine olacağı, yabancı düşmanlığını önleyeceği sahtekarlığına baş vurularak, yabancı düşmanlığı olmasının nedeni olarak yabancıların sayılarının fazla olması gösterilmektedir. CDU/CSU tarafından Federal Parlamento'ya verilen tasarının hangi noktaları kapsadığı üzerine "Kızıl Şafak''ın gelecek sayılarının birinde ayrıntılı olarak duracağız.

(„CDU/CSU fordert schärfere Massnahmen gegen Ausländer")

Hamburg: Faşistler, KPD bürosuna saldırdılar

5 Mayıs'ı 6 Mayıs'a bağlayan gece saat 2 ile 3 arasında Hamburg'un Schulterblatt semtinde bulunan "Roter Morgen" kitabevinin camları kırılıyor. Camların kırılmasının sonucu vitrinde bulunan tüm yayınlar kullanılmaz hale getiriliyor.

Hamburg'lu KPD'li yoldaşlar son dönemlerde Neo-faşistlerin büronun bulunduğu yere gelip gittiklerini söylemelerine rağmen, polis bu saldırıyı ve camların kırılmasını "sadece sigortanın çözmesi gereken" bir sorun olarak ele alıyor. Kitabevinin camlarının kırılmasının ardından ayrıca faşist ANS çetesinin başbuğu Michael Kühnen"in serbest bırakılmasını talep eden pullar oraya bırakılıyor.

(„Anschlag auf Hamburger KPD-Buchladen")

İsveç Komünist Partisi kuruldu

Nisan ayı başında İsveç Komünist Partisi kuruluşunu ilan etti. Partinin kuruluşundan önce İsveçli Marksist-Leninistler, İsveçli Komünist Partisi'nin Maocu bir partiye dönüşmesinden sonra, Marksizmin-Leninzm'in saflığını korumak için yıllar boyunca çetin mücadele sürdürdüler. İsveç'in sosyo-ekonomik yapısının bir tahlilinin yapılması ve devrimin görevlerinin tespit etilmesi için sürdürülen tartışmaların bir sonucu olarak çeşitli Marksist-Leninst gruplar partinin kurulması noktasında birleştiler.

İsveç Komünist Partisi, partimize (KPD) gönderdiği kuruluş açıklamasında, partinin kuruluş kongresinin başarıyla taşlandığını ve partinin mücadelede güçlü bir müfrezeye dönüşeceğini vurgulamaktadır.

Kuruluş kongresinde alınan tüm kararlar mücadeleci bir ruhla ve birleşik bir temelde alındılar.

Partinin kuruluş kongresinde, partinin program ve tüzüğü, Geçici Merkez Komitesi ve Merkezi Denetim Komisyonunun raporları onaylandı.

Kongrede ayrıca Parti'nin şu an on ilde olan örgütlerinin kapsamının genişletilmesi, Komünist Gençlik Örgütü'nün kurulması doğrultusunda adımların atılması, mahalli sendikal muhafeletin ülke çapında merkezi bir muhalefet, Kızıl Sendika Muhalefeti (RFO) olarak birleştirilmesi, şimdilik aylık olarak yayınlanan Merkez Yayın Organı'nın gelecek parti kongresine kadar haftalık olarak yayınlanması için adımların atılması vb. kararlaştırıldı.

Yeni kurulan genç kardeş partimize, partimiz KPD gönderdiği kutlama mesajında, İsveç Komünist Partisi'nin kuruluşunu, İsveç işçi sınıfı için önemli bir olay olarak selamlamakta, genç partinin hedeflerine ulaşacağı ve İsveç işçi sınıf tarafından gerçekten öncü müfreze olarak tanınacak bir partiye dönüşeceği doğrultusunda umut ve güvenini vurgulamaktadır. Mesajda ayrıca partilerimiz arasında ilişkilerin Marksizm-Leninizm ve proletarya enternasyonalizmi temelinde, emperyalizme, sosyal emperyalizme, gericiliğe ve revizyonizme karşı ortak mücadelede geliştirilmesi isteği de dile getirmektedir.

(„Kommunistische Partei Schwedens gegründet")

Peine'de çelik işçileri işyerlerini korumak için protesto eylemi düzenlediler

PEİNE. — 7 Mayıs Cuma günü, Peine-Salzgitter AG (P-S) çelik işletmesinin Peine şubesinde sabah vardiyasında çalışan işçiler toptan iki saatliğine işi bıraktılar. Çelik işçileri işyerinden Herner Platz'a kadar yürüyerek, orada P-S patronlarının işyerlerini yok etme planına karşı bir protesto mitingi yaptılar. Çelik kapitalistleri henüz 4000'i aşkın işçinin çalıştığı işyerini reorganize ederek işçileri işten atmak istemekteler.

Peine'de 7 Mayıs Cuma günü öğle vakti düzenlenen işi bırakma eylemine 2500 çelik işçisi katılarak firmanın 5. giriş kapısının bulunduğu Herner Platz'a kadar yürüdü. Sabah vardiyasında çalışan işçilerin hemen hemen tümü eyleme katıldı. Bütün iş bölümlerinde üretim durduruldu. Büro emekçilerinin de ezici çoğunluğu bu eyleme katıldı.

"Peine kapatılmamalıdır, bunun uğruna sokaklara dökülmeliyiz" şeklinde bir pankartın üzerinde yazıyordu. İşçiler, üzerinde "P-S'nin Peine işçileri için idam kararı" yazılı siyah bir tabut taşıyorlardı. Konuşmacı kürsüsünde de sembolik olarak bir idam sehpası kurulmuş ve bir manken bebek asılmıştı. İdam sehpasında salınan bebeğin üzerinde "Ben bir P-S işçisiyim" ve buna ek olarak "Bunu P-S Yönetimi istiyor" diye yazılı.

İşçi arkadaşlar bu sembolik araçlarla P-S çelik tekeli yönetiminin işyerini reorganize planlarının gerçekleştirilmesi durumunda kendilerini hangi şeylerin beklediğini ortaya koymak istiyorlardı.

İnce tesviyecilik ve tel üreten bölümü işçilerin talep ettikleri gibi Peine'de yapmak yerine tekel yöneticileri Salzgitter şubesindeki ince tesviyecilik bölümünü modernleştirmek istiyorlar. Bu da Ilsede ve Peine için idam kararı demektir. Peine'deki işletmenin yüksek fırınlarının bulunduğu şube olan Ilsede artık çoktandır hurda listesinde bulunmaktadır. Bu şube gelecek yıl kapatılacak.

Peine'de çelik işletmesinin kapatılması bir çok olumsuz sonuçları da beraberinde getirmektedir. Peine-Salzgitter çelik tekeli üç şubeden oluşuyor. Salzgitter'deki işletmede yuvarlak olarak 2 bin, Peine'deki şubede 4000 ve Ilsede'deki şubede ise 7000 işçi çalışmaktadır. Peine'deki işletmenin kapatılması durumunda, Peine'nin "sanayii harabelerinin bulunduğu" bir şehire dönüşeceğini cuma günü düzenlenen protesto mitinginde IG Metall temsilcisi ve işyeri işçi temsilcisi açıkladı.

Bu nedenle Peine işçileri, Dortmund Hoesch işçilerinin yaptığı gibi halka mücadeleye atılması için çağrıda bulundu. P-S çelik işçileri halkında desteğini alarak Salzgitter çelik patronlarına, son tahlilde de Bonn Hükümeti'ne siyasi baskıda bulunup ve Peine'de yapılması talep edilen ince tesviyecilik ve tel üretimi bölümünün yapılmasını sağlamak istiyorlar.

Ancak Peine çelik işçileri Dortmund'daki mücadelenin yenilgilerinden dersler çıkarmalıdırlar. Ve ne Bonn'daki partilere ne de onların sendika cihazının ve işyeri işçi temsilciliğinin başına çöreklenmiş dostlarına bel bağlamalılar. Çünkü bunlar mücadeleyi başarısızlığın eşiğine sürüklemekteler. Sosyal işbirliği siyaseti temelinde sürdürülen bir mücadele son tahlilde yenilgiye mahkumdur.

(„Die Fein-und Drahtstrasse muss nach Peine")



Aralarında Türkiyelilerinde yer aldığı Peine çelik işçileri, Peine çelik işletmesinin kapatılması planını protesto ettiler.

Tiran'da 1 Mayıs yürüyüşü

İşçi sınıfı olumlu sonuçlar elde etti

Her büyük olayın kokusu önceden çıkar, nitekim 1 Mayıs'ın-da böyledir. Büyük Tiran bulvarını, Şehit Kahramanlar Bulvarını çekiş darbeleri tınlatıyordu. Bakanlar Kurulu binasının önünde, Merkez Komitesi konağının karşısında büyük ana seyirci tribünü kuruldu ve hemen hemen yüz metre uzunluğunda ve tahminen altı yedi metre yüksekliğinde olan tribün tamamen kırmızı renkli bezle kaplandı.

Burada başşehirde düzenlenen yürüyüş gececek. Yürüyüş üzerinde iki başlı siyah kartal armasının ve sarı yıldızın bulunduğu kızıl milli bayrağın çatısında dalgalandığı Tiran Üniversitesi ana binasının olduğu ve onun yan cephesinde ayrıca uzaktan bile görülebilecek ve üzerinde "Yaşasın 1 Mayıs!" yazılı kare pankartın gerildiği yerde başladı. Daha sonra Halk Meclisi Başkanlık binasının önünden geçerek Merkez Komitesi ve Bakanlar Kurulu'nun açıklarındaki ana seyirci tribünün önünden, sonra Savunma Bakanlığının bulunduğu bulvardan ilerleyerek, İçişleri Bakanlığını geçip İskender Bey Meydanı'nda toplandı. Bütün caddeler kırmızı pankartlar tarafından kuşatılmıştı. Tüm resmi binaların pencerelerinden aşağı kırmızı bayraklar asılmıştı. Ayrıca tüm evlerde bundan geri kalmamıştı. Şehir merkezinde eşit şekilde tüm Politik Büro üyelerinin portresi asılmıştı. Diğer portrelerden biraz büyük olan Merkez Komitesi 1. Sekreteri, Enver Hoca yoldaşın portresi ise Kültür Sarayı'nın ve Merkez Komitesi binasının sağ tarafına asılmıştı. Marksizm-Leninizmin dört ustasının portreleri ise İskender Bey Meydanı'nın yarı daire şeklinde saran Bakanlıkların cephesinde bulunuyordu.

1 Mayıs'tan önce bulutlu olan ve yağmurun yağdığı günlerde herhangi bir Arnavutlu'ya, 1 Mayıs'ta havanın nasıl olacağı üzerine bir soru sorduğunda bu soruyu küstahça bir soru olarak değerlendiriyorlardı. Çünkü gerçekten Tiran 1 Mayıs'ta sanki güneşe abone olmuş gibi görünmekte. Her Arnavutlu bir kere 1 Mayıs senesinde falan filanın kovadan su dökmesi üzerine güneşin nasıl dakikası dakikasına saat 10'da doğduğu ve tam bir saat sonra — parti üzerine atılan son yaşasın nidalarının yavaş yavaş sönmesinden sonra — gök yüzünün nasıl yeniden açtığı üzerine kendi hikayelerini anlatmaktalar.

Ne varki bu, bu yıl o kadar hissedilir değildi. Ama buna rağmen 30 Nisan ve 1 Mayıs öğleden sonra çiseledi. Fakat sabahleyin ise gök yüzünde güneş gülümsüyordu, yumuşak bir ilkbahar havası esiyordu. Büyük annem bu havaya belkide imparator havası demişti.

1 Mayıs sabahı tüm Tiran'a, Şehit Kahramanlar Bulvarı'na dökülüyordu. Merkez Komitesi ve Hükümet üyeleri seyirci tribününde yerlerini aldılar. Seyirci tribününde sosyalist çalışmanın kahramanları, öncü işçiler, diplomatik heyet üyeleri için de yer ayrılmıştı. Diplomatların bir çoğu, Sosyalist Arnavutluk'a karşı vahşice emperyalist-revizyonist ablukayı almış devletleri temsil ediyorlardı.

Tribünde yuvarlak olarak sanayii ve zirattan 1500 öncü emekçi 20'şer kişilik 75 sıra halinde dizildi. Bu sıralara üsten bakacak olursak, onların kırmızı ve beyaz çicekleri tam da 1 Mayıs kelimesinin okunacağı şekilde dizilmişti.

Merkez Komitesi bürosunun önündeki kaldırımda Opera ve Bale tiyatrosu, ordu ve devlet orkestrası üyelerinden oluşan bir kitle korosu bulunuyordu. Onların önünde ise ordunun caz orkestrası yerini aldı.

Tam saat 10'da Arnavutluk, özgür ve bağımsız 38. Mayıs kutlaması olan 1 Mayıs 1982'yi kutluyor. Bakanlar Kurulu konağının kapıları açılıyor. Parti ve devlet yönetimi: önde Enver Hoca yoldaş, ardından Politik Büro üye ve yedek üyeleri ana tribünlere doğru geliyorlar. Alkış tufanı ve yaşasın nidaları alevleniyor, yoldaşlar yerlerine yerleşiyorlar. Ortada Enver Hoca yoldaş, onun solunda Halk Meclisi Başkanı Haxhi Leshi yoldaş, sağında ise Bakanlar Kurulu Başkanı Adil Çarçani yoldaş bulunuyordu. Arnavutluk Ulusal Marşının ilk kadanslan coşturucu alkışların kesilmesine yol açıyor.

Daha sonra Politik Büro üyesi ve Partinin Elbasan'daki Çelik Dökümhane Kombinası Müdürü H. Çeliku yoldaş partinin Merkez Komitesi, Bakanlar Kurulu ve Arnavutluk Sendikalar Birliği Merkez Kurulu adına sözü alarak şehir ve köy emekçilerini selamladı.

Saat 10.10 dakika geçiyor. Caz orkestrası "fabrikaları ve tarlaları işleyelim" şarkısını çalarak resmi geçitin başlamasına sinyal veriyordu. Üç sporcu rap rap diye tribünlerin önünden geçtiler. Ortada giden sporcu Arnavutluk Milli Bayrağını taşıyordu. Onları Arnavutluk Emek Partisi'nin kurucu ve önderinin bir büyük portresi ve onu da 1 Mayıs flaması izliyordu. Bunların ardından taşınan pankartlarda ise sırayla şu sloganlar okunuyordu: "Yaşasın Arnavutluk Emek Partisi", "Marksizm-Leninizme şan olsun", bunların ardından ise dört ustanın portreleri taşınıyordu.

8. Parti Kongresi'nin tarihsel kararlarını sembolize eden bir arabanın arkasında işçi sınıfı resmi geçit yapıyordu. Toplam olarak 15 000, bu tam da tüm Arnavutluk'un kurtuluştan önceki mevcut işçi potansiyeli kadardı. Yürüyüşün önünde başlarında sarı migferler bulunan maden işçileri yürüyordu. Tiran bölgesindeki işçi sınıfı olumlu sonuçlar elde etti. Geçen yılın ilk dört ayı için hazırlanan tüm sanayii üretimi planı tanınan süreden dört gün önce yerine getirildi. Aynı zamanda öngörülenden üzerine 25 milyon Lek değerinde ürün üretildi. Tiran işçi sınıfı masrafları 8 milyon Lek düşürdü ve ihracat planını ise fazlasından bile yerine getirdi. Onların taşıdıkları pankartlar ve diyagramlar özellikle tam kendilerine amaç edindikleri şu noktaları dile getiriyordu: "Beş yıllık plan süresi içinde taş kömürü çıkarılmasını Tiran bölgesinde 2,3 kat artırmak, makina ve yedek parça üretimini yüzde 30 yükseltmek, yatırımları ise iki katına çıkarmak..."

Bir pankartın üzerinde "işçi sınıfının sosyalist toplumun bel kemiği olduğu" yazılıydı. Ara sıra halk oyunları oynanıyor, türküler söyleniyor, alkış ve yaşasın nidaları durmak bilmiyordu.

Şimdi işçi sınıfının en yakın müttefiği olan kooperatif köylüleri yürüyor. Onlar ellerinde "ziraat ekonomimizin temelidir", "yaşasın işçi sınıfının kooperatif köylüleri ile ittifakı" vb. şiarlar taşıyordular.

Gönüllü Savunma güçlerinin dört taburu resmi geçit yapıyor. Tüfeklerini göğüslerinin önünde tutan onbeşer üniformalı kişiden oluşan tabur onar sıra halinde dizilmişti.

Dört bloktan ikisi sadece genç kadınlardan oluşuyordu. Mücadele azimleri ve kararlılıkları yüzlerinde bile belli olan tabur eşit adımlarla tüm Arnavut Kuvvetleri Baş Komutanlarının, Enver Hoca yoldaşın bulunduğu tribünün önünden geçiyor. Ve 1 Mayıs'ta genelinde tribünde şakalaşan, el sallayan, gülen Enver yoldaş da tam bu esnada ciddileşiyor. Kadın ve erkek askerlerin ayak sesleri bulvarı tınlatırken, Enver Hoca yoldaş yumruğunu partizan selamı vermek için kaldırdı.

Sonra ise uluslararası bölüm geliyor. Geçen yıl İran ve Afgan halkının mücadelesi özellikle vurgulanırken, bu defa ise Filistin ve Salvador halkının mücadelesi vurgulandı. ABD'nin, Sovyetler Birliği'nin ve Çin'in savaş kışkırtıcı politikaları mahkum edildi. "Yaşasın Marksist-Leninist partiler, devrim, sosyalizm ve halkların kurtuluş davası uğrunda mücadele eden kararlı savaşçılar!"

Sondan ikinci sırada öğrenci, yüksek okul gençliği ve sporcular geliyor. Coşkunluk daha da yükseliyor. Yükseğe kaldırdıkları ellerinde kağıttan çiçekler taşıyan gençler harflere, sayılara ve şekillere göre alay kurmaktalar. Böylece ana tribünün önünde büyük bir "1912" yılı geçiyor; bunu büyük bir Arnavutluk milli bayrağı ve ardından da "büyük bir 1982" yılı izliyor. Bu, yılın 28 Kasım'ında Arnavutluk'un bağımsızlığının 70. yıldönümünün kutlanacağı demektir.

Resmi geçitin doruğunu ise Sosyalist Arnavutluk'un çocukları, sosyalist toplumun inşaasının görevlerini devralacak nesil olan 3000 öncü oluşturuyor. Bu kalabalık, kulakları uyuşturan bir çağrı, bağırtı ve gürültü sesleri çıkarıyor. Onlar yüzlerce balon havaya uçurdular. Bunu 1 Mayıs 1981'de de yaptılar. Geçen yıl bir balon Yugoslav sınırının ötesine kadar uçmuştu ki, bunu Belgrad Yönetimi bir "sınır provokasyonu" olarak resmi bir şekilde protesto etti.

Enternasyonal marşı söyleniyor. Çocuklar beyaz çicekler den demeti yukarı kaldırdılar ve yukarıdan okunduğunda "Yaşasın AEP" diye yazılı. Dünya proletaryasının mücadele marşının son perdesi ile resmi geçit sona eriyor.

Johannes Vetter

Mannesmann-Demag'ta işyeri işgali ve grev kırıldı

FRANKFURT/MAIN. — Mannesmann-Demag'ta 12 gün süren grev ve işyerinin giriş kapılarının işgali kırıldı. 10 Mayıs Pazartesi günü işçiler tekrardan işbaşı yaptılar. 9 Mayıs gecesi işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler ve IG Metall Yerel Yönetimi ve işveren arasında işyerlerinin korunmasını ve çıkışların geri alınmasını öngörmeyen bir uzlaşma anlaşması yapıldı.

Toplam olarak 600 işçi ve memurun çalıştığı Mannesmann-Demag işletmesinde patronlar 140 işçinin çıkışını vermek ve basınçlı hava tekniği üretim bölümünü Simmern'deki şubeye nakletmek istiyorlardı. Bu durumu protesto eden işçiler 28 Nisan'da greve gittiler. Ne varki 12 gün boyunca sürdürdükleri mücadeleleri hedefine ulaşamadı. IG Metall Yerel Yönetimi ve işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler patronla çürük bir anlaşma yaptılar. Ve bu anlaşma patronun planlarında genelinde hiç bir noktanın değiştirilmesine hizmet etmedi.

Yapılan anlaşmada, çıkışlardan etkilenen 36 işçi için diğer Mannesmann işletmelerinde işyerinin teklif edilmesi, diğer çıkışlar için ise özellikle 59 yaşına girmiş arkadaşların seçilmesi ve bunlar için bir sosyal planın hazırlanması öngörülmektedir.

Anlaşma, ayrıca işverenin grev süresince çıkışını verdiği 18 işçi arkadaşın tekrar işe alınmasını da içermektedir. Greve gidilen günlerin ücretinin ödenmesi üzerine bir anlaşma yapılmadı. Bunun yerine işçilere 2000 DM avans verilmesi ve bunun için paraları üzerinden karşılanması kararlaştırıldı.

İşçilerin işyerlerini korumak için başlattıkları bu mücadelenin niçin yenilgiye uğratılabildiğinin nedenlerini ve Mannesmann-Demag işçilerinin 12 gün süren mücadelesini ayrıntılı olarak "Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında ele alacağız.

(„Streik und Besetzung bei Mannesmann-Demag abgebrochen")